



# OECD- Wirtschaftsberichte DEUTSCHLAND

April 2016

ZUSAMMENFASSUNG



*Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten berühren weder den völkerrechtlichen Status von Territorien noch die Souveränität über Territorien, den Verlauf internationaler Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten oder Gebieten.*

*Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.*

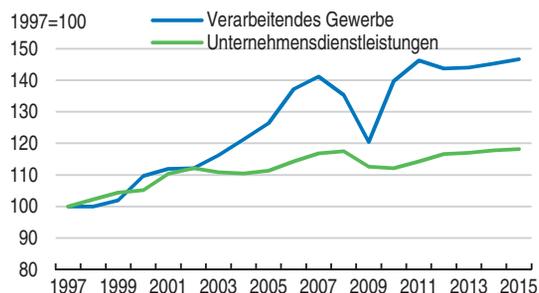
# Zusammenfassung

- *Die Arbeitslosigkeit ist gering, aber das Produktivitätswachstum hat nachgelassen*
- *Die Bevölkerungsalterung und der starke Flüchtlingszustrom bringen Herausforderungen mit sich*
- *Die Investitionstätigkeit ist verhalten, und wesentliche soziale Infrastrukturen müssen weiter ausgebaut werden*

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

## Die Arbeitslosigkeit ist gering, aber das Produktivitätswachstum hat nachgelassen

### Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde, in konstanten Preisen

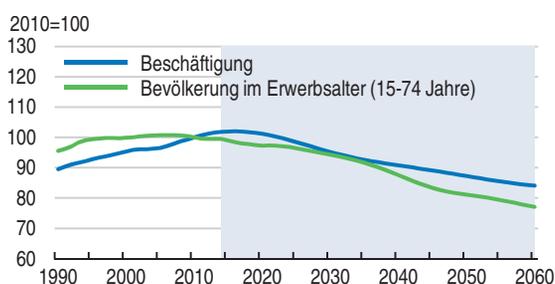


Quelle: OECD (2016), OECD Productivity Database.  
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933345283>

Die Wirtschaft hat seit der globalen Krise von 2008 eine stetige Erholung verzeichnet, und der Arbeitsmarkt hat sich dank früherer Reformen kräftig entwickelt. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat nachgelassen und die Produktivität im Dienstleistungssektor ist niedrig. Deutschland weist einen hohen materiellen Lebensstandard sowie eine geringe Einkommensungleichheit auf und scheidet bei den meisten Aspekten der Lebensqualität gut ab. Trotz bedeutender Fortschritte sind nach wie vor Lücken im Kinderbetreuungs- und Ganztagsschulangebot festzustellen. Die vom Steuersystem ausgehenden Negativanreize für eine Vollzeitwerbstätigkeit sind auch ein Grund für das niedrige Verdienstniveau der Frauen, die vielfach in Teilzeit arbeiten. In den letzten Jahren haben viele Niedrigeinkommenshaushalte nicht von Wirtschaftswachstum und Investitionstätigkeit profitiert.

## Die Bevölkerungsalterung und der starke Flüchtlingszustrom bringen Herausforderungen mit sich

### Voraussichtliche Beschäftigungs- und Bevölkerungsentwicklung



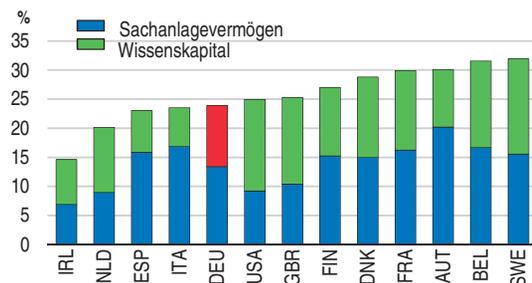
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933345297>

Das Arbeitsangebot wird infolge der Bevölkerungsalterung voraussichtlich schneller zurückgehen als die Bevölkerung. Dieser Entwicklung kann durch eine Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und ältere Arbeitskräfte entgegengewirkt werden. Auch die Zuwanderung, einschließlich des Flüchtlingszustroms der jüngsten Zeit, wird sich positiv auf den Umfang der Erwerbsbevölkerung auswirken, allerdings erfordert die Integration der Migranten zusätzliche Anstrengungen und Ausgaben, die möglicherweise den gegenwärtig bestehenden fiskalischen Spielraum übersteigen. Einige Aspekte der Lebensqualität entwickeln sich mit zunehmendem Alter ungünstiger; dementsprechend könnte sich eine bessere Prävention von Gesundheitsrisiken positiv auf Einkommen und Lebensqualität auswirken. Das Rentensystem muss weiter reformiert werden, um seine langfristige Tragfähigkeit zu sichern.

## Die Investitionstätigkeit ist verhalten, und wesentliche soziale Infrastrukturen müssen weiter ausgebaut werden

### Unternehmensinvestitionen in Sach- und Wissenskapital

In Prozent der Bruttowertschöpfung der Unternehmenssektoren, 2013



Quelle: OECD (2015), OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2015.  
StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933345308>

Die Investitionstätigkeit und das Produktivitätswachstum werden durch das schwache Nachfragewachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften und im Euroraum sowie eine restriktive Regulierung im Dienstleistungssektor gehemmt. Die öffentliche Investitionstätigkeit ist gering, obwohl die Regierung zuletzt mehr Mittel bereitgestellt hat, um die Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Bei der Vergabe und beim Management staatlicher Investitionsprojekte besteht Spielraum für Effizienzsteigerungen. Die Investitionen in formale Kinderbetreuung sind gestiegen. Allerdings reicht das Angebot an Kinderbetreuung, frühkindlicher Bildung und Ganztagsgrundschulen noch immer nicht aus, um den Bedarf zu decken.

## WICHTIGSTE ERKENNTNISSE UND ZENTRALE EMPFEHLUNGEN

### Flüchtlinge und Migranten integrieren, um die fiskalischen Kosten zu begrenzen und ihre Produktivität zu verbessern

Aktuell wird ein starker Zustrom von Flüchtlingen verzeichnet, denen es an Deutschkenntnissen und anerkannten beruflichen Qualifikationen mangelt. Schulungsmöglichkeiten und Anerkennung der Qualifikationen von Zuwanderern verbessern.

Die meisten Asylsuchenden können während der ersten 15 Monate nur eingestellt werden, wenn im Rahmen einer Vorrangprüfung festgestellt wird, dass die betreffende Stelle nicht mit einem EU-Bürger besetzt werden kann. Die Bestimmungen für Vorrangprüfungen bei Asylbewerbern mit guter Bleibeperspektive lockern und sie in aktive Arbeitsmarktmaßnahmen einbeziehen.

### Investitionen und Produktivität steigern

Regulatorische Hemmnisse, wie z.B. Exklusivrechte für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten, behindern den Wettbewerb in Teilen des Dienstleistungssektors. Die restriktive Regulierung der freien Berufe reduzieren.

Regulatorische Verzerrungen und staatliche Beteiligungen im Unternehmenssektor beeinträchtigen die Reallokation von Ressourcen und hemmen dadurch Investitionen in Wissenskapital. Die Governance staatlicher Beteiligungen (Landesbanken, Automobilindustrie, Telekommunikationssektor und Postdienste) verbessern oder diese Beteiligungen veräußern. Die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Rechtsvorschriften sollte verstärkt werden.

Die staatliche Investitionstätigkeit ist nach wie vor gering, insbesondere in finanzschwachen Kommunen. Gute kommunale Investitionsvorhaben u.a. durch Verbesserung der Verwaltungskapazität stärker fördern, insbesondere in Kommunen, die durch hohe Ausgabenverpflichtungen (z.B. für Geldleistungen) belastet sind. Die Investitionen in Kinderbetreuung, frühkindliche Bildung und Grundschulbildung erhöhen.

Die niedrigere Anzahl der von Frauen geleisteten Arbeitsstunden schlägt sich in geringerer Lebensqualität und ökonomischer Aktivität nieder. Das Einkommen von Zweitverdienern wird stark besteuert. Die Einkommensteuerbelastung von Zweitverdienern reduzieren, z.B. durch die Einführung eines gesonderten Freibetrags für Zweitverdiener. Krankenkassenbeiträge an der Zahl der erwachsenen Haushaltsmitglieder ausrichten.

Befreiungen von der Energiebesteuerung und Steuervergünstigungen für umweltschädliche Aktivitäten schwächen die Umweltpolitik. Die Energiesteuersätze schrittweise an die CO<sub>2</sub>-Intensität anpassen. Besteuerung von Stickoxidemissionen einführen.

### Die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern

Einige Aspekte des Rentensystems benachteiligen ältere Arbeitnehmer, die nach Vollendung des 65. Lebensjahres erwerbstätig bleiben oder eine Erwerbstätigkeit mit dem Bezug einer Altersrente kombinieren wollen, und wirken sich so negativ auf Einkommen und Lebensqualität aus. Den bei einem Rentenaufschub gezahlten Zuschlag anheben und die Renten erwerbstätiger Bezieher von Altersrenten nicht kürzen.

Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung sinkt, und die Absicherung über die zusätzliche private Altersvorsorge ist gering, insbesondere unter Niedrigeinkommenshaushalten. Automatische Mitgliedschaft in der betrieblichen Altersvorsorge mit Austrittsoption einführen.

Die steigende Lebenserwartung wird die Rentenausgaben in die Höhe treiben. Das Rentenalter an den Anstieg der Lebenserwartung koppeln.



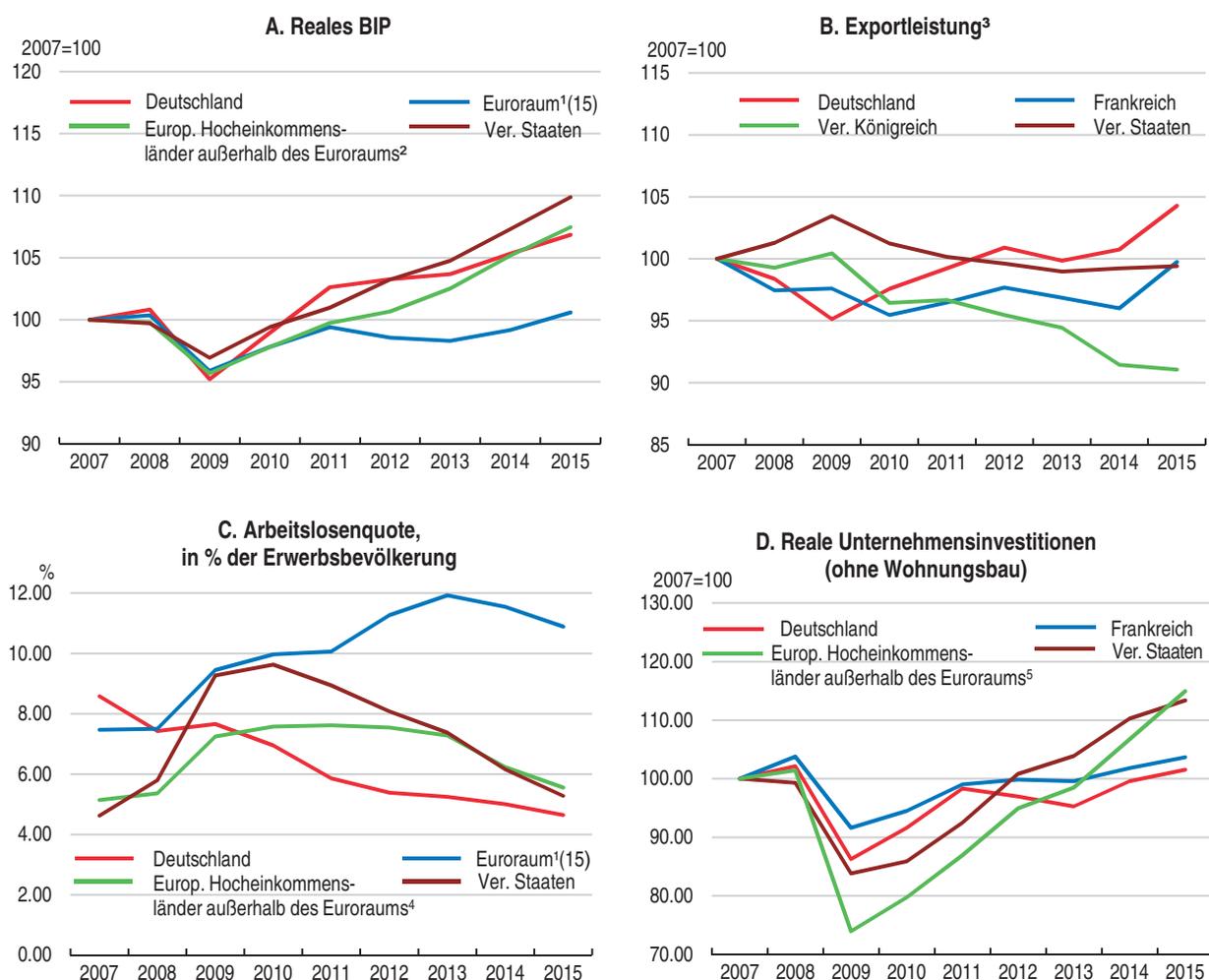
# Gesamtbeurteilung und Empfehlungen

- *Das Wirtschaftswachstum ist verhalten, und die Erholung der Unternehmensinvestitionen verläuft schleppend*
- *Die monetären Bedingungen im Euroraum wurden weiter gelockert*
- *Die vom Niedrigzinsumfeld ausgehenden Risiken halten sich bislang in Grenzen*
- *Der Leistungsbilanzüberschuss ist nach wie vor hoch*
- *Der Arbeitsmarkt hat angezogen, ein großes Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern und die steigende Zuwanderung bringen jedoch Herausforderungen mit sich*
- *Die Haushaltspolitik muss sich mehreren Herausforderungen stellen*
- *Investitionen und Produktivität steigern*
- *Lebensqualität und demografischer Wandel*

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland gemäß internationalem Recht.

Das Wirtschaftswachstum ist nach der weltweiten Finanzkrise von 2009 rasch wieder in Fahrt gekommen. Ein wettbewerbsfähiger Industriesektor hat zusammen mit der Euroabwertung für starke Exportergebnisse gesorgt. Unter dem Einfluss der Arbeitsmarktreformen der Vergangenheit ist die Arbeitslosenquote weiter gesunken und hat inzwischen den niedrigsten Stand innerhalb der Europäischen Union erreicht (Abb. 1, Teil A, B und C). Die Nachfrage der privaten Haushalte ist gestiegen. Zu verdanken ist dies einem kräftigen

Abbildung 1 **Wichtige Wirtschaftsindikatoren**

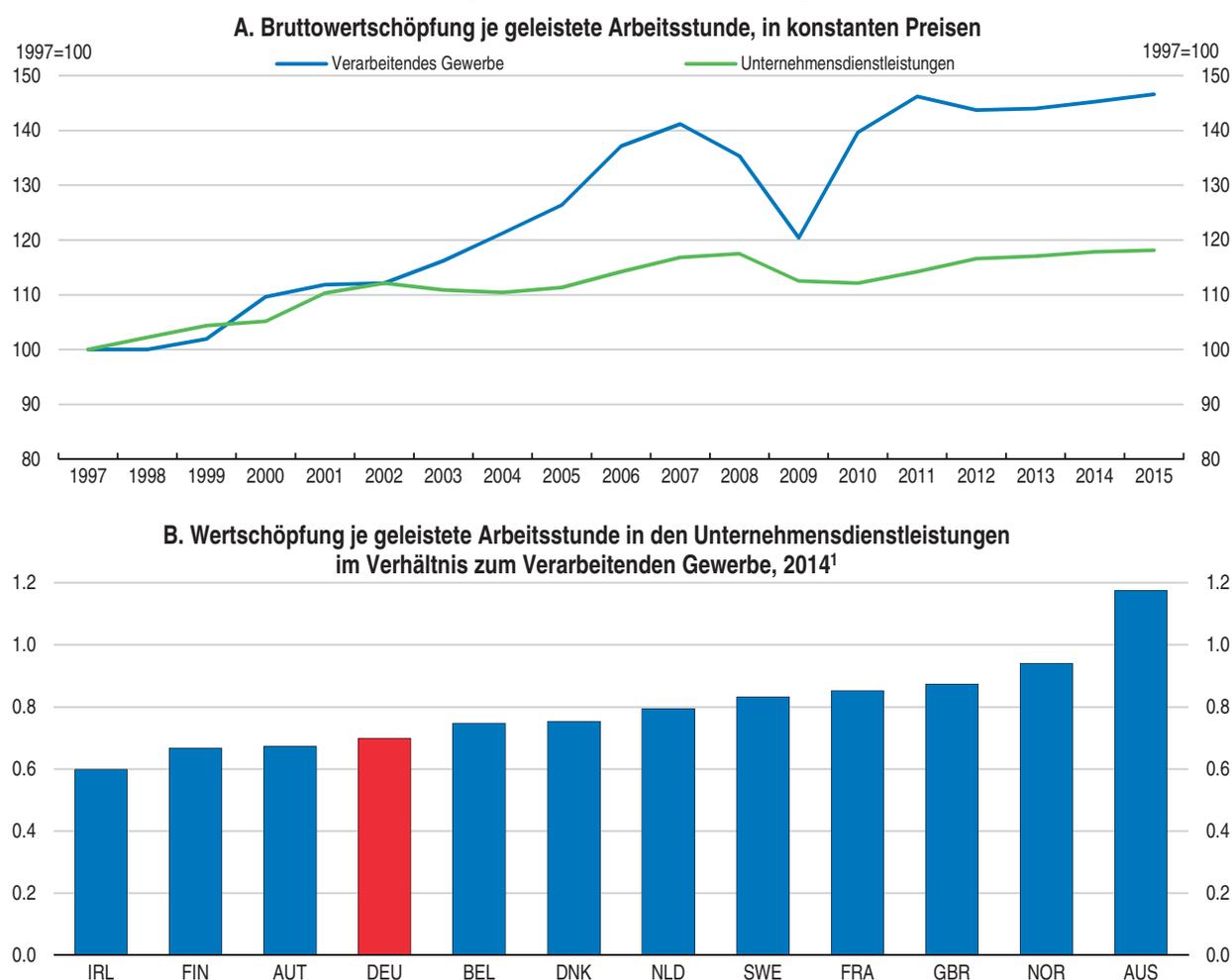


1. Euroländer, die der OECD angehören.  
 2. Dänemark, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich. Gewichtung auf der Basis des BIP von 2011 in Kaufkraftparitäten.  
 3. Exportwachstum im Verhältnis zum Exportmarktwachstum der betreffenden Länder.  
 4. Dänemark, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich.  
 5. Dänemark, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich. Gewichtung auf der Basis der Investitionsausgaben im Jahr 2011.  
 Quelle: OECD (2016), *OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank)*, sowie OECD-Berechnungen auf der Grundlage von *Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank)* und *Main Economic Indicators Database*.

Arbeitsmarkt und dem vor kurzem eingeführten Mindestlohn, der Erwerbstätigkeit am unteren Ende des Arbeitsmarktspektrums deutlich lohnender gemacht hat. Entschlossenes Handeln seitens der Europäischen Zentralbank (EZB) sorgte für geldpolitische Impulse und half den Euroraum zu stabilisieren. Deutschlands Stellung als sicherer Hafen für Finanzinvestoren hat die Konjunktur ebenfalls gestützt, wobei die Mitgliedschaft im Euroraum eine Währungsaufwertung gegenüber den wichtigsten europäischen Handelspartnern verhindert hat. Eine wirkungsvolle Fiskalregel, die sich in einer soliden Haushaltsposition niederschlägt, sowie eine insgesamt wettbewerbsfreundliche Produktmarktregulierung sind wichtige Faktoren, die ein hohes Produktivitäts- und Vertrauensniveau gewährleisten.

In jüngster Zeit waren Wachstum und Unternehmensinvestitionen jedoch schwächer als in Hocheinkommensländern außerhalb des Euroraums (Abb. 1, Teil A und D). Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat nachgelassen und bewegt sich im Dienstleistungssektor auf niedrigem Niveau (Abb. 2). Es kommt entscheidend auf ein stärkeres Produktivitätswachstum an, um den Anstieg des Lebensstandards auf mittlere und längere Sicht

Abbildung 2 **Das Produktivitätswachstum hat sich abgeschwächt und bewegt sich im Dienstleistungssektor auf relativ niedrigem Niveau**



1. 2013 für Frankreich, 2012 für Australien und das Vereinigte Königreich.

Quelle: OECD (2016), OECD Productivity Database und OECD (2015), National Accounts Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345329>

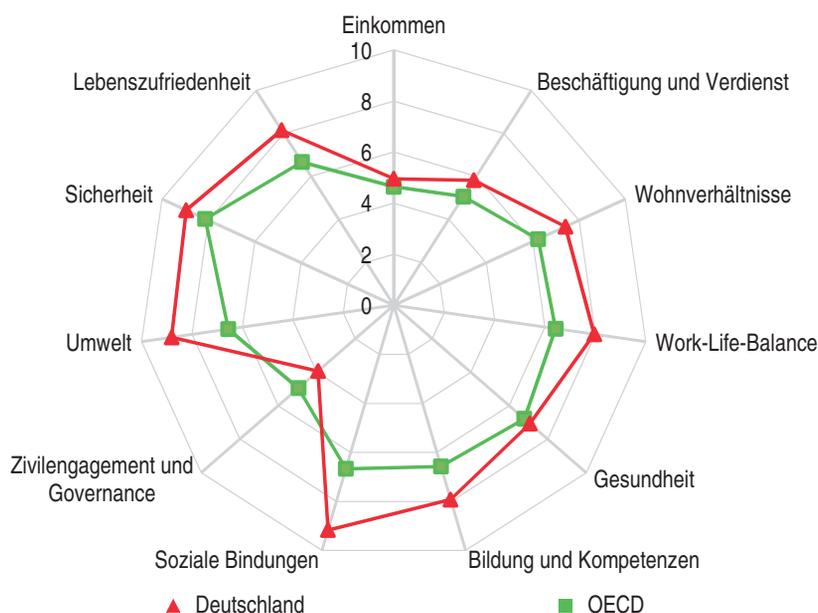
zu sichern, da die Erwerbsbevölkerung infolge der Bevölkerungsalterung wahrscheinlich stärker zurückgehen wird als die Gesamtbevölkerung. Der große Flüchtlingszustrom der jüngsten Zeit könnte den Effekt des demografischen Wandels auf das Arbeitsangebot auf mittlere Sicht mindern, es bedarf jedoch umfassender Maßnahmen, um die neu eingereisten Migranten in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ein großer Leistungsbilanzüberschuss verstärkt die weltweiten Ungleichgewichte.

Die Ergebnisse zur Lebensqualität liegen in Deutschland über dem OECD-Durchschnitt; besonders gut sind sie in Bezug auf soziale Bindungen, Work-Life-Balance, Bildung und Umwelt (Abb. 3). Die Lebensqualität entwickelt sich mit zunehmendem Alter der Betroffenen jedoch weniger günstig als in anderen OECD-Ländern (Unger und Schulze, 2013; Schöllgen et al.; 2010; Wetzel, Huxhold und Tesch-Römer, 2015). Die Bildungsergebnisse hängen nach wie vor stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab, wenn auch weniger als in der Vergangenheit (OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014, OECD, 2014a). Lebenserwartung und subjektiver Gesundheitszustand variieren erheblich je nach sozioökonomischem Hintergrund, und die Ungleichheiten bei der Lebensqualität nehmen mit dem Alter zu. Die Einkommensdisparitäten sind zwar mit die geringsten in der Gruppe der großen OECD-Länder, die verfügbaren Einkommen der ärmsten Haushalte sind jedoch in den letzten zehn Jahren trotz der gesunkenen Arbeitslosigkeit real nicht gestiegen.

Vor diesem Hintergrund lauten die wichtigsten Erkenntnisse dieses Berichts:

- Effektive Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer sind äußerst wichtig, damit Deutschland seine humanitären Zusagen einlösen, die wirtschaftlichen Effekte des Flüchtlingszustroms verbessern und den sozialen Zusammenhalt sichern kann.

Abbildung 3 **Lebensqualität in Deutschland**



Anmerkung: Jeder Bereich der Lebensqualität wird anhand von ein bis vier Indikatoren gemessen, die aus dem „Better Life Index“ der OECD stammen. Die normierten Indikatoren werden bei der Berechnung der Durchschnittswerte jeweils gleich gewichtet. Die Indikatoren sind so normiert, dass sie nach folgender Formel (Indikatorwert-Mindestwert) / (Höchstwert-Mindestwert) zwischen 10 (bestmögliches Ergebnis) und 0 liegen

Quelle: OECD (2015), OECD Better Life Index.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345338>

- Es kommt entscheidend auf höhere Investitionen an, um die Produktivität und den Lebensstandard zu steigern. Insbesondere im Dienstleistungssektor besteht Spielraum zur Erhöhung der Produktivität durch Regulierungsreformen. Reformen zur Steigerung der Investitionen in Wissenskapital und zur Ausschöpfung des Potenzials wichtiger Dienstleistungsbranchen würden auch die Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes erhöhen, indem sie den Übergang zur Industrie 4.0 erleichtern, die eine enge Verzahnung zwischen Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungssektor voraussetzt. Durch Investitionen in wichtige Bildungs- und Sozialdienstleistungen könnte für mehr inklusives Wachstum gesorgt werden.
- Großes Potenzial verspricht die Beseitigung der Hindernisse für die berufliche Entwicklung von Frauen. Auch in Bezug auf die Hindernisse für die Beschäftigung und die Steigerung der Lebensqualität älterer Arbeitskräfte besteht noch Handlungsspielraum. Durch eine Indexierung des gesetzlichen Rentenalters würde die Tragfähigkeit des Rentensystems verbessert.

### **Das Wirtschaftswachstum ist verhalten, und die Erholung der Unternehmensinvestitionen verläuft schleppend**

2015 wurde das Wirtschaftswachstum von den Exporten und der Nachfrage der privaten Haushalte getragen (Tabelle 1). Die Exportbilanz der letzten zehn Jahre war beeindruckend, so dass der Anteil der Industrie an der inländischen Wertschöpfung auf einem ungewöhnlich hohen Niveau von 22% verharrte. Die Exportwirtschaft konnte weiter erhebliche Marktanteile hinzugewinnen, was z.T. der Euroabwertung zuzuschreiben war. Besonders kräftig entwickelten sich die Exporte von Verkehrs-, Elektronik- und Optikausrüstungen sowie von Chemieerzeugnissen, wo Deutschland einen über Jahrzehnte gewachsenen komparativen Vorteil besitzt. Empirische Evidenz lässt darauf schließen, dass von einem dezentralisierten Management mit starker Einbindung der Arbeitnehmer Anreize für Produktverbesserungen ausgehen, die der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft zugute kommen, während die Auslagerung von Fertigungsaktivitäten in Niedriglohnländer die Vorleistungskosten reduziert (Marin et al., 2015). Die Wachstumsabschwächung in den aufstrebenden Volkswirtschaften beginnt jedoch auf den Exporten zu lasten.

Die Nachfrage verlagert sich daher vom Ausland hin zu den privaten Haushalten, die in der nächsten Zeit wichtigster Wachstumsmotor bleiben dürften (Tabelle 1). Der Konsum der privaten Haushalte wird von einem starken realen Lohnwachstum getragen, da das billige Öl die Verbraucherpreise drückt, während die nominalen Löhne infolge des angespannten Arbeitsmarkts und der Einführung des bundesweiten Mindestlohns steigen. Die Nachfrage nach Wohnraum wächst weiter, was die Mieten und Immobilienpreise in städtischen Zentren steigen lässt und dem Wohnungsbau Auftrieb gibt. Ein lockeres monetäres Umfeld und eine expansive Fiskalpolitik, in der sich z.T. die staatlichen Ausgaben zur Deckung des Bedarfs der neu eingereisten Flüchtlinge ausdrücken, verleiht der Inlandsnachfrage zusätzliche Impulse. Das Lohnwachstum ließ die Lohnstückkosten etwas steigen, die preismäßige Wettbewerbsfähigkeit ist jedoch weiterhin hoch (Abb. 4), und die Inflation bewegt sich immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Die Hypothekenkreditvergabe an die privaten Haushalte hat sich etwas belebt, die Kreditvergabe an Nichtfinanzunternehmen bleibt jedoch gedämpft.

Das BIP-Wachstum dürfte 2016 und 2017 insgesamt solide bleiben, da der inländische Verbrauch nach wie vor robust ist und sich die Nachfrage nach deutschen Exporten im Euroraum erholt und so einen Ausgleich für die Konjunkturabschwächung in den aufstrebenden Volkswirtschaften schafft. Die neu eingereisten humanitären Zuwanderer

Tabelle 1 **Makroökonomische Indikatoren und Projektionen**

Jahresdurchschnittliche volumenmäßige Veränderung in Prozent (sofern nicht anders angegeben)

	2012	2013	2014	2015	2016 <sup>1</sup>	2017 <sup>1</sup>
	Jeweilige Preise (in Mrd. Euro)					
<b>BIP mit arbeitstäglicher Bereinigung</b>	<b>2 756</b>	<b>0.4</b>	<b>1.6</b>	<b>1.4</b>	<b>1.3</b>	<b>1.7</b>
Privater Verbrauch	1 532	0.8	1.0	1.9	1.8	1.9
Staatsverbrauch	523	0.8	1.7	2.4	2.9	2.3
Bruttoanlageinvestitionen	557	-1.3	3.5	1.7	3.1	3.6
Wohnungsbau	160	-0.9	3.3	1.0	2.8	3.1
Unternehmen	335	-1.7	4.5	1.9	2.5	4.0
Staat	62	0.3	-1.6	1.8	7.7	3.1
Inländische Endnachfrage	2 612	0.3	1.7	1.9	2.3	2.4
Lageraufstockung <sup>2</sup>	-25	0.5	-0.3	-0.5	0.1	0.0
Inländische Gesamtnachfrage	2 588	0.9	1.3	1.4	2.4	2.4
Exporte von Waren und Dienstleistungen	1 270	1.8	3.9	4.8	1.6	3.6
Importe von Waren und Dienstleistungen	1 101	3.2	3.7	5.4	4.2	5.6
Nettoexporte <sup>2</sup>	169	-0.5	0.3	0.1	-0.9	-0.5
<b>Sonstige Indikatoren (Wachstumsraten, sofern nicht anders angegeben)</b>						
BIP ohne arbeitstägliche Bereinigung	2 755	0.3	1.6	1.7	1.4	1.5
Potenzielles BIP	..	1.1	1.1	1.3	1.3	1.3
Produktionslücke <sup>4</sup>	..	-1.4	-0.9	-0.8	-0.8	-0.4
Beschäftigung	..	1.0	0.9	0.6	0.8	0.7
Arbeitslosenquote <sup>5</sup>	..	5.2	5.0	4.6	4.6	4.7
BIP-Deflator	..	2.1	1.7	2.1	1.5	1.4
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	..	1.6	0.8	0.1	0.5	1.4
Kerninflation	..	1.2	1.1	1.1	1.2	1.4
Sparquote der privaten Haushalte, netto <sup>3, 6</sup>	..	9.1	9.5	9.7	9.6	9.3
Exportleistung <sup>3</sup>	..	-1.0	0.9	2.0	..	..
Leistungsbilanzsaldo <sup>3, 7</sup>	..	6.5	7.4	8.3	8.1	7.4
Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>3, 7</sup>	..	-0.1	0.3	0.6	0.2	0.4
Gesamtstaatlicher struktureller Finanzierungssaldo <sup>7</sup>	..	0.4	0.7	0.8	0.6	0.6
Struktureller Primärsaldo <sup>4</sup>	..	2.0	2.1	2.0	1.6	1.4
Bruttostaatsverschuldung (Maastricht-Abgrenzung) <sup>3, 7</sup>	2 057	77.2	74.8	71.5	68.6	66.0
Bruttostaatsverschuldung (Volkswirtschaftl. Gesamtrechnung) <sup>3, 7</sup>	2 146	81.4	82.1	78.8	75.9	73.3
Nettostaatsverschuldung <sup>3, 7, 8</sup>	1 232	45.1	45.9	43.7	42.4	40.8
3-Monats-Geldmarktsatz, Durchschnitt	..	0.2	0.2	0.0	-0.1	0.1
Rendite 10-jähriger Staatsanleihen, Durchschnitt	..	1.6	1.2	0.5	0.5	0.8

1. OECD-Projektionen.

2. Beitrag zur Veränderung des realen BIP.

3. OECD-Projektionen für 2015.

4. In Prozent des potenziellen BIP.

5. In Prozent der Erwerbsbevölkerung.

6. In Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte.

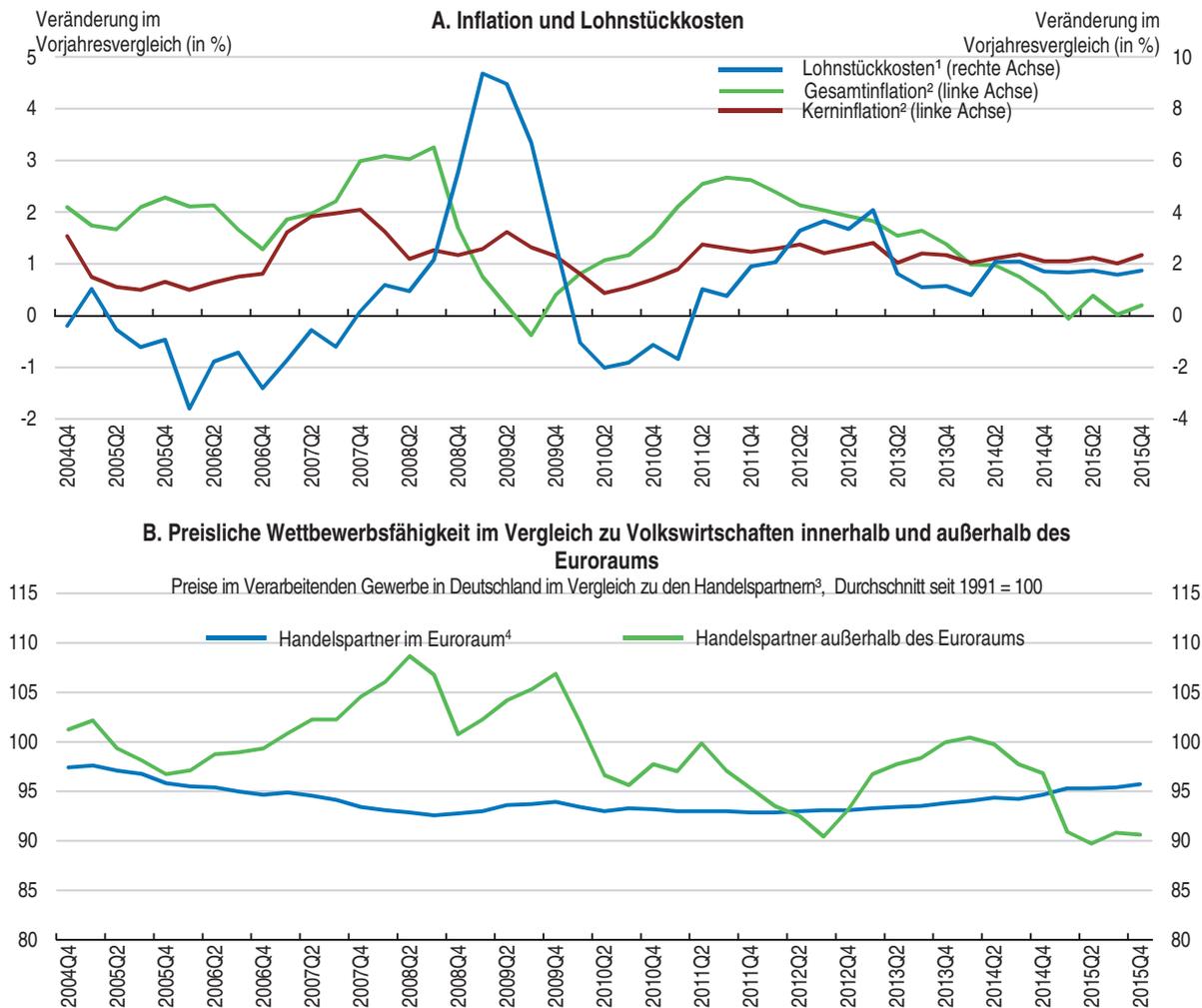
7. In Prozent des BIP.

8. Bruttoverschuldung (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung) abzügl. Vermögenswerte.

Quelle: OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank), Statistische Bundesamt und OECD-Berechnungen.

werden erst nach und nach in den Arbeitsmarkt eintreten, und die Zuwanderung wird voraussichtlich nachlassen. Die konjunkturelle Arbeitslosenquote dürfte niedrig bleiben, die natürliche Arbeitslosenquote wird jedoch infolge des Zuzugs großer Zahlen an Flüchtlingen steigen, deren Beschäftigungsfähigkeit noch gering ist. Der Verbraucherpreisauftrieb wird voraussichtlich steigen, weil das Lohnwachstum zugenommen hat, nur geringe Kapazitätsüberhänge bestehen und der Effekt des Ölpreisrückgangs abklingen wird (in den Projektionen wird für die kommende Zeit aus rechnerischen Gründen von unveränderten

Abbildung 4 Die Inflation verharrt auf niedrigem Niveau bei gleichzeitig hoher Wettbewerbsfähigkeit



1. Je Umsatzeinheit in konstanten Preise auf Stundenbasis.
2. Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). In der Kerninflation nicht berücksichtigt sind Energieprodukte, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.
3. Auf der Basis der Deflatoren der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe.
4. Vorläufiger Wert für das 4. Quartal 2015.

Quelle: OECD (2016), *OECD Economic Outlook: Statistics and Projections* (Datenbank) und Deutsche Bundesbank.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345341>

Ölpreisen und Wechselkursen ausgegangen). Ein schwächeres Exportwachstum, ein robustes Inlandsnachfragewachstum und geringere Nettokapitalerträge aus dem Ausland dürften zu einem leichten Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses führen.

Eine drastischere Konjunkturverlangsamung in den aufstrebenden Volkswirtschaften und eine erneute Konjunkturschwäche im Euroraum könnten die Ausfuhren stärker beeinträchtigen als erwartet, die Investitionstätigkeit dämpfen und auf das Konsumklima abfärben. Die deutsche Wirtschaft ist stärker vom Welthandel abhängig als die meisten anderen Volkswirtschaften, was auf das große Gewicht der Exporte im BIP und den relativ hohen Anteil der Investitionsgüter, die in die aufstrebenden Volkswirtschaften exportiert werden, zurückzuführen ist. Zu weiteren Schocks könnte es infolge eines erneuten Anstiegs

### Kasten 1 **Schocks, die die Wirtschaftsleistung beeinträchtigen könnten**

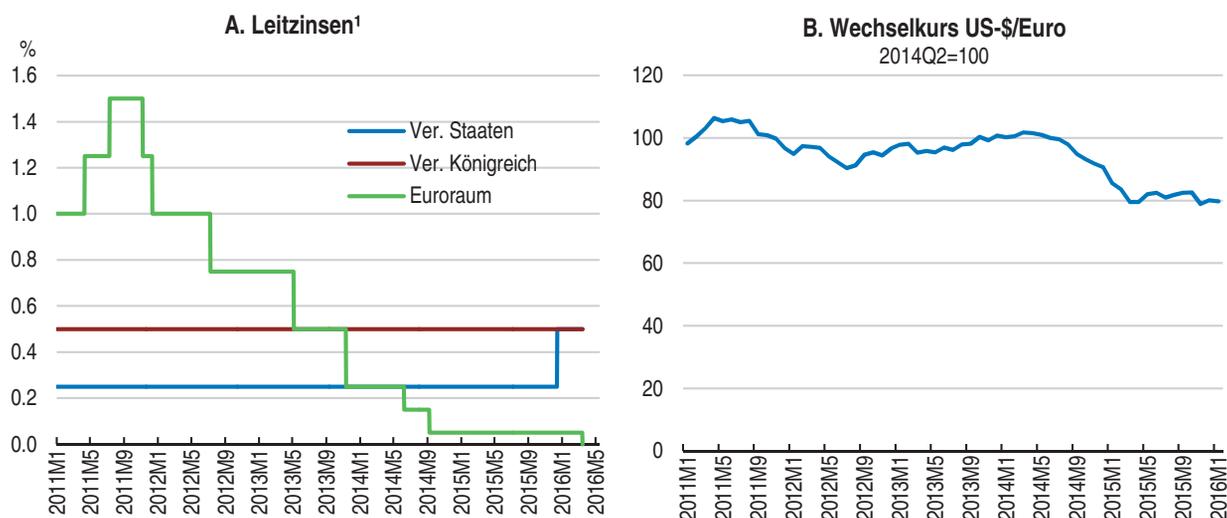
Risiko	Mögliche Auswirkungen
Euro-Turbulenzen und anhaltende Wachstumsschwäche im Euroraum	Die Finanz- und Handelsbeziehungen mit den anderen Euroländern sind nach wie vor erheblich. Die geringen Leverage Ratios systemwichtiger europäischer Banken könnten die Konsequenzen von Turbulenzen verschlimmern. Eine schwache Nachfrage im Euroraum würde Exporte und Investitionen beeinträchtigen. Außerdem würde sie bewirken, dass die langfristigen Zinsen auf niedrigem Niveau verharren, was negative Konsequenzen für die Zinseinnahmen und Renteneinkünfte der privaten Haushalte hätte und mit Risiken für die Finanzstabilität verbunden wäre.
Weiterer Anstieg der Zuwanderung	Die Integration großer Zahlen von Flüchtlingen mit geringen Qualifikationen und Deutschkenntnissen ist kostspielig, und es könnte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommen. Die Integrationsmaßnahmen könnten fehlschlagen, falls sie in einem restriktiven Regulierungsumfeld umgesetzt werden oder falls keine ausreichenden öffentlichen Dienstleistungen wie Wohnungs- und Gesundheitsversorgung, Bildung und vor allem aktive Arbeitsmarktmaßnahmen angeboten werden. Nachlassende politische Unterstützung für die Flüchtlinge und zunehmende Spannungen mit anderen EU-Staaten könnten zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen führen, wodurch sich die Kosten unternehmerischer Tätigkeit erhöhen würden, was negative Auswirkungen auf Deutschlands exportorientierte Wirtschaft hätte. Die Transitländer auf der Balkanroute könnten die Flüchtlinge an ihren Grenzen zurückweisen, was zu einer erneuten wirtschaftlichen und humanitären Krise mit erheblichen Ansteckungsgefahren führen könnte.

der Zuwanderung oder durch Turbulenzen im Euroraum kommen (Kasten 1). Demgegenüber könnten Anstrengungen zur Stärkung des Vertrauens in den Euroraum die Attraktivität Deutschlands als Investitionsstandort erhöhen. Maßnahmen zur Bewältigung langfristiger binnenwirtschaftlicher Herausforderungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung, könnten zudem die Investitionstätigkeit auf kurze Sicht steigern.

## Die monetären Bedingungen im Euroraum wurden weiter gelockert

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Leitzinsen zwar bis 2013 auf höherem Niveau belassen als die Währungsbehörden des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten, seit kurzem ist ihr geldpolitischer Kurs jedoch höchst expansiv (Abb. 5). Sie hat die Leitzinsen weiter gesenkt und führt seit Juni 2014 unkonventionelle Maßnahmen durch, darunter ein groß angelegtes Wertpapierankaufprogramm sowie gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) für Banken. Dies führte zu einer starken Verlängerung der Bilanz des Eurosystems. Um die Geschäftsbanken zu ermutigen, die zusätzliche Liquidität zur Erhöhung der Kreditvergabe zu nutzen, hat die EZB Negativzinsen auf deren Zentralbank-einlagen eingeführt. Sie hat eine Ausdehnung ihres Wertpapierankaufprogramms um sechs Monate angekündigt und den Einlagensatz im Dezember 2015 weiter unter null gesenkt.

Diese Maßnahmen trugen zu einer erheblichen Abwertung des Euro im Verhältnis zum Dollar bei, was der Wettbewerbsfähigkeit insgesamt und auch der exportorientierten deutschen Wirtschaft Auftrieb gab. Die Kreditvergabe an den privaten Sektor im Euroraum erholt sich allmählich. Die Banken haben mit der Lockerung der Kreditstandards begonnen, vor allem in den Ländern mit bislang restriktiven Kreditbedingungen (OECD, 2015n), und die Kreditzinsen sind gesunken. Der Effekt auf die Kreditvergabe in Deutschland fiel relativ gering aus, z.T. weil der Zugang zu Krediten bereits während der letzten Jahre durchgehend gut war (Ifo-Konjunkturtest, 2015). Das Kreditwachstum bleibt bescheiden. Eine starke Ertragslage und verhaltene Investitionspläne im Unternehmenssektor bremsen die Nachfrage nach Bankkrediten. Dennoch sind die monetären Bedingungen im Euroraum relativ expansiv im Vergleich zur Konjunkturposition der deutschen Wirtschaft, da sich das Wirtschaftswachstum

Abbildung 5 **Niedrige Leitzinsen führten zu einer Abwertung des Euro**

1. Leitzinsen der Zentralbanken. Vereinigte Staaten: Federal Funds Target Rate; Euroraum: Hauptrefinanzierungssatz der EZB; Vereinigtes Königreich: Clearing Bank's Base Rate.

Quelle: OECD (2016), OECD Economic Outlook: Statistics and Projections (Datenbank) und Thomson Reuters.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345350>

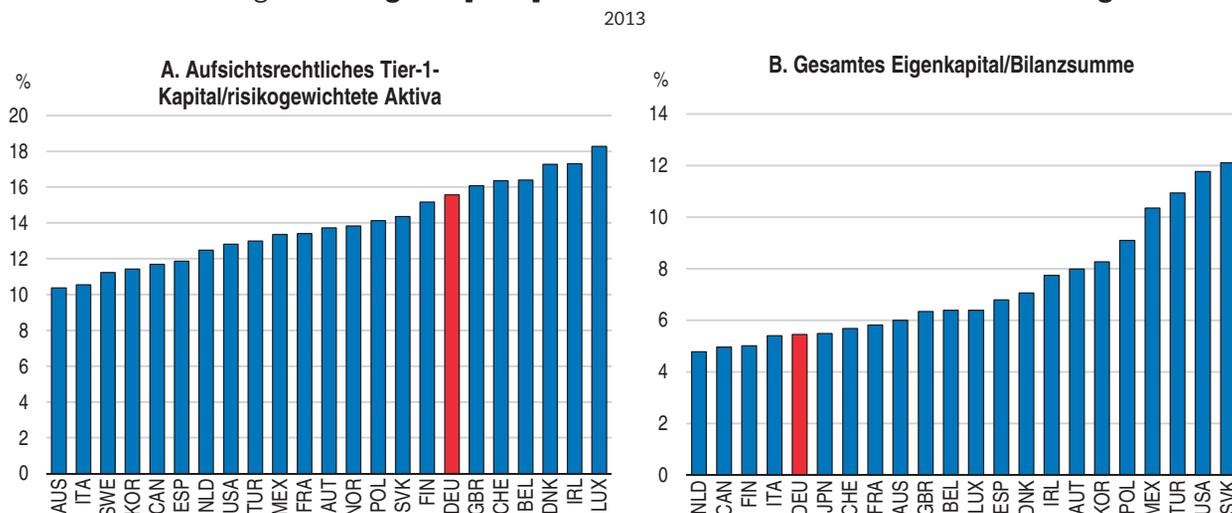
und die Beschäftigung in der Bundesrepublik kräftiger entwickelt haben als im übrigen Euroraum und die Produktionslücke in Deutschland inzwischen gering sein dürfte.

## Die vom Niedrigzinsumfeld ausgehenden Risiken halten sich bislang in Grenzen

Die lockeren monetären Bedingungen haben offenbar nicht zu einem übermäßigen Vermögenspreis- oder Kreditwachstum geführt. Die Zunahme der Preise für Wohnimmobilien entsprach weitgehend der Entwicklung der Einkommen der privaten Haushalte und der Mieten (Deutsche Bundesbank, 2015a), allerdings sind die Wohnimmobilienpreise in einigen der größten Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte deutlich stärker gestiegen als die Mieten (Kholodilin und Michelsen, 2015). Auf jeden Fall bleibt das Wachstum der Kredite, die die privaten Haushalte für Immobilienkäufe aufnehmen, gemäßigt (Deutsche Bundesbank, 2016b). Die großen international tätigen Banken haben ihr starkes Engagement in Derivaten reduziert, das im *Wirtschaftsbericht Deutschland 2014* als erhebliches systemisches Risiko identifiziert wurde. Sie haben die Kapitalpuffer erhöht, wodurch sich das systemische Risiko ebenfalls verringert. Die am Kernkapital (Tier 1) im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva gemessene Eigenkapitalquote ist im deutschen Bankensektor relativ hoch. Das gesamte buchmäßige Eigenkapital im Verhältnis zur nichtrisikogewichteten Bilanzsumme ist jedoch nach wie gering (Abb. 6).

Die niedrigen Zinsen beeinträchtigen vor allem die Gewinnspannen kleiner und mittlerer Banken, deren Finanzierung am stärksten vom Einlagengeschäft abhängig ist. Den meisten dieser Institute wird es möglich sein, dem von den niedrigen Zinsen ausgehenden Druck standzuhalten, da ihre Kapitalausstattung relativ gut ist (Deutsche Bundesbank, 2015b). Die Bundesregierung hat 2014 den Gesetzesrahmen für Lebensversicherungen reformiert, womit es Versicherungsunternehmen ermöglicht wurde, ihre langfristigen Zahlungsverpflichtungen zu reduzieren, die sie eingegangen waren, als sich die Zinsen noch auf höherem Niveau bewegten. Allerdings rechnen die Kreditinstitute mit einem

Abbildung 6 Die Eigenkapitalquoten der Banken sind nach wie vor niedrig



Quelle: IWF (2015), IMF Financial Soundness Indicators Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345369>

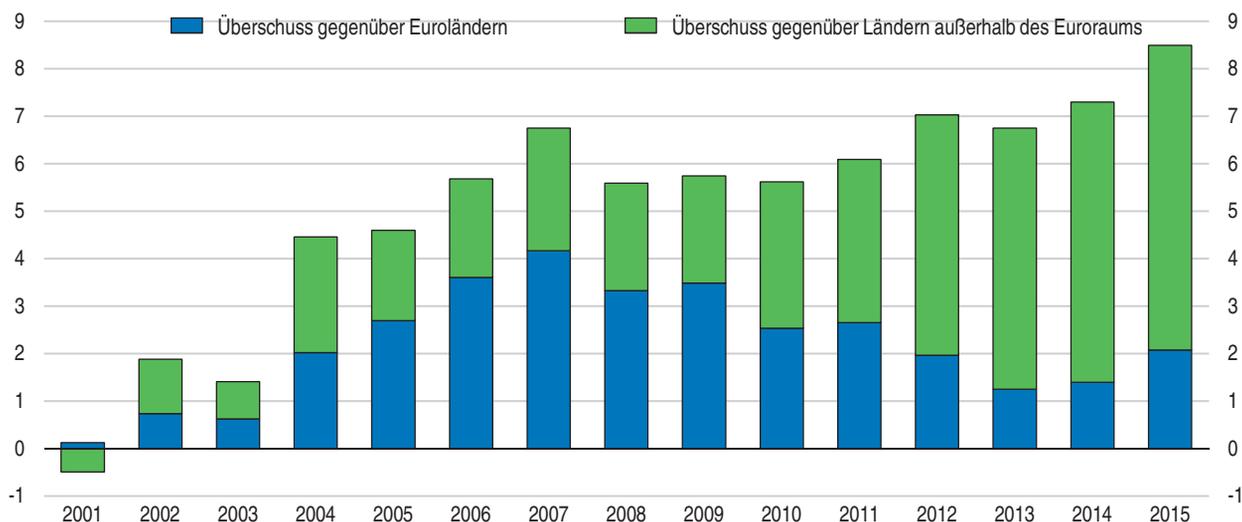
Rückgang ihrer Vorsteuergewinne um rd. 25% bis 2019, und die Risikotragfähigkeit der Versicherungsunternehmen ist unsicher, sollten die Marktzinsen auf niedrigem Niveau verharren (Deutsche Bundesbank, 2015a). Im Falle fortgesetzt niedriger Zinsen könnten sich die Finanzinstitute veranlasst sehen, höhere Risiken einzugehen, um ihre Renditen zu sichern. Lebensversicherungsunternehmen haben z.B. begonnen, den Anteil der Aktien in ihren Portfolios zu erhöhen. Wegen der niedrigen Zinsen ist es schwieriger geworden, die private Altersvorsorge, wie von der Regierung beabsichtigt, auszudehnen.

## Der Leistungsbilanzüberschuss ist nach wie vor hoch

Der Leistungsbilanzüberschuss wird sich 2016 voraussichtlich auf rd. 8% des BIP belaufen, da die gesunkenen Ölpreise den Importwert senken und die Euroaufwertung den Exporten Aufwind gibt. Der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber anderen Euroländern ist seit 2013 ebenfalls gestiegen, worin sich die allmähliche Konjunkturerholung im Euroraum ausdrückt (Abb. 7), er ist aber immer noch deutlich niedriger als vor der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Es gibt jedoch keine monokausale Erklärung für den deutschen Leistungsbilanzüberschuss. Neben einer Reihe vorübergehender Faktoren, insbesondere der Wechselkurseffekte und der niedrigen Rohstoffpreise, gibt es auch fundamentalere Erklärungsfaktoren, z.B. den andauernden demografischen Wandel, das sich ausweitende Produktivitätsgefälle zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor (Coricelli, Ravasan und Wörgötter, 2013) sowie eine starke Zunahme des Nettoauslandsvermögens und der damit einhergehenden Einnahmen. Der große Überschuss ist z.T. auf die Umkehr der Ersparnis-/Investitionsbilanz im Unternehmens- und im Staatssektor zurückzuführen (Abb. 8). Die bemerkenswerte Zunahme des Ersparnis-/Investitionssaldos des Unternehmenssektors ist eine Folge des verhaltenen Wachstums der Investitionen (ohne Wohnungsbau), das nicht mit dem Anstieg der Gewinne schritthielt. Die Ersparnis der privaten Haushalte bewegt sich auf hohem Niveau und hat seit Anfang der 2000er Jahre etwas zugenommen, als die Haushalte auf das geringe Wachstum und die hohe Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Jahrzehnts sowie die Senkung der gesetzlichen Rentenansprüche mit einer Erhöhung des Vorsorgesparens reagierten (Deutsche Bundesbank, 2015c).

Abbildung 7 **Der Leistungsbilanzüberschuss gegenüber Ländern außerhalb des Euroraums ist gestiegen**

In Prozent des BIP



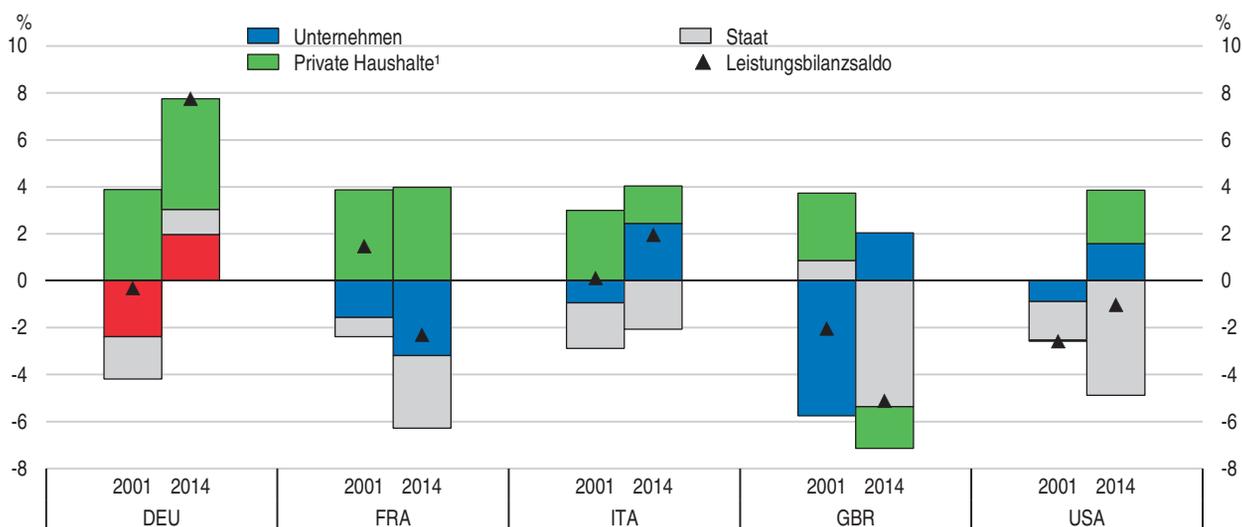
Quelle: Deutsche Bundesbank.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933345376>

Maßnahmen, die über eine Stärkung der Binnennachfrage und Erhöhung der Attraktivität des Dienstleistungssektors für Investitionen auf eine Abnahme des Leistungsbilanzüberschusses hinwirken, hätten im Kontext des flauen Wirtschaftswachstums im Euroraum und weltweit positive Ausstrahlungseffekte und würden Anpassungen in Defizitländern unterstützen, die mit geringeren Kosten in Form von Produktionseinbußen verbunden wären. Die Umsetzung der im Folgenden dargelegten Strukturreformprioritäten würde nicht nur Deutschlands Wachstumspotenzial erhöhen, sondern auch sein Leistungsbilanzgleichgewicht etwas

Abbildung 8 **Der Leistungsbilanzüberschuss ist hoch**

Ersparnis-/Investitionsbilanz nach Sektoren und Leistungsbilanzsaldo in % des BIP



1. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: OECD (2015), OECD National Accounts Database.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888933345388>

verringern. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen zur Ankurbelung der Investitionstätigkeit, z.B. Regulierungsreformen, die die Marktzutrittsschranken im Dienstleistungssektor verringern. Mit der Beseitigung von Hindernissen für die Vollzeitbeschäftigung von Frauen würden Armutsrisiken reduziert, was einen Rückgang des Vorsorgesparens begünstigen könnte. Rentenreformen, die die Lebensarbeitszeit verlängern, würden ebenfalls zu einer geringen Sparquote führen, da dadurch die Zahl der Jahre steigen würde, während der die Haushalte ihre Alterseinkommen absichern können (Kerdrain et al., 2010). Durch Energiesteuerbefreiungen für energieintensive, exportorientierte Industrieunternehmen wurde deren Ertragslage gesichert (siehe weiter unten).

### **Der Arbeitsmarkt hat angezogen, ein großes Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern und die steigende Zuwanderung bringen jedoch Herausforderungen mit sich**

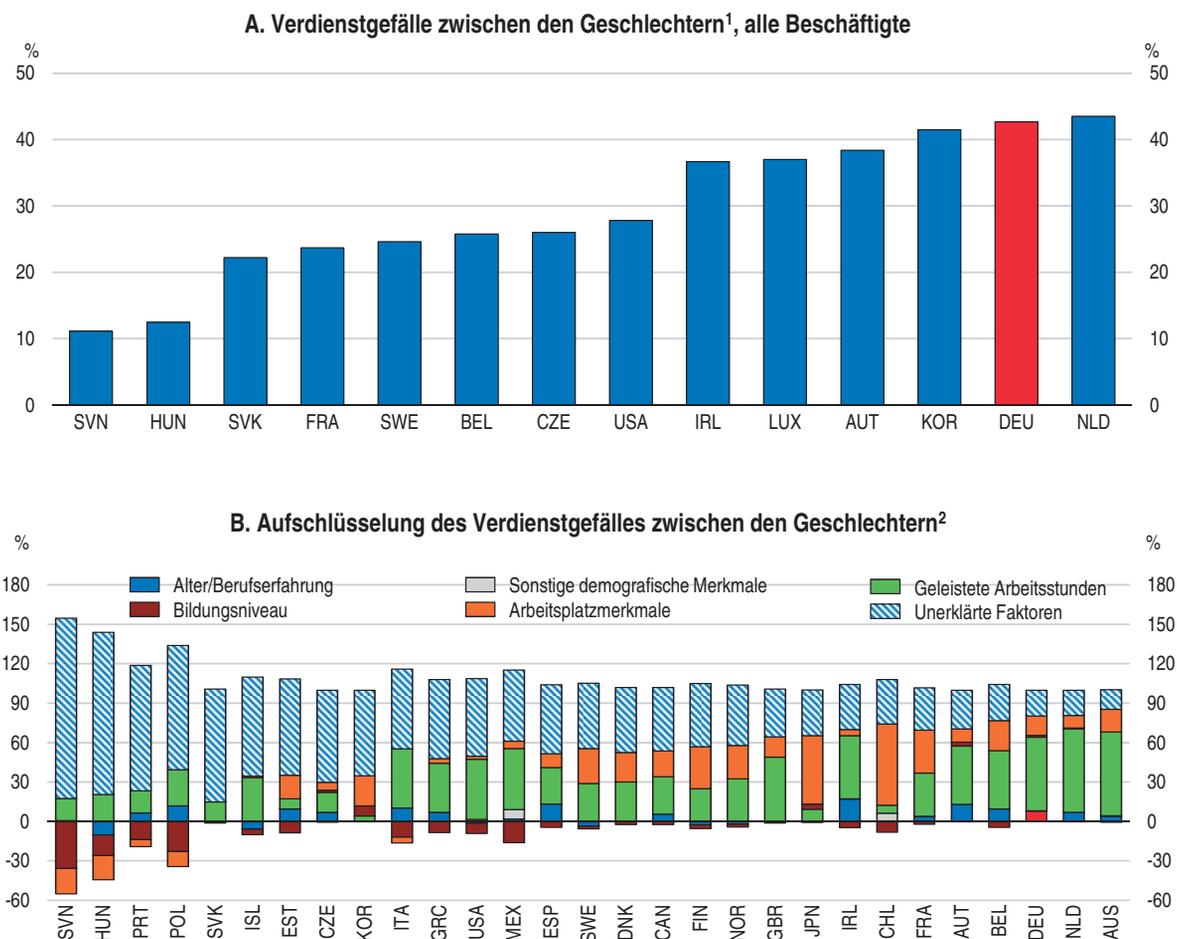
Die Beschäftigung ist weiter gestiegen, vor allem im Dienstleistungssektor. Der Mindestlohn scheint bislang insgesamt keine signifikanten negativen Beschäftigungseffekte gehabt zu haben, und in einigen Branchen und Regionen mit einem hohen Anteil geringentlohnter Arbeit hatte er sogar positive Beschäftigungseffekte. Die Übergänge von Beschäftigung in Arbeitslosigkeit haben infolge des Mindestlohns offenbar nicht zugenommen (IAB, 2016). Der Mindestlohn scheint zu einer Verlagerung der Beschäftigung in Richtung regulärer Beschäftigungsverträge geführt zu haben, weg von den Minijobs, auf die geringe Steuer- und Abgabensätze erhoben werden und bei denen kein Arbeitslosenversicherungsschutz besteht (BMW, 2015).

Der Mindestlohn ist inzwischen fast vollständig eingeführt, außer in einigen Branchen, hauptsächlich in den neuen Bundesländern, wo er bis Ende 2017 schrittweise umgesetzt wird. Die Bundesregierung hat eine unabhängige Mindestlohnkommission eingerichtet, die sich aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sowie unabhängigen Experten zusammensetzt und die Empfehlungen für künftige Mindestlohnanpassungen aussprechen soll. Ihr Ziel ist es sicherzustellen, dass die Beschäftigungsergebnisse nicht beeinträchtigt werden. Die Effektivität der Mindestlohnkommission könnte zusätzlich gestärkt werden, wenn die unabhängigen Experten ein Stimmrecht erhielten. Es ist wichtig, dass bei künftigen Evaluierungen der Effekt der Zuwanderung auf das Arbeitsangebot berücksichtigt wird.

In Deutschland besteht ein großes Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern, vor allem weil viele Frauen in Teilzeit arbeiten (Abb. 9). Besonders hoch ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten unter den hochqualifizierten Frauen. 43% der Männer, jedoch nur 11% der Frauen mit Hochschulabschluss verdienen mehr als das Doppelte des Medianeinkommens (OECD, 2012). Die Teilzeitquote ist unter jungen Frauen in Familien mit kleinen Kindern besonders hoch. 2013 betrug die wöchentliche Arbeitszeit von zwei Dritteln der Frauen mit Kindern maximal 30 Stunden (BMAS, 2015). Das fehlende Angebot an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen für kleinere Kinder begrenzt die Beschäftigungschancen vieler Frauen. Teilzeitbeschäftigte Frauen haben auch weniger Optionen bei der Arbeitsplatzwahl, was ihre Verdienstaussichten verringert. Die geringen Arbeitszeiten junger Frauen beeinträchtigen deren spätere Karriere- und Verdienstchancen, auch wenn sie anschließend wieder in eine Vollzeitbeschäftigung überwechseln.

Die Bundesregierung arbeitet an einem Gesetzentwurf, um gleiche Entgeltbedingungen für männliche und weibliche Beschäftigte zu fördern. Wenn der Gesetzentwurf umgesetzt wird, sind Großunternehmen verpflichtet, Informationen dazu vorzulegen, wie sie die Gleichstellung der Geschlechter hinsichtlich Verdienst und Karriereaussichten fördern. Alle Beschäftigten werden das Recht haben, von ihrem Arbeitgeber über Fragen der

Abbildung 9 Hohes Verdienstgefälle zwischen den Geschlechtern auf Grund der Teilzeitarbeit vieler Frauen



1. Definiert als die Differenz zwischen dem (nicht um die Zahl der Arbeitsstunden bereinigten) Medianverdienst von Männern und Frauen, dividiert durch den Medianverdienst der Männer.

2. Die Länder sind von links nach rechts in absteigender Reihenfolge nach dem prozentualen Anteil des unerklärten geschlechtsspezifischen Lohngefälles angeordnet.

Quelle: OECD (2013d), Gleichstellung der Geschlechter: Zeit zu handeln.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345391>

gleichen Entlohnung von Frauen und Männern informiert zu werden. Den Unternehmen werden Vorgaben in Bezug auf Schritte gemacht werden, die sie einleiten müssen, um sämtliche diskriminierenden Praktiken auszumerzen. Die Bundesregierung hat zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, indem die Elternzeitregelungen flexibler gestaltet wurden, womit es leichter wurde, Elternurlaub mit Teilzeitarbeit zu kombinieren. Ein neues Gesetz verpflichtet große börsennotierte Unternehmen, ab 2016 mindestens 30% der Aufsichtsratsposten mit Frauen zu besetzen. Durch diese verschiedenen Maßnahmen erhalten Frauen mehr Anreize, ihre berufliche Karriere voranzutreiben.

Durch den kontinuierlichen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Ein unzureichendes Angebot an Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen sowie vom Steuersystem ausgehende Fehlanreize sind jedoch weiterhin Hindernisse für eine Vollzeitbeschäftigung, wovon hauptsächlich Frauen betroffen sind (siehe weiter unten). Die Erfahrung aus dem OECD-

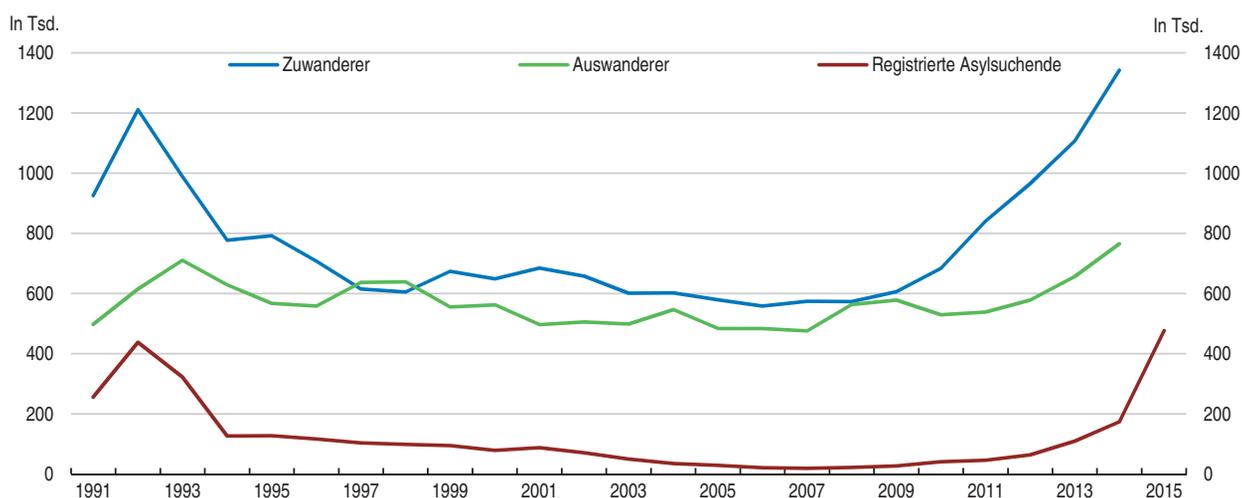
Vergleich zeigt, dass ein geringeres Verdienstgefälle zwischen Männern und Frauen die Armutsrisiken der Haushalte deutlich reduziert (OECD, 2015a). Auf Haushaltsebene gehen die größten Armutsrisiken in der Tat vom Arbeitsplatzverlust sowie von Änderungen in der Haushaltszusammensetzung aus. Wenn beide Partner in einem Paar berufstätig sind, verringern sich diese Armutsrisiken.

### Zuwanderer effektiv integrieren

Die Zuwanderung ist seit 2011 stark gestiegen, zunächst vor allem auf Grund von Zuzügen aus Ost- und Südeuropa im Kontext der Schulden- und Wirtschaftskrise im Euroraum. 2015 hat sie nochmals deutlich zugenommen mit der Einreise von etwa einer Million humanitärer Zuwanderer, die Asyl suchen (was 1,2% der Einwohnerzahl Deutschlands entspricht). Dies ist erheblich mehr als die Zahl der registrierten Asylanträge in Abbildung 10, was sich aus der zeitlichen Verzögerung zwischen der Einreise und der Einreichung des Asylantrags erklärt. Im ersten Halbjahr 2015 handelte es sich bei 30% der Asylsuchenden um Jugendliche oder Kinder und bei 50% um Erwachsene unter 35 Jahren. Die meisten Asylsuchenden stammen aus dem Nahen Osten sowie Ostafrika und werden voraussichtlich in Deutschland bleiben. Sie finden jedoch nur langsam Arbeitsstellen.

Als Reaktion auf den großen Zustrom an Asylsuchenden, der 2015 verzeichnet wurde, hat die Bundesregierung erhebliche logistische Anstrengungen zur Deckung des Grundbedarfs und Bereitstellung von Unterkünften unternommen. Sie beschleunigt auch die Verwaltungsverfahren zur Klärung des Status der Asylsuchenden und lässt Unterstützung fokussiert denjenigen mit guter Bleibeperspektive zukommen. Das Asylverfahren dauert in Deutschland im Schnitt fünf Monate – weniger lang als in vielen anderen Ländern –, und die Bundesregierung arbeitet an einer weiteren Senkung der durchschnittlichen Verfahrensdauer (BAMF, 2015). Ende 2014 wurden die Zugangshindernisse zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende in Deutschland verringert. Die Zusammenarbeit zwischen der für Asylanträge und Integrationsfragen zuständigen Behörde und der Bundesagentur für Arbeit wurde verstärkt, und beide erhöhen ihren Mitarbeiterbestand. Die Bundesregierung hat Maßnahmen eingeleitet, um die Kompetenzen der Neuzuwanderer zu evaluieren, die Schulungsangebote auszuweiten und den Zugang zum Bildungssystem zu verbessern.

Abbildung 10 Die Zahl der Zuwanderer und registrierten Asylsuchenden ist gestiegen



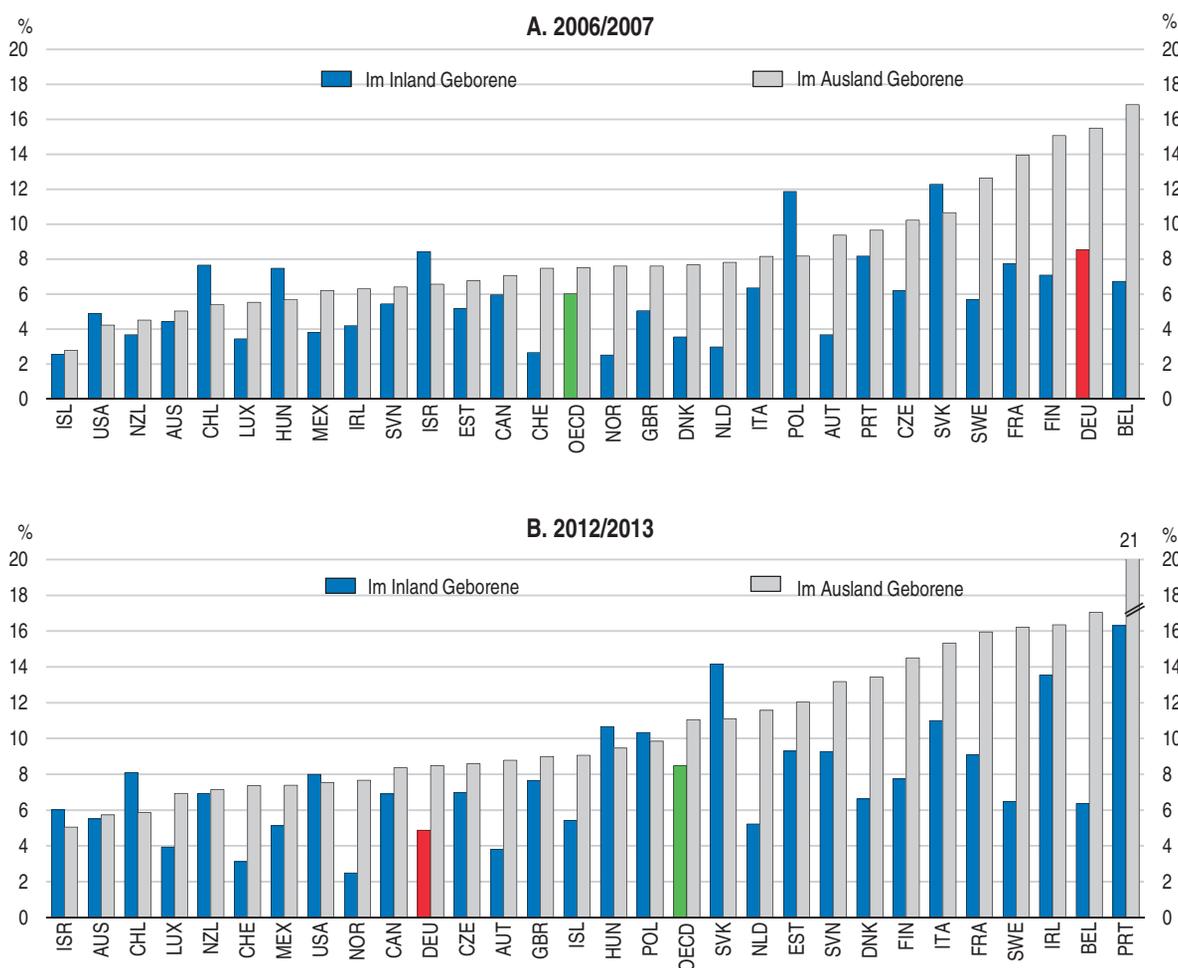
Quelle: Statistisches Bundesamt und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345403>

Die Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt und ins Bildungssystem hat sich verbessert. Die Arbeitslosenquote von Migranten ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken (Abb. 11). Dennoch besteht Spielraum für eine weitere Verbesserung der Arbeitsmarktintegration. Die Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten von im Inland Geborenen und von Zuwanderern liegt nahe beim OECD-Durchschnitt, ist aber immer noch größer als in den OECD-Ländern, die auf diesem Gebiet die besten Ergebnisse erzielen. Die Differenz zwischen den PISA-Ergebnissen von im Inland geborenen und zugewanderten Schülerinnen und Schülern hat sich ebenfalls deutlich verringert, ist aber nach wie vor relativ groß (Abb. 12). In Deutschland aufgewachsene Kinder von Zuwanderern haben Anspruch auf doppelte Staatsangehörigkeit, was ihre soziale Integration erleichtert. Es wurden Maßnahmen zur Förderung der Zuwanderung von Fachkräften ergriffen, u.a. mit besonderen Aufenthaltstiteln für Hochqualifizierte sowie für Arbeitskräfte mit Qualifikationen in Mangelberufen. Auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen wurde verbessert.

Abbildung 11 **Die Arbeitslosenquote ist gesunken, insbesondere unter Zuwanderern**

In Prozent der Erwerbsbevölkerung (15- bis 64-Jährige)

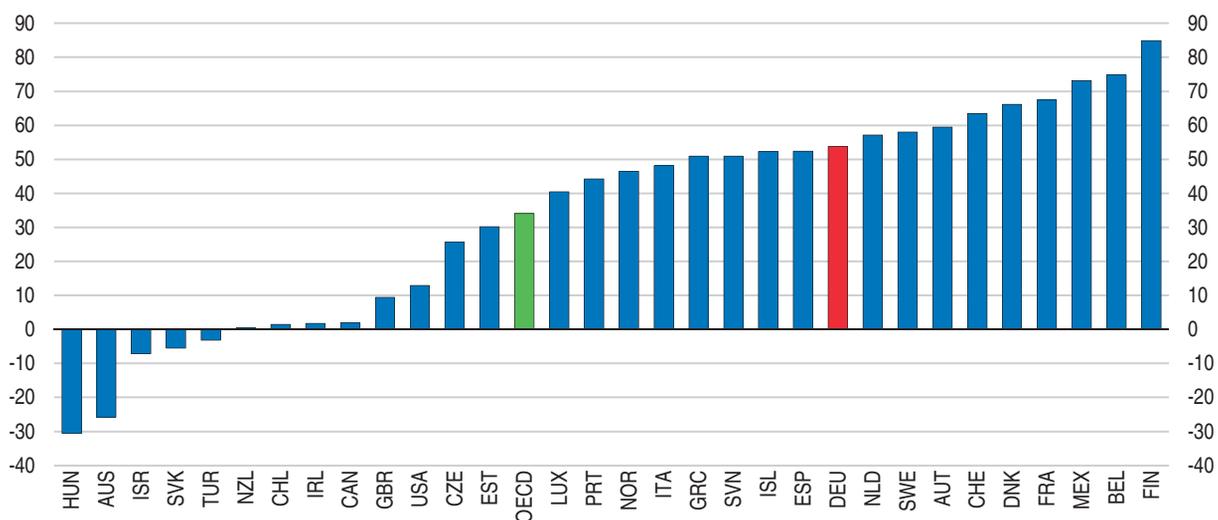


Quelle: OECD (2015), *Integration von Zuwanderern: OECD-Indikatoren 2015*.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345417>

Abbildung 12 **Die Differenz zwischen den Bildungsergebnissen von zugewanderten und im Inland geborenen Schülern ist erheblich**

Leistungsunterschied in Mathematik vor Berücksichtigung des sozioökonomischen Status



Quelle: OECD (2014), PISA 2012 Ergebnisse: Exzellenz durch Chancengerechtigkeit: Allen Schülerinnen und Schülern die Voraussetzungen zum Erfolg sichern, Band II.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345425>

Um sicherzustellen, dass größerer wirtschaftlicher Nutzen aus der Zuwanderung gezogen werden kann, z.B. in Form einer höheren Produktivität und einer stärkeren Arbeitsmarktbindung – womit sich auch die langfristigen durch Transferabhängigkeit entstehenden Haushaltskosten verringern –, müssen die Flüchtlinge rasch integriert werden. Dazu sind Ausgaben im Vorfeld nötig, und die Bundesregierung hat gut daran getan, erhebliche Ressourcen hierfür im Haushalt vorzusehen (siehe weiter unten). Die Erfahrung aus dem OECD-Vergleich deutet darauf hin, dass folgende Maßnahmen eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Flüchtlinge spielen (OECD, 2016a):

- Deutschland hat den Zugang von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt verbessert. Beispielsweise wurde die Vorrangprüfung für bestimmte Asylsuchende abgeschafft, sie erhalten Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, und es wurden Maßnahmen zur Beurteilung der vorhandenen Qualifikationen und zur Anhebung des Kompetenzniveaus eingeführt. Dennoch können die meisten Asylsuchenden während der ersten 15 Monate nach Einreichung des Asylantrags nur eingestellt werden, wenn sich kein geeigneter EU-Staatsangehöriger zur Besetzung der betreffenden Stelle findet. Dies betrifft auch Asylsuchende, bei denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie auf Dauer in Deutschland bleiben werden. Zudem gilt eine Wartezeit von 15 Monaten für Beschäftigungen bei Zeitarbeitsunternehmen, wobei nur für Hochqualifizierte und Mangelberufe Ausnahmen bestehen. Diese Hindernisse sollten verringert werden.
- Trotz der jüngsten Anstrengungen, um Zuwanderern die Anerkennung ihrer formalen Kompetenzen zu erleichtern, variieren die Regelungen in Bezug auf die Anerkennung solcher Qualifikationen von Bundesland zu Bundesland, und das Verfahren bleibt für die Antragstellenden kostspielig. Wenn Zuwanderern die Anerkennung ihres Bildungsabschlusses oder die Zulassung zur Ausübung des Berufs, für den sie ausgebildet wurden, versagt wird, sollten sie Zugang zu – idealerweise arbeitsplatzbasierten – Schulungsmöglichkeiten erhalten, um sich die fehlenden Qualifikationen anzueignen (OECD, 2014d). Schulungsmaßnahmen werden beispielsweise von dem bundesweiten Netzwerk „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ angeboten. Die aktiven

Arbeitsmarktmaßnahmen, die Höherqualifizierungsmöglichkeiten sowie die Wohnungsangebote für in prekären Verhältnissen lebende Niedrigeinkommenshaushalte sollten allerdings ausgebaut werden.

Die Erfahrung mit den Zuwanderungswellen der Vergangenheit (Jean et al., 2007) zeigt, dass Zuwanderung die Notwendigkeit von Maßnahmen zu Gunsten eines offenen Zugangs zu Arbeits- und Produktmärkten erhöht. Weniger restriktive Zulassungsregelungen in einigen Dienstleistungsbranchen, vor allem im Handwerk, würden den wirtschaftlichen Nutzen der Zuwanderung erhöhen, und Maßnahmen zur Erleichterung von Unternehmensgründungen, z.B. durch eine Verbesserung des Zugangs selbstständig Beschäftigter zu einer kostengünstigen gesetzlichen Krankenversicherung, wären ebenfalls hilfreich (OECD/Europäische Union, 2013; OECD, 2014a). Der Migrantenanteil unter den Beschäftigten des öffentlichen Sektors ist gering. Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor könnte stärker für Nicht-EU-Staatangehörige geöffnet werden.

Verbesserungen im Bildungssystem helfen bei der Integration aller Kinder und vor allem solcher aus Zuwandererfamilien (OECD, 2015g). Die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund im Bildungsbereich muss ausgeweitet werden (OECD, 2014a). Flüchtlingskinder und -jugendliche sollten rasch in das reguläre Pflichtschulsystem integriert werden, um eine Segregation zu verhindern, und die Standardlehrpläne sollten um Deutschkurse ergänzt werden. Familien aus ungünstigeren sozioökonomischen Verhältnissen und mit Migrationshintergrund sollten – u.a. durch finanzielle Förderung – ermutigt werden, formale Kinderbetreuungsangebote und Vorschulbildung für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen (OECD, 2014d; OECD, 2015g).

## Die Haushaltspolitik muss sich mehreren Herausforderungen stellen

Für die öffentlichen Haushalte in Deutschland gilt ein mehrjähriges Top-down-Verfahren der Haushaltsaufstellung (OECD, 2015b). Dabei muss eine Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Defizit von 0,5% des BIP eingehalten werden, die mit der Europäischen Union vereinbart wurde. Nach den im Grundgesetz verankerten Regeln gilt auf Ebene des Bundes eine Obergrenze für das strukturelle Defizit, während die Bundesländer ab 2020 einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen müssen.

Die guten Haushaltsbilanzen der letzten Jahre, die z.T. den geringen Zinsen auf die Staatsschulden zuzuschreiben waren, und die Veräußerung der Finanzaktiva, die den Banken während der weltweiten Finanzkrise abgenommen wurden, haben die Staatsverschuldung auf 71% des BIP sinken lassen. Ohne Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung werden die öffentlichen Rentenausgaben zwischen 2013 und 2060 jedoch voraussichtlich um mindestens 2½% des BIP steigen (BMF, 2016), was die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen beeinträchtigen würde. Durch eine Koppelung des Rentenalters an die Entwicklung der Lebenserwartung könnte die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gestärkt werden.

Die Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Zuwanderern dürften sich 2016 und 2017 jeweils um ¼% des BIP erhöhen. Die Ausgaben für Kindergeld und Kinderfreibeträge sowie Pflegeversicherungsleistungen steigen (um 0,2% des BIP). Die staatlichen Investitionsausgaben für Verkehrsinfrastruktur, Breitbandnetze, Energieeffizienz, Stadterneuerung, Hochschulen und sonstige Forschungseinrichtungen nehmen ebenfalls zu (um 0,1% des BIP). Außerdem hat die Bundesregierung die Fördermittel für kommunale Investitionen erhöht und Pläne für die Einrichtung einer Bundesfernstraßengesellschaft ausgearbeitet, der die Einnahmen aus Maut-Gebühren zufließen sollen.

Gemäß den EU-Regeln dürfte sich der fiskalische Spielraum für die öffentlichen Haushalte 2016 auf rd. ½% des BIP belaufen. Sollte auch gemäß den nationalen Vorschriften Spielraum bestehen, könnte dieser zur Finanzierung zusätzlich notwendiger kurzfristiger Ausgaben genutzt werden. An erster Stelle stehen dabei die Ausgaben für die Aufnahme und Integration von Zuwanderern. Weitere Ausgabenprioritäten sind die Deckung noch bestehender Lücken im Angebot an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, bei den Ganztagschulen und in der Verkehrsinfrastruktur.

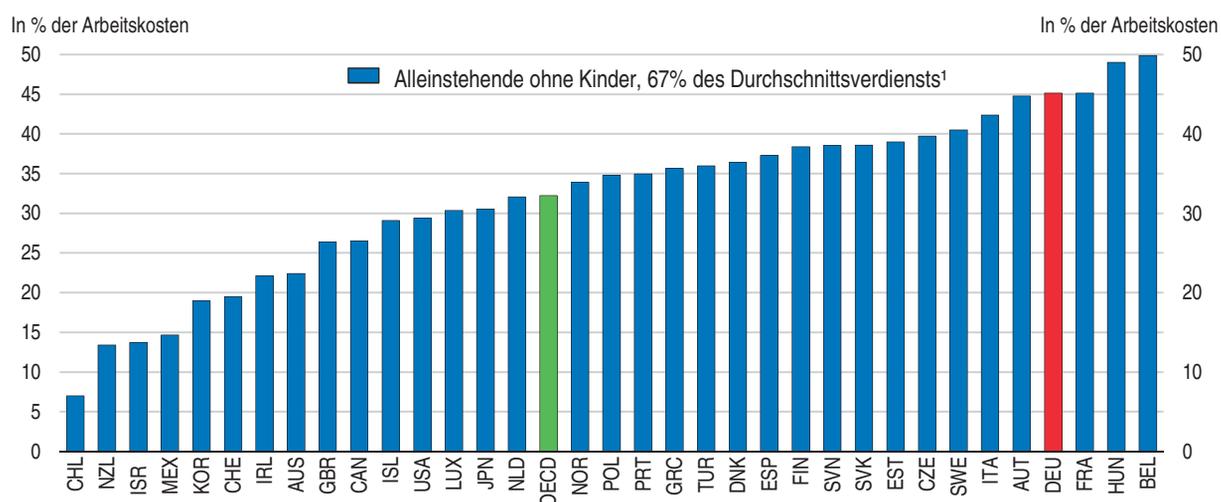
### Das Steuersystem reformieren

Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist in Deutschland höher als in vielen anderen OECD-Volkswirtschaften (Abb. 13). Die Ausgaben für öffentliche Gesundheitsversorgung und Pflege werden größtenteils aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert, die auf die Erwerbseinkommen erhoben werden, und diese Ausgaben werden im Zuge der Bevölkerungsalterung und des technischen Fortschritts in der Gesundheitsversorgung steigen. Wie in früheren Wirtschaftsberichten (z.B. OECD, 2014a) empfohlen, könnte die Steuerlast stärker auf Immobilien und Verbrauch verlagert werden, z.B. durch eine Aktualisierung der Wertansätze für die Grundsteuer sowie die Beseitigung von Umsatzsteuerbefreiungen und -ermäßigungen.

Vom Steuersystem gehen Fehlanreize für die Vollzeitbeschäftigung der Zweitverdiener in Doppelverdienerhaushalten aus. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern steigen die auf dem Erwerbseinkommen lastenden Steuern in Deutschland stark, wenn in einem Haushalt eine zweite Person eine Beschäftigung aufnimmt (Abb. 14). Dies erklärt sich aus der gemeinsamen Steuerveranlagung von Ehepaaren (Ehegattensplitting), der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern sowie dem progressiven Einkommensteuertarif. Um den höheren Grenzsteuersatz zu vermeiden, besteht für Zweitverdiener (d.h. hauptsächlich Frauen) ein Anreiz zur Teilzeitarbeit im Rahmen von Minijobs, die bei einem Einkommen von bis zu 450 Euro fast völlig steuer- und abgabenbefreit sind. Effektiv haben 20% der

Abbildung 13 Die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist hoch

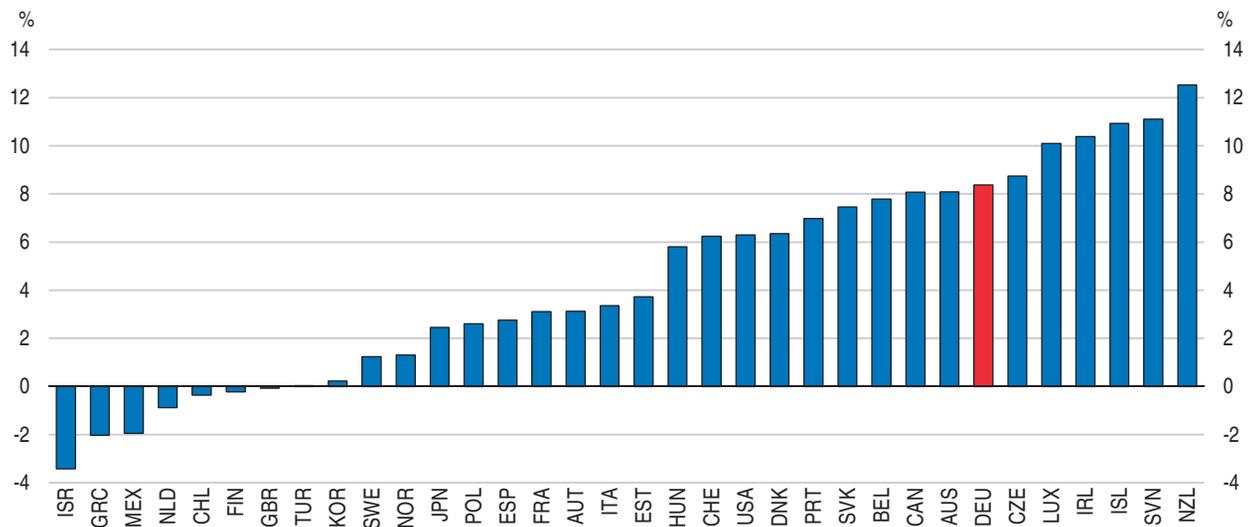
Einkommensteuer zzgl. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. monetäre Transferleistungen, 2014



1. 67% des Durchschnittsverdiensts eines Vollzeitbeschäftigten.

Quelle: OECD (2015), Taxing Wages 2015.

Abbildung 14 **Differenz zwischen der durchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung von Doppel- und Alleinverdienerhaushalten mit Kindern, 2014**



Anmerkung: Die Balken stellen die Differenz zwischen der Steuer- und Abgabenbelastung von Doppel- und Alleinverdienerhaushalten mit Kindern dar. Den Berechnungen liegen Ehepaare mit zwei Kindern zu Grunde, in denen der Hauptverdiener den Durchschnittslohn und ein etwaiger Zweitverdiener 67% des Durchschnittslohns eines Vollzeitbeschäftigten verdient. Die Steuer- und Abgabenbelastung ist die Summe aus Einkommensteuer und Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung abzüglich Transferleistungen, in Prozent der Arbeitskosten.

Quelle: OECD (2015), „Taxing Wages: Comparative tables“, OECD Tax Statistics (Datenbank).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345440>

erwerbstätigen Frauen nur einen Minijob, und bei über 60% der Minijobber handelt es sich um Frauen. Durch die Beseitigung dieser Fehlanreize würden erhebliche Hindernisse für eine stärkere Erwerbsbeteiligung und Karriereentwicklung der Frauen ausgemerzt. Entsprechende Maßnahmen würden daher zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden von Frauen führen (Bach et al., 2011; Bonin et al., 2013; Böhmer et al., 2014).

Durch eine Umstellung von der gemeinsamen auf eine getrennte Veranlagung von Ehepartnern würde die Differenz zwischen der effektiven Steuerbelastung von Erst- und Zweitverdienern beseitigt. Eine solche Reform wäre jedoch nicht verfassungskonform. Die Arbeitsanreize für Zweitverdiener könnten auf andere Art und Weise erhöht werden. Durch einen gesonderten Freibetrag für Zweitverdiener könnte die Steuerbelastung von Zweitverdienern beispielsweise verringert werden, so dass dies eine erwägenswerte – wenn auch nicht ganz so gute – Alternative wäre. Die Krankenversicherungsbeiträge könnten auf der Grundlage der Zahl der versicherten Erwachsenen bemessen werden. In der Schweiz z.B. entrichten Erwachsene eine Einheitsprämie für die obligatorische Krankenversicherung, und Niedrigeinkommenshaushalte erhalten eine Transferleistung vom Staat, die diese Gebühren, je nach Einkommen, ganz oder teilweise deckt (Prämienverbilligung).

Neuere Evaluierungen zeigen, dass das Kindergeld, das nicht von der Höhe des Haushaltseinkommens abhängig ist, im Verhältnis zu den erheblichen Kosten, die es für die Staatskasse verursacht (1,1 % des BIP, Bonin et al., 2013), wenig zur Verringerung der Einkommensarmut von Familien beiträgt. Familien, in denen das Einkommen der Eltern nur zur Deckung des eigenen Existenzminimums, aber nicht für die Kinder ausreicht, haben Anspruch auf einen Kinderzuschlag. Die Kosten dieses Zuschlags für den Staatshaushalt sind gering (weniger als 0,1% des BIP). Er hat sich als wirksames Instrument zur Verringerung der Armut von Familien mit Kindern erwiesen und hat wenig Auswirkungen auf das Arbeitsangebot.

Die Einkommensteuerfreibeträge für Familien mit Kindern verringern die Steuerbelastung, erhöhen aber die Differenz zwischen der Besteuerung des Erst- und des Zweitverdieners, wobei der Gesamteffekt auf das Arbeitsangebot oder die Armutsrisiken gering ist. Höhere Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen, Vorschulbildung und Ganztagschulen haben sich demgegenüber als am wirkungsvollsten im Hinblick auf die Armutsbekämpfung erwiesen. Außerdem bringen solche Investitionen hohe Erträge in Form besserer Bildungsergebnisse und verringerter Fehlanreize für die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen.

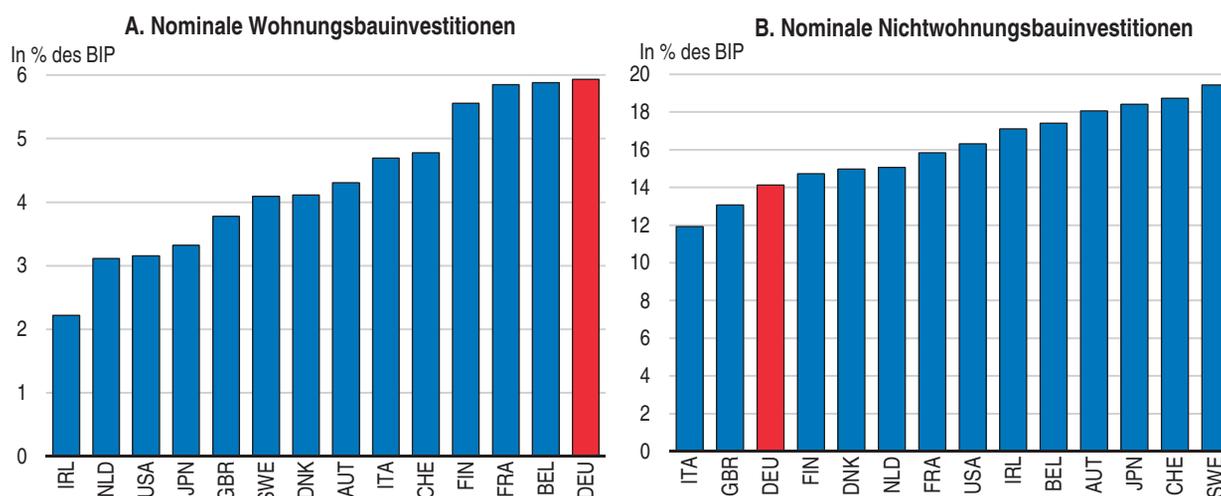
## Investitionen und Produktivität steigern

Trotz solider Staatsfinanzen und guter Ertragslage haben die Bundesregierung und die Unternehmen die niedrigen Zinsen kaum zur Steigerung ihrer Investitionen genutzt. Die Nichtwohnungsbauinvestitionen sind im Verhältnis zum BIP niedrig (Abb. 15). Das Wachstum des Kapitalstocks hat sich verlangsamt und scheint schwächer als in den meisten anderen Hoheinkommensländern zu sein (OECD, 2015d, Kapitel 1). Der Rückgang der Unternehmensinvestitionen im Nichtwohnungsbau, der im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre im Verhältnis zur Wertschöpfung verzeichnet wurde, entfiel größtenteils auf den Bereich der Unternehmensdienstleistungen. Das verhaltene Investitionswachstum kann die Ersatzbeschaffung für ältere Investitionsgüter verlangsamen, wodurch u.U. die langfristige Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt werden kann, da neue Technologien häufig Bestandteil neuer Investitionsgüter sind.

Die schwache Entwicklung der Nichtwohnungsbauinvestitionen scheint nicht durch eine Verlagerung auf immaterielle Formen von Produktivkapital („Wissenskapital“) bedingt zu sein. Obwohl die Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern viel in Forschung und Entwicklung (FuE) investieren, sind die Investitionen in Wissenskapital, die auch Ausgaben für andere immaterielle Vermögenswerte, wie z.B. sonstiges geistiges Eigentum, Software und Managementkompetenzen, umfassen, niedriger als in führenden Hoheinkommensländern des OECD-Raums (Abb. 16) und haben sich im Zeitverlauf kaum erhöht.

Abbildung 15 Die Nichtwohnungsbauinvestitionen sind im internationalen Vergleich niedrig

2014



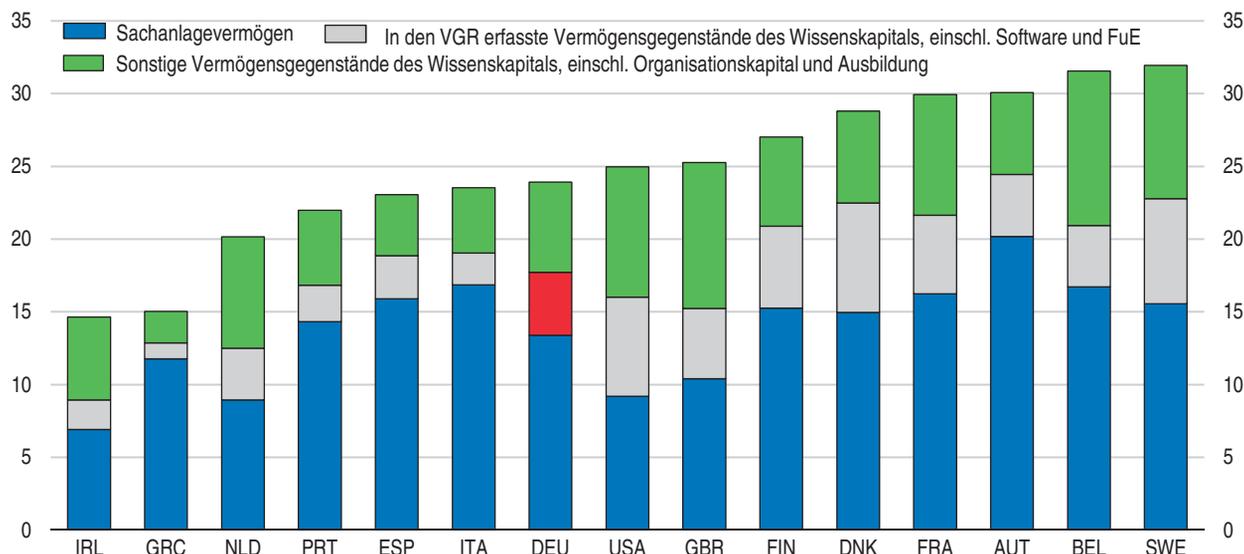
Anmerkung: 2013 für Japan und die Schweiz.

Quelle: OECD (2015), OECD National Accounts Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345457>

Abbildung 16 **Unternehmensinvestitionen in Sach- und Wissenskapital**

In Prozent der Bruttowertschöpfung der Unternehmenssektoren, 2013



Quelle: OECD (2015), OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2015: Innovation for growth and society.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345462>

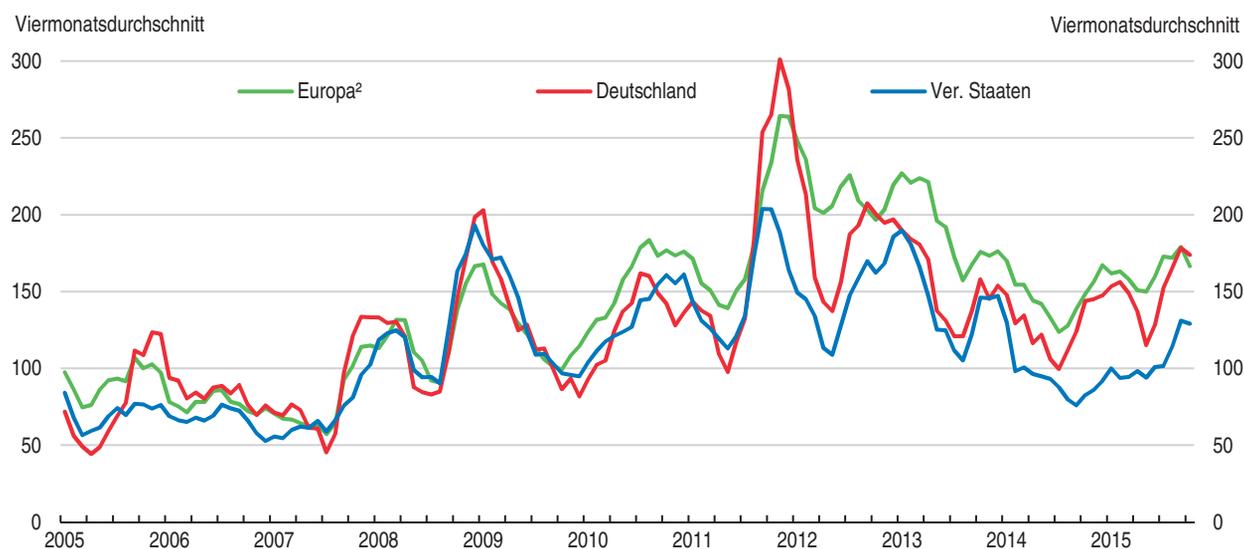
Wissenskapital ist ein entscheidender Bestimmungsfaktor des langfristigen Produktivitätswachstums. Schätzungen zufolge ist ein Fünftel bis ein Drittel des Arbeitsproduktivitätswachstums im Marktsektor der Volkswirtschaften der Vereinigten Staaten und der EU auf diesen Faktor zurückzuführen (Corrado et al., 2013). Investitionen in Wissenskapital können in Ländern, die sich – wie Deutschland – nahe an der Technologiegrenze befinden, besonders starke Produktivitätssteigerungen bewirken, da diese Länder besser in der Lage sind, ein höheres Wissensniveau zu verarbeiten und zu nutzen.

Im Euroraum – einschließlich Deutschland – hat sich das Wachstum der Unternehmensinvestitionen seit 2011 schwächer entwickelt als in anderen Hoheinkommensländern (Abb. 1, Teil D). Die Nachfrage ist ein maßgeblicher Bestimmungsfaktor für Unternehmensinvestitionen (OECD, 2015e); da zudem die geografische Nähe für den Handel eine wichtige Rolle spielt (z.B. Boulhol und de Serres, 2008), ist davon auszugehen, dass sich eine Nachfrageschwäche in geografisch nahe gelegenen Exportmärkten, insbesondere im Euroraum, besonders negativ auf die Investitionstätigkeit auswirkt. Selbst vorübergehende Phasen der Nachfrageschwäche können dauerhafte Auswirkungen auf den Kapitalstock haben, wenn Investitionsentscheidungen nur unter hohen Kosten rückgängig gemacht werden können (Dixit, 1992). Darüber hinaus stieg mit dem Ausbruch der Eurokrise die Unsicherheit im Euroraum, u.a. auch in Deutschland (Abb. 17), und Schätzungen lassen den Schluss zu, dass die höhere Unsicherheit möglicherweise zu einem Rückgang der Investitionstätigkeit in Deutschland geführt hat (BMW, 2013; Deutsche Bundesbank, 2016a).

Politikmaßnahmen, die die Stabilität und die Wachstumsaussichten im Euroraum stärken, würden die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland erhöhen. Deutschland sollte daher die Bemühungen zur Verbesserung der Wachstumsaussichten im Euroraum weiter unterstützen, insbesondere Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts und der grenzüberschreitenden Infrastruktur sowie zur Vollendung der Bankenunion. Diese Schritte werden das langfristige Wachstum steigern, das Risiko von Finanzkrisen verringern und das Krisenmanagement stärken.

### Abbildung 17 Die Unsicherheit ist in Deutschland und den wichtigsten europäischen Volkswirtschaften nach wie vor hoch

Nachrichtenbasierter Index für das Ausmaß der politischen Unsicherheit<sup>1</sup>, normalisiert auf einen Mittelwert von 100 vor 2011



1. Der Index wird auf der Basis von zwei Zeitungen je Land konstruiert. Darin wird die Anzahl an Zeitungsartikeln ermittelt, die die Begriffe „uncertain“ oder „uncertainty“, „economic“ oder „economy“ (in der jeweiligen Landessprache) sowie mindestens einen weiteren wirtschaftspolitisch relevanten Begriff enthalten.

2. Durchschnitt von zehn europäischen Zeitungen aus Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich.

Quelle: Economic Policy Uncertainty ([www.policyuncertainty.com](http://www.policyuncertainty.com)).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345472>

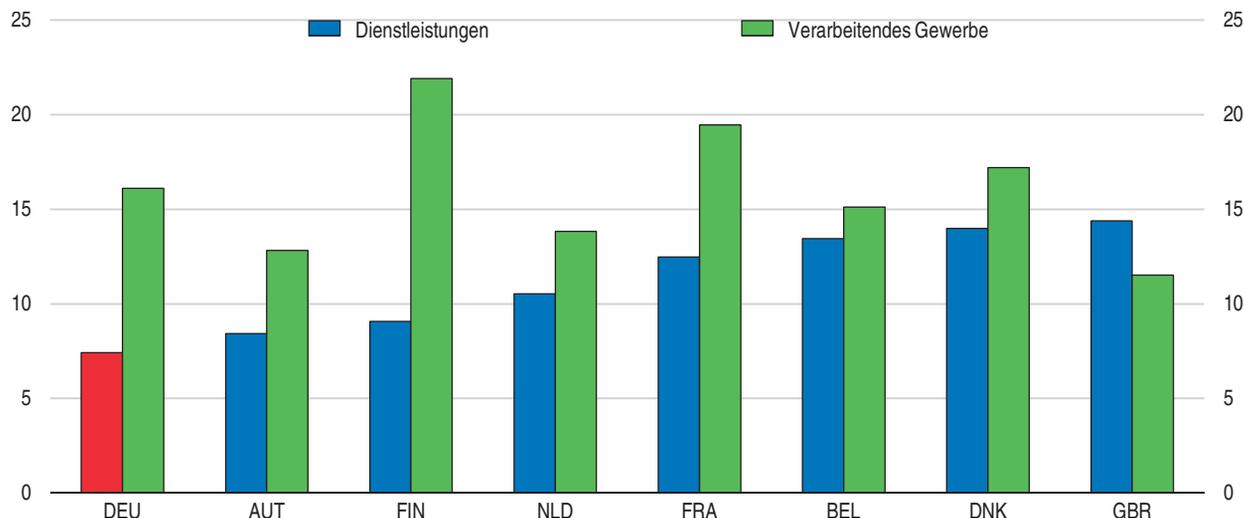
Das schwache Nachfragewachstum erklärt nur zum Teil, weshalb die Investitionsausgaben in Deutschland besonders niedrig sind. Neuere empirische Untersuchungen lassen darauf schließen, dass länderspezifische Unterschiede im Hinblick auf die konjunkturelle Phase und strukturelle Faktoren wie Beschäftigung, demografische Entwicklung und sektorale Struktur offenbar nicht erklären, weshalb die Investitionen in Deutschland relativ niedrig sind (DIW Berlin und HRI, 2014). Zudem verfügen die Unternehmen in Deutschland über hohe Gewinn- und Eigenkapitalpuffer, was normalerweise der Investitionstätigkeit zugute kommt (z.B. Schiantarelli, 1996). Diese Erkenntnisse legen den Schluss nahe, dass in Deutschland Spielraum für eine Verbesserung der Strukturpolitik zur Ankurbelung der Investitionstätigkeit besteht.

#### Den Dienstleistungssektor öffnen

Der Abbau regulatorischer Wettbewerbs- und Marktzutrittschancen fördert die Unternehmensinvestitionen, einschließlich der Investitionen in Wissenskapital, und steigert dadurch die Produktivität. Besonders stark fällt der Effekt auf die Investitionstätigkeit bei Regelungen aus, die den Marktzutritt einschränken (Alesina et al., 2005; Nicoletti und Scarpetta, 2005; OECD, 2015e). Deutschland hat in den letzten 15 Jahren zwar erhebliche Fortschritte bei der Reform der Produktmarktregulierung insgesamt erzielt, in einigen Dienstleistungsbereichen ist die Regulierung jedoch nach wie vor restriktiv, insbesondere bei den freien Berufen, in Netzindustrien und im Handwerk (vgl. *Wirtschaftsbericht Deutschland 2014*, OECD, 2014a). In Deutschland sind die Investitionen in Wissenskapital im Dienstleistungssektor besonders niedrig, sowohl im Vergleich zu anderen Hocheinkommensländern als auch im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Abb. 18). Der geschätzte Beitrag der Investitionen in Wissenskapital zum Produktivitätswachstum im Dienstleistungssektor ist

## Abbildung 18 Die Investitionen in Wissenskapital sind im Dienstleistungssektor niedrig

In Prozent der branchenspezifischen Wertschöpfung, 2010

Quelle: INTAN-Invest ([www.intan-invest.net](http://www.intan-invest.net)).StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345489>

ebenfalls geringer als in anderen fortgeschrittenen EU-Volkswirtschaften (Corrado et al., 2014). Eine weniger strenge Regulierung fördert die Wissensverbreitung, was wiederum zum Produktivitätswachstum beiträgt (OECD, 2015e).

Die Regulierung der freien Berufe und der Netzindustrien ist von besonderer Bedeutung, da sie eine wichtige Rolle als Erbringer von Vorleistungen spielen. Fast 100% der von Rechtsanwälten und Notaren sowie Bauingenieuren und Architekten in Deutschland erbrachten Dienstleistungen sind Vorleistungen. Im Telekommunikationssektor beträgt dieser Anteil 50%. Empirischen Befunden zufolge könnten Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Regulierung der freien Berufe so wettbewerbsfreundlich wird wie in einem der diesbezüglich führenden OECD-Länder (dem Vereinigten Königreich), die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Deutschland um 2% steigern (iwp, 2015). Die Deregulierung notarieller Dienstleistungen hat beispielsweise in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich wirtschaftliche Vorteile mit sich gebracht (OECD, 2014a).

In verschiedenen freien Berufen sorgen umfangreiche Ausschließlichkeitsrechte dafür, dass die Ausübung gewisser Tätigkeiten bestimmten Berufsgruppen vorbehalten bleibt. In einigen dieser Bereiche haben andere OECD-Länder die Regelungen gelockert und dadurch erhebliche Kostensenkungen erreicht (OECD, 2014a), beispielsweise bei den juristischen Dienstleistungen, die für Unternehmensgründungen erforderlich sind. In vielen freien Berufen ist vorgeschrieben, dass Gesellschaften mehrheitlich von Personen gehalten werden, die über die erforderliche berufliche Qualifikation verfügen. Für Notare, Architekten und Bauingenieure gelten verbindliche Gebührenordnungen. Manche freie Berufe unterliegen nach wie vor Werbebeschränkungen.

In den Netzindustrien verfügen die Aufsichtsbehörden nicht über ausreichende Befugnisse, um vertikal integrierte Ex-Monopolisten davon abzuhalten, neue Marktakteure zu diskriminieren. Im Telekommunikationsbereich ließe sich durch die Aufhebung des Exklusivrechts zur Ausgabe von SIM-Karten erhebliches Potenzial freisetzen (*Wirtschaftsbericht Deutschland*, OECD 2014a). Die Niederlande und Belgien haben Schritte in diese Richtung unternommen. Im Schienenverkehr setzen die zuständigen Stellen eine EU-Richtlinie um,

durch die sich die Zugangsbedingungen für Wettbewerber zum Netz verbessern werden. Die Bundesregierung sollte jedoch auch die Befugnisse der Netzagentur stärken und ihr mehr Ermittlungskompetenzen gewähren, um zur Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen für den Ex-Monopolisten und neue Marktakteure beizutragen.

In 41 Handwerksberufen, u.a. im Baugewerbe (Maler und Lackierer, Stuckateure, Maurer und Betonbauer, Gerüstbauer sowie Installateure und Heizungsbauer), wird für eine selbstständige Tätigkeit der Meisterbrief, d.h. eine bestandene Meisterprüfung, verlangt. Darüber hinaus können auch langjährige Gesellen, die zusätzlich zu dem beruflichen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II, der für die Ausübung des entsprechenden Berufs erforderlich ist, über mindestens sechs Jahre Berufserfahrung – davon vier in leitender Position – verfügen, ihr Handwerk selbstständig ausüben. Diese Anforderungen erhöhen die Zutrittschranken zu einer selbstständigen Tätigkeit. Die Selbstregulierung durch sektorspezifische Berufskammern, insbesondere in den freien Berufen und im Handwerk, birgt ebenfalls die Gefahr, etablierte Anbieter zu schützen.

### **Die Ressourcenreallokation fördern**

Auf Grund des immateriellen Charakters von Wissenskapital steigt der mit seinem Einsatz verbundene Investitionsaufwand in der Regel nicht, wenn es bei der Produktion von Gütern oder Dienstleistungen mit zunehmenden Mengen anderer Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) kombiniert wird. Dementsprechend ist ein optimaler Einsatz von Wissenskapital davon abhängig, inwiefern eine Reallokation von Arbeit und Kapital auf deren produktivste Nutzung vorgenommen werden kann. Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Wissenskapital spielt die Fähigkeit zur Ressourcenreallokation eine immer wichtigere Rolle für das Produktivitätswachstum (Andrews und Criscuolo, 2013).

In einigen Wirtschaftszweigen drohen umfangreiche staatliche Beteiligungen die Reallokation von Ressourcen in produktivere Sektoren oder Unternehmen zu behindern. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute haben in Deutschland einen Marktanteil von über 40%. Wie im *Wirtschaftsbericht 2014* erläutert, weisen die Landesbanken, die sich zum großen Teil im Besitz der Bundesländer befinden, in Bezug auf die Kreditallokation, die technische Effizienz und die Anfälligkeit gegenüber Solvenzrisiken keine gute Bilanz auf. Angesichts der strengeren Risikomanagementstandards hat sich auch die Governance in den Landesbanken verbessert, doch die spezifischen Governance-Probleme der Landesbanken, die davon herrühren, dass sie sich im Besitz der Bundesländer befinden, dürften bestehen bleiben (*Wirtschaftsbericht Deutschland*, OECD, 2014a). Eine Privatisierung ist nur für eine von sieben Landesbanken geplant. Weitere Privatisierungen wären zu begrüßen. Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Governance wären eine mögliche Alternative. Seit Ausbruch der globalen Finanzkrise hält die Bundesregierung außerdem eine Minderheitsbeteiligung an einer der großen privaten Geschäftsbanken. Ein Bundesland ist ferner mit knapp über 20% an *Volkswagen*, einem der größten Automobilhersteller, beteiligt. Der Bund hält erhebliche Anteile an Ex-Monopolisten der Netzindustrien, insbesondere im Bereich Telekommunikation und Postdienstleistungen. Eine Privatisierung dieser Anteile würde den Eindruck entkräften helfen, dass zwischen der Rolle des Staates als Eigentümer dieser Unternehmen und seiner Rolle als Regulierer der betreffenden Märkte Interessenkonflikte bestehen; dadurch würden der Marktzutritt, der Wettbewerb und die Investitionstätigkeit gefördert.

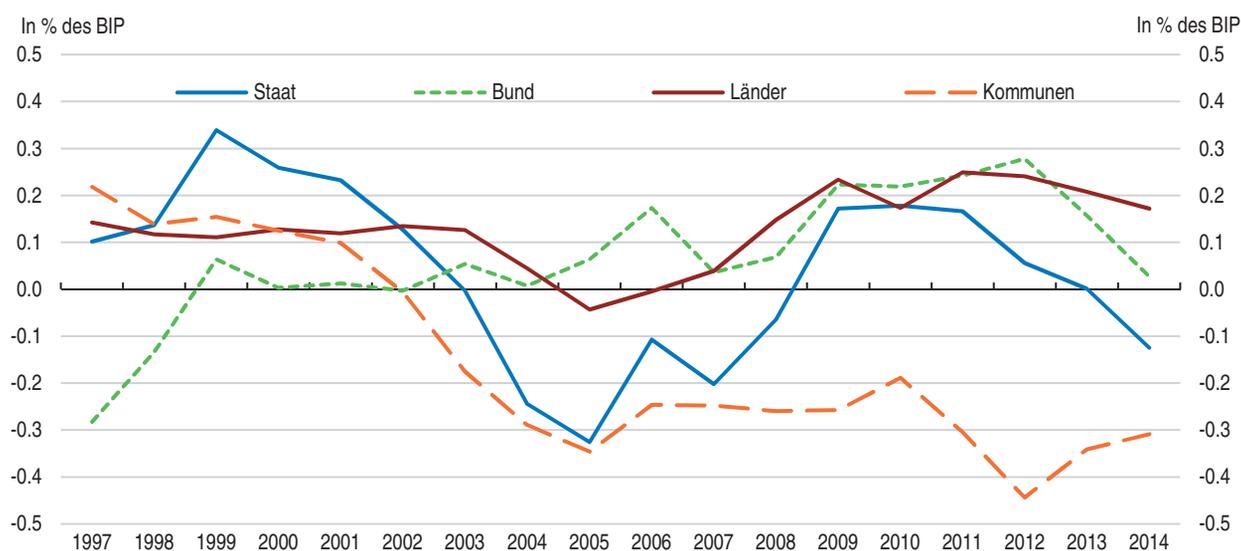
Politikmaßnahmen, die einen unverhältnismäßigen Einfluss bedeutender Marktakteure auf die Gestaltung von Rechtsvorschriften verhindern, können auch die Reallokation verbessern und dadurch die Innovationstätigkeit und Produktivität steigern. Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen an seinem regulierungspolitischen

System vorgenommen, einschließlich der Einführung einer systematischen Ex-post-Evaluierung für Rechtsvorschriften im Jahr 2013. Allerdings sollten die Kapazitäten der Verwaltung stärker auf die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Folgen von Politikmaßnahmen anstelle von sektorspezifischen Auswirkungen fokussiert werden. Für Deutschland könnte eine unabhängige ständige Kapazität von Vorteil sein, die regelmäßig umfassende gründliche Prüfungen von Politikbereichen durchführt und damit die Grundlage für umfangreiche Regulierungsreformen schafft (OECD, 2016b). In den Niederlanden beispielsweise führt das Bureau for Economic Policy Analysis für die Regierung Analysen der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Rechtsvorschriften durch. In Australien ist die Productivity Commission für derartige Analysen zuständig. Deutschland könnte sich auch stärker um einen transparenteren Umgang mit der Beteiligung von Lobbyisten an staatlichen Entscheidungsprozessen bemühen. So werden beispielsweise in der deutschen Lobbyliste weder der potenzielle Nutznießer der Lobbyarbeit noch die staatliche Maßnahme, die Gegenstand der Lobbytätigkeit ist, angegeben (OECD, 2014b).

### **Niedrige staatliche Investitionen gefährden ein langfristiges inklusives Wachstum**

Die staatlichen Nettoinvestitionen waren in den letzten 15 Jahren niedrig und gingen auf der Kommunalebene in der ersten Hälfte der 2000er Jahre merklich zurück (Abb. 19). Während Erhebungsdaten darauf hindeuten, dass die Qualität der deutschen Verkehrsinfrastruktur nach wie vor hoch bewertet wird, gibt es Anzeichen dafür, dass die Instandhaltungsstandards gesunken sind (BMVI, 2015). Darüber hinaus besteht noch Steigerungspotenzial beim Ausbau der sozialen Infrastruktur, die in entscheidender Weise zur Förderung eines langfristigen inklusiven Wachstums beiträgt. So lag beispielsweise die Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen im Jahr 2014 nur bei 33%, und lediglich 53% der Grundschulen verfügten über ein Ganztagsangebot, wenngleich sich das Angebot im Verlauf der letzten zehn Jahre deutlich verbessert hat. Die nachgeordneten Gebietskörperschaften beteiligen sich an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und der wesentlichen sozialen Infrastruktur. Bei den Kommunen, die weniger investieren, handelt es sich tendenziell um jene, die über

Abbildung 19 **Die staatlichen Nettoinvestitionen sind gesunken, insbesondere auf Ebene der Kommunen**



Quelle: OECD (2015), OECD National Accounts Database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345492>

schwächere Haushaltspositionen verfügen, in relativ armen Regionen liegen und relativ hohe Ausgaben für soziale Geldleistungen haben (die oftmals bundesrechtlich geregelt sind, aber in der Zuständigkeit der Kommunen liegen) (Arnold et al., 2015). Mittels Ausgleichszahlungen werden die Pro-Kopf-Steuererinnahmen zwischen den Ländern weitgehend ausgeglichen, wobei Unterschiede im Hinblick auf die Ausgaben für die bundesrechtlich geregelten sozialen Geldleistungen jedoch nicht berücksichtigt werden. Dies schränkt den fiskalischen Spielraum für Investitionsausgaben in Kommunen ein, die hohe Ausgaben für entsprechende Transferleistungen tragen müssen.

Die Verantwortung für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen liegt in erster Linie bei den Ländern. Finanzausgleichssysteme tragen bedarfsbezogenen sozio-ökonomischen Indikatoren der Kommunen innerhalb der einzelnen Bundesländer Rechnung. Um die Haushaltsspielräume für Investitionen zu erhöhen, könnte die finanzielle Flexibilität der Länder durch ein Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer gestärkt werden.

Der Bund hat einen zunehmenden Anteil der Ausgaben für bundesrechtlich geregelte Sozialleistungen übernommen. Dadurch wurden die Haushalte der Kommunen etwas entlastet. Die Bundesregierung hat zudem ein bis 2018 laufendes Förderprogramm aufgelegt, über das hochverschuldete Kommunen für ausgewählte Investitionsvorhaben eine bis zu 90%ige Kofinanzierung durch den Bund beantragen können. Da die Transferzahlungen an die ausstehenden Verbindlichkeiten geknüpft sind, drohen sie jedoch die Anreize für eine solide Haushaltspolitik zu mindern. Die öffentliche Investitionstätigkeit der Kommunen könnte auf finanziell solidere Art und Weise gefördert werden. Die Bundesregierung sollte die Investitionstätigkeit in Kommunen, die hohe Ausgaben für Geldleistungen im Rahmen von bundesrechtlich geregelten Sozialleistungsprogrammen zu tragen haben, stärker unterstützen. Alternativ könnte die Förderung kommunaler Investitionen durch die Bundesregierung auf der Grundlage der Einnahmen sowie demografischer Indikatoren erfolgen, die mit einem höheren Bedarf an Sozialausgaben korrelieren, z.B. auf der Grundlage der Altersstruktur oder des Anteils der Zuwandererbevolkerung.

Der Bund beteiligt sich gegenwärtig an der Finanzierung der physischen Infrastruktur für Kinderbetreuungseinrichtungen. Darüber hinaus dürften jedoch auch mehr Fachkräfte erforderlich sein, um Lücken bei der Qualität der Kinderbetreuung zu schließen. Der Bund leistet keinen Beitrag zur Finanzierung von Ganztagsangeboten im Pflichtschulbereich. Der langfristige Nutzen von Investitionen in die Kinderbetreuung und in Ganztagschulen wird wahrscheinlich dem ganzen Bundesgebiet zugute kommen, so dass positive wirtschaftliche Externalitäten für andere Gebietskörperschaften entstehen. Daher sprechen gute Gründe für eine maßgebliche Beteiligung des Bundes an der Finanzierung dieser Dienstleistungen. Das Grundgesetz verhindert eine Kofinanzierung des Ganztagsangebots im Primarbereich aus Bundesmitteln. Angesichts der erheblichen Vorteile einer Ganztagsbeschulung im Primarbereich gibt es gute Gründe für eine Überprüfung dieser verfassungsrechtlichen Hürden. Ferner spricht einiges dafür, dass die Auszahlung finanzieller Beihilfen des Bundes für die Kinderbetreuung in einer Art und Weise erfolgen sollte, die den Präferenzen der Eltern Rechnung trägt. Ein Gutscheinprogramm, verbunden mit einem bundesweiten Akkreditierungssystem, könnte eine bessere Abstimmung des Angebots auf den Bedarf der Eltern bewirken.

In Deutschland werden Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) bislang nur wenig genutzt (Partnerschaften Deutschland, 2015). Öffentlich-Private Partnerschaften können die Effizienz verbessern, erfordern aber eine gründliche Analyse ihrer Eignung für bestimmte Infrastrukturprojekte, eine sorgfältige Vertragsgestaltung und umfassende Transparenz im Hinblick auf die aktuellen und zukünftigen öffentlichen Kosten und Nutzeffekte, vorzugsweise

im Rahmen des Haushaltsprozesses. Die Kommunen verfügen oft nicht über die nötigen Kompetenzen für das Management umfangreicher Investitionsprojekte, einschließlich ÖPP. Der föderale Aufbau der Bundesrepublik Deutschland hat eine beträchtliche Vielfalt von Ansätzen zur Auftragsvergabe und zur Umsetzung von Investitionsvorhaben in den verschiedenen Kommunen zur Folge. Daraus lassen sich wertvolle Erkenntnisse zu empfehlenswerten Praktiken gewinnen, die jedoch nicht genutzt werden. Beratungsstellen auf Bundes- oder Landesebene zur Unterstützung der Kommunen bei der Beschaffung und der Verwaltung von Investitionsprojekten, einschließlich ÖPP, wie sie in einigen Bundesländern bereits eingeführt wurden, wären in diesem Zusammenhang hilfreich (Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“, 2015).

E-Governance und E-Procurement werden in Deutschland nur in relativ geringem Umfang eingesetzt, obwohl sie die Effizienz öffentlicher Dienstleistungen steigern könnten (OECD, 2015i; OECD, 2011). Eine stärkere Nutzung von E-Governance hätte auch Ausstrahlungseffekte auf den privaten Sektor, die mit einer Steigerung der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Wissenskapital einhergehen würden. Der Bundestag berät über einen Gesetzentwurf zur Einführung eines umfassenden E-Procurement-Systems, was zu begrüßen ist. Es sind weitere Anstrengungen zur Nutzung des Beschaffungswesens als Politikinstrument bei der Verfolgung strategischer Zielsetzungen, wie z.B. der Förderung von inklusivem und umweltverträglichem Wachstum, KMU und Innovationen, erforderlich.

Komplexe Infrastrukturprojekte sind oftmals mit bedeutenden gesamtgesellschaftlichen Vorteilen verbunden, verursachen aber auch lokale Belastungen, wie z.B. Umweltverschmutzung oder Lärm. Eine Entschärfung derartiger Konflikte ist von wesentlicher Bedeutung für eine effiziente Entscheidungsfindung, erfordert aber eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an der Planung und Realisierung von Investitionsvorhaben (Bertelsmann Stiftung, 2012). In Deutschland könnte die Öffentlichkeit effektiver in die Umsetzung komplexer Investitionsvorhaben einbezogen werden (OECD, 2014b). Derartige Maßnahmen würden auch dafür sorgen, dass Deutschland beim Better Life Index der OECD im Bereich „Zivilengagement und Governance“ ein besseres Ergebnis erzielt (Abb. 3 weiter oben). Die jüngsten Fortschritte bei elektronischen Medien und Kommunikationstechnologien haben die Art und Weise, wie die öffentliche Verwaltung, die Bürger und die Zivilgesellschaft miteinander interagieren können, von Grund auf verändert. E-Governance kann, sofern sie als Kommunikationsmittel in beide Richtungen eingesetzt wird, besonders nützlich für die Erhöhung der Bürgerbeteiligung sein, sie wird jedoch in Deutschland selten in dieser Weise genutzt (European Institute for Public Participation, 2009; OECD, 2014b).

### **Förderung von umweltverträglichem Wachstum**

Deutschland verfügt über eine gute Bilanz bei Investitionen in Energieeffizienz, was u.a. auf anspruchsvolle Gebäudestandards und umfangreiche staatliche Förderung, beispielsweise durch bezuschusste Kredite, zurückzuführen ist. Deutschland investiert annähernd 0,7% des BIP in Energieeffizienz (IEA, 2015). Schätzungen der Internationalen Energie-Agentur zufolge werden OECD-weit Investitionen in dieser Größenordnung benötigt, um den Anstieg der Erderwärmung auf 2°C zu begrenzen (IEA, 2015). Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur Einhaltung der bei der VN-Klimakonferenz COP21 vereinbarten Klimaschutzziele verpflichtet. Die Energieeffizienz von Wohngebäuden hat sich Schätzungen zufolge seit 2002 um 23% verbessert, allerdings wurden diese Verbesserungen zum Teil durch die Auswirkungen höherer Einkommen und Veränderungen der Haushaltsstrukturen auf den Energieverbrauch konterkariert (IEA, 2015). In der Industrie und im Dienstleistungsbereich waren die Effizienzsteigerungen geringer und wurden durch das Wirtschaftswachstum mehr als aufgewogen, während sektorale Verlagerungen nur wenig zur Effizienzsteigerung beigetragen haben. Um ihre CO<sub>2</sub>-Emissionsziele

zu erfüllen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken, hat die Bundesregierung ein weitreichendes Programm zum weiteren Ausbau der Förderung von Energiesparinvestitionen aufgelegt.

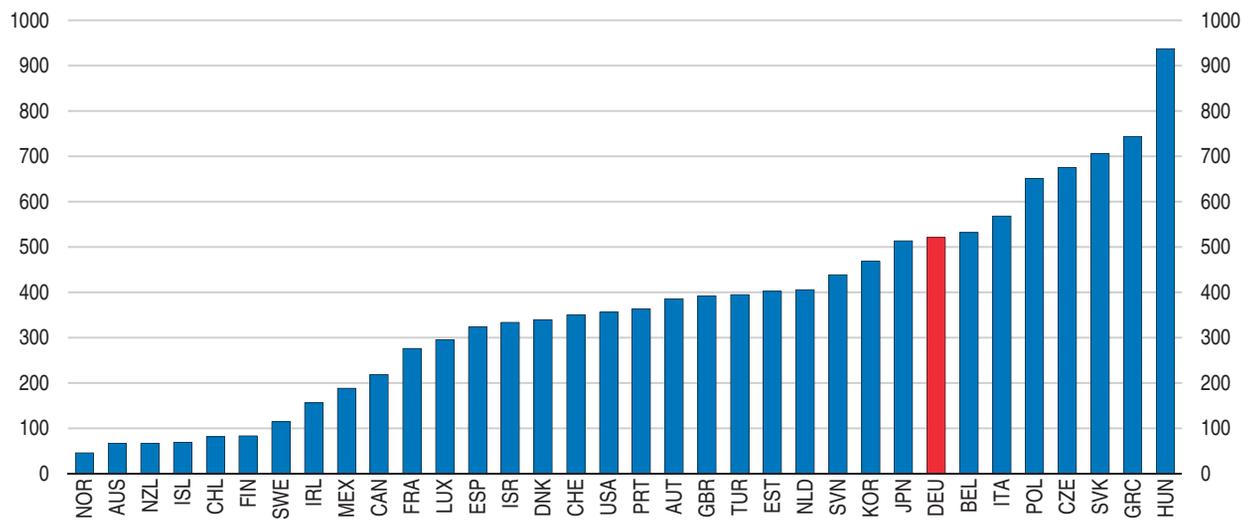
Zwar sind die Umweltschutzbestimmungen in Deutschland anspruchsvoll, und die Energiesteuern zählen zu den höchsten in der EU, doch die Energiebesteuerung unterliegt Ausnahmeregelungen, die die Anreize für eine Verringerung der Umweltexternalitäten der Energienutzung schwächen. Die Haushaltskosten für umweltschädliche Steuervergünstigungen und Subventionen belaufen sich auf rd. 1½% des BIP (Umweltbundesamt, 2014). Folglich könnten durch die Realisierung ökologischer Zielsetzungen in einer Art und Weise, die für den Staat weniger kostspielig ist, sowie eine konsistentere Besteuerung von Umweltexternalitäten größere fiskalische Spielräume geschaffen werden. Einige energieintensive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (wie z.B. die Chemie-, Eisen- und Stahlindustrie) sowie die Landwirtschaft sind von der Energiebesteuerung befreit. Die Diskrepanz zwischen den von Haushalten und von energieintensiven Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bezahlten Strompreisen ist besonders groß, wie im *Wirtschaftsbericht Deutschland 2014* erörtert wurde (OECD, 2014a). Kohle wird praktisch nicht besteuert (OECD, 2012b). Steuererleichterungen für Firmenwagen und die Pendlerpauschale fördern die Pkw-Nutzung.

Befreiungen von der Energiesteuer, wie z.B. aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit gewährte Ausnahmen für energieintensive Prozesse im Verarbeitenden Gewerbe, wurden bereits im Zuge des Steuerreformpakets 2011-2014 eingeschränkt (OECD, 2012a; 2012b). Die Effekte der gegenwärtigen Ausnahmeregelungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktion und Beschäftigung sind zwar insgesamt gering, können jedoch für einzelne Unternehmen und Sektoren erheblich sein (Fraunhofer ISI und Ecosys, 2015). Eine allmähliche Abschaffung der Steuerbefreiungen unter Berücksichtigung von EU-Regelungen und nach einem im Voraus festgelegten Zeitplan würde die Unsicherheit verringern und die Anreize für Investitionen in Energieeffizienz stärken, während zugleich die Kosten einer Umstellung auf neue Technologien und Produkte begrenzt würden. Dies wird erleichtert, wenn Regulierungsreformen die Innovationstätigkeit und den Strukturwandel fördern (siehe weiter oben und Kapitel 1). Die Abschaffung dieser Steuerbefreiungen würde auch dazu beitragen, die gesamtwirtschaftlichen Kosten für Deutschland, die mit dem Erreichen der CO<sub>2</sub>-Emissionsziele der Bundesregierung verbunden sind, zu verringern. Auf jeden Fall sollten die zuständigen Stellen die Wirkungen auf die Realwirtschaft genau überwachen, um sicherzustellen, dass die umgesetzten Politikmaßnahmen wirksam sind und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht die kostengünstigste Option darstellen.

Eine stärkere Abstimmung der Energiebesteuerung auf die Umweltexternalitäten sowie die Abschaffung von Steuerbefreiungen für umweltschädliche Verhaltensweisen würden auch dazu beitragen, lokale Umweltbelastungen zu verringern, die für den Menschen gesundheitsschädlich sind. Die geschätzte Mortalität auf Grund von Außenluftverschmutzung ist – wie auch in anderen OECD-Ländern – hoch (Abb. 20). Die Kosten der luftverschmutzungsbedingten Sterblichkeit werden auf 5% des BIP geschätzt (OECD, 2014c). Dieselmotoren werden geringer besteuert als Benzin, obwohl er Analysen zufolge höher besteuert werden sollte, weil er die Umwelt stärker belastet. In vielen deutschen Städten werden hohe Stickstoffdioxidwerte gemessen, die zum Teil durch Dieselfahrzeuge verursacht werden. Die Einführung strengerer Emissionsgrenzwerte für Pkw hat keine Verringerung der Emissionen bewirkt (Löschel et al., 2014). Höhere Dieselsteuern und die Besteuerung von Pkw in Abhängigkeit von ihren Stickoxidemissionen könnten eine bessere Wirkung erzielen. In Schweden wurde auch durch die Besteuerung bedeutender Emissionsverursacher gegen Stickoxidemissionen vorgegangen.

Abbildung 20 **Todesfälle auf Grund von Außenluftverschmutzung**

Je 1 Million Einwohner

Quelle: OECD (2014), *The Cost of Air Pollution: Health Impacts of Road Transport*.StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345506>

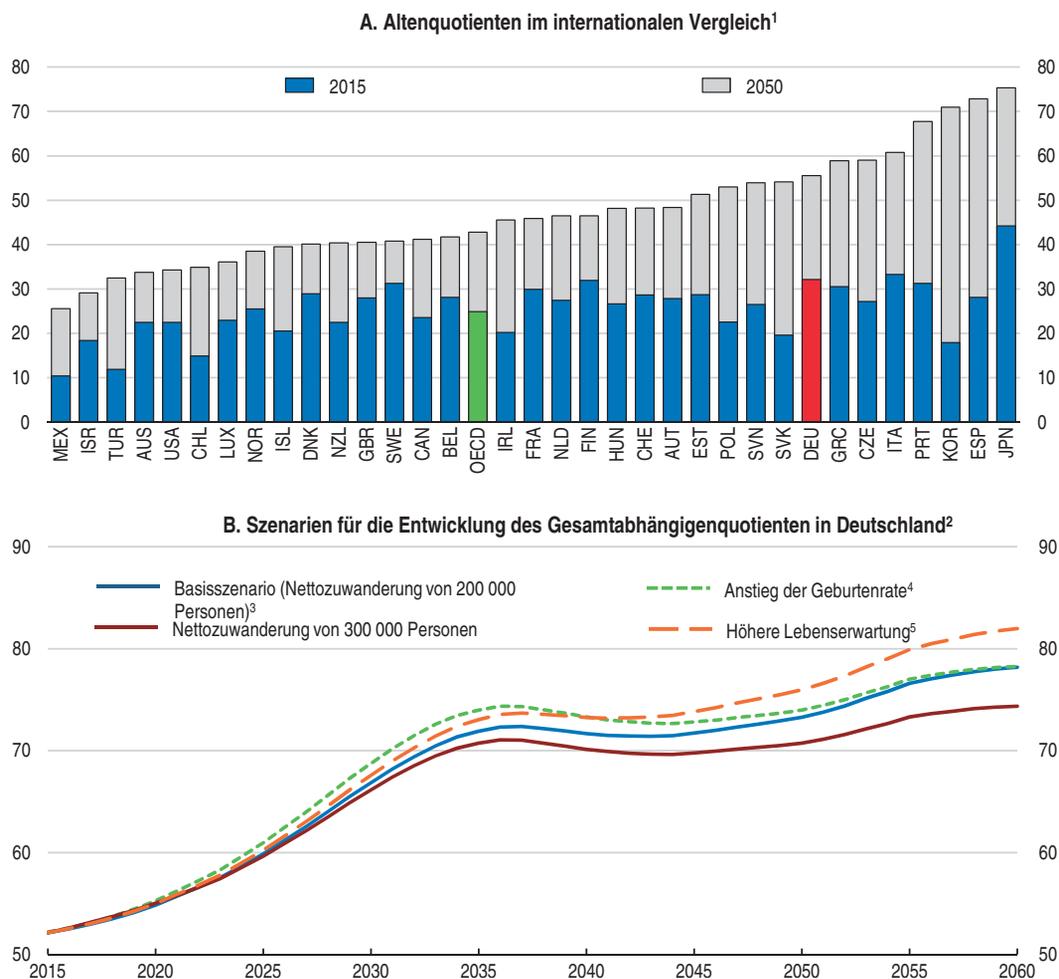
## Lebensqualität und demografischer Wandel

Die Projektionen für die Bevölkerungsalterung signalisieren einen deutlichen Anstieg des Altenquotienten bis 2060 (Abb. 21) – früher als in vielen anderen OECD-Ländern. Die OECD-Projektionen gehen auf Basis der gegenwärtigen Politik von einer Abnahme der Bevölkerung um 18% und einem Rückgang der Beschäftigung um 23% bis 2060 aus, wodurch sich der OECD-Langzeitdatenbank zufolge das Pro-Kopf-BIP um 6½% verringern würde. Auf Grund des Flüchtlingszustroms der letzten Zeit ist die Zuwanderung aktuell deutlich höher als in den Projektionen unterstellt. Durch Zuwanderung können sich die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf das Arbeitsangebot verzögern.

### **Beschäftigungshemmnisse für Frauen abbauen**

Maßnahmen zum Abbau von Beschäftigungshemmnissen für Frauen, insbesondere die vorstehend empfohlenen Reformen, könnten das Wachstum des Pro-Kopf-BIP erheblich steigern und den Effekt der Bevölkerungsalterung auf die Beschäftigung kompensieren. Bei einer vollständigen Angleichung der Erwerbsbeteiligung und geleisteten Arbeitsstunden von Frauen an die entsprechenden Werte für Männer könnte sich der daraus resultierende Zuwachs des Pro-Kopf-BIP bei Abschluss des Konvergenzprozesses auf 20% belaufen, was einer Steigerung des Pro-Kopf-BIP-Wachstums um 0,4% pro Jahr entspricht, wenn die Konvergenz bis 2060 erreicht wird (Tabelle 2). Diese Schätzung berücksichtigt den Effekt einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der geleisteten Arbeitsstunden von Frauen auf ihren Zugang zu besser bezahlten, produktiveren Arbeitsplätzen sowie die Produktivitätszuwächse auf Grund ihrer größeren Berufserfahrung. Der Großteil dieser Steigerung wäre auf die Erhöhung der geleisteten Arbeitsstunden von Frauen zurückzuführen. Teignier und Cuberes (2014) haben in einer Simulationsstudie den potenziellen Effekt der Geschlechterkonvergenz auf das Pro-Kopf-BIP in Deutschland auf 10% geschätzt. In ihrer Schätzung bleibt jedoch der Effekt eines höheren Arbeitsvolumens von Frauen auf die Investitionstätigkeit unberücksichtigt, der langfristig eine Erhöhung des Kapitalstocks

Abbildung 21 Der Abhängigenquotient wird ansteigen



1. Bevölkerung über 65 Jahren im Verhältnis zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren.
2. Bevölkerung unter 15 und über 65 Jahren im Verhältnis zur Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren.
3. Die Annahmen, die dem Basisszenario (Nettozuwanderung von 200 000 Personen) zu Grunde liegen, umfassen eine gleichbleibende Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau, einen moderaten Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt auf 84,8 Jahre für Männer und 88,8 Jahre für Frauen bis zum Jahr 2060 sowie eine allmähliche Verringerung der Nettozuwanderung von 500 000 Personen im Jahr 2014 auf 200 000 im Jahr 2021.
4. Das Szenario Anstieg der Geburtenrate geht von einem allmählichen Anstieg der Geburtenrate auf 1,6 Kinder pro Frau im Jahr 2028 aus.
5. Das Szenario Höhere Lebenserwartung basiert auf einem deutlichen Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt auf 86,7 Jahre für Männer und 90,4 Jahre für Frauen bis 2060.

Quelle: OECD (2015), *OECD Population Statistics: Historical population data and projections (1950-2050)* (Datenbank) und Statistisches Bundesamt.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345513>

bewirken dürfte. Dieser Effekt macht 7 Prozentpunkte der geschätzten Auswirkungen auf das Pro-Kopf-BIP in Tabelle 2 aus.

### Die Work-Life-Balance älterer Menschen verbessern

Die Auswirkungen der Alterung auf den Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Produktion werden durch Maßnahmen verstärkt, die den Einzelnen dazu ermutigen, frühzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschcheiden. Zu diesen Maßnahmen zählen Frühverrentungsprogramme und gewisse Merkmale von Rentensystemen, die Erwerbstätigkeit

**Tabelle 2 Effekt einer Konvergenz der Beschäftigungsergebnisse von Frauen und Männern auf das Pro-Kopf-BIP**

In Prozent

	Steigerung des durchschnittlichen Pro-Kopf-BIP-Wachstums, 2015-2060	Gesamteffekt auf das Pro-Kopf-BIP am Ende des Konvergenzprozesses
Konvergenz der Erwerbsquote <sup>1</sup>	0.1	5
Konvergenz der Erwerbsquote, der geleisteten Arbeitsstunden und des Verdiensts <sup>2</sup>	0.4	20

1. Es wird unterstellt, dass sich die Frauenerwerbsquote im Zeitraum 2015-2060 der Erwerbsquote von Männern angleicht.

2. Es wird unterstellt, dass die Produktivität je Erwerbstätigen mit dem Abbau des geschlechtsspezifischen Verdienstgefälles ansteigt, soweit dieses auf Unterschiede bei der Berufserfahrung und der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden zurückzuführen ist.

Quelle: Simulationen auf Basis der langfristigen Wirtschaftsprojektionen in OECD (2015), *OECD-Wirtschaftsausblick 96* und OECD (2013d), *Gleichstellung der Geschlechter: Zeit zu handeln*, OECD Publishing, Paris.

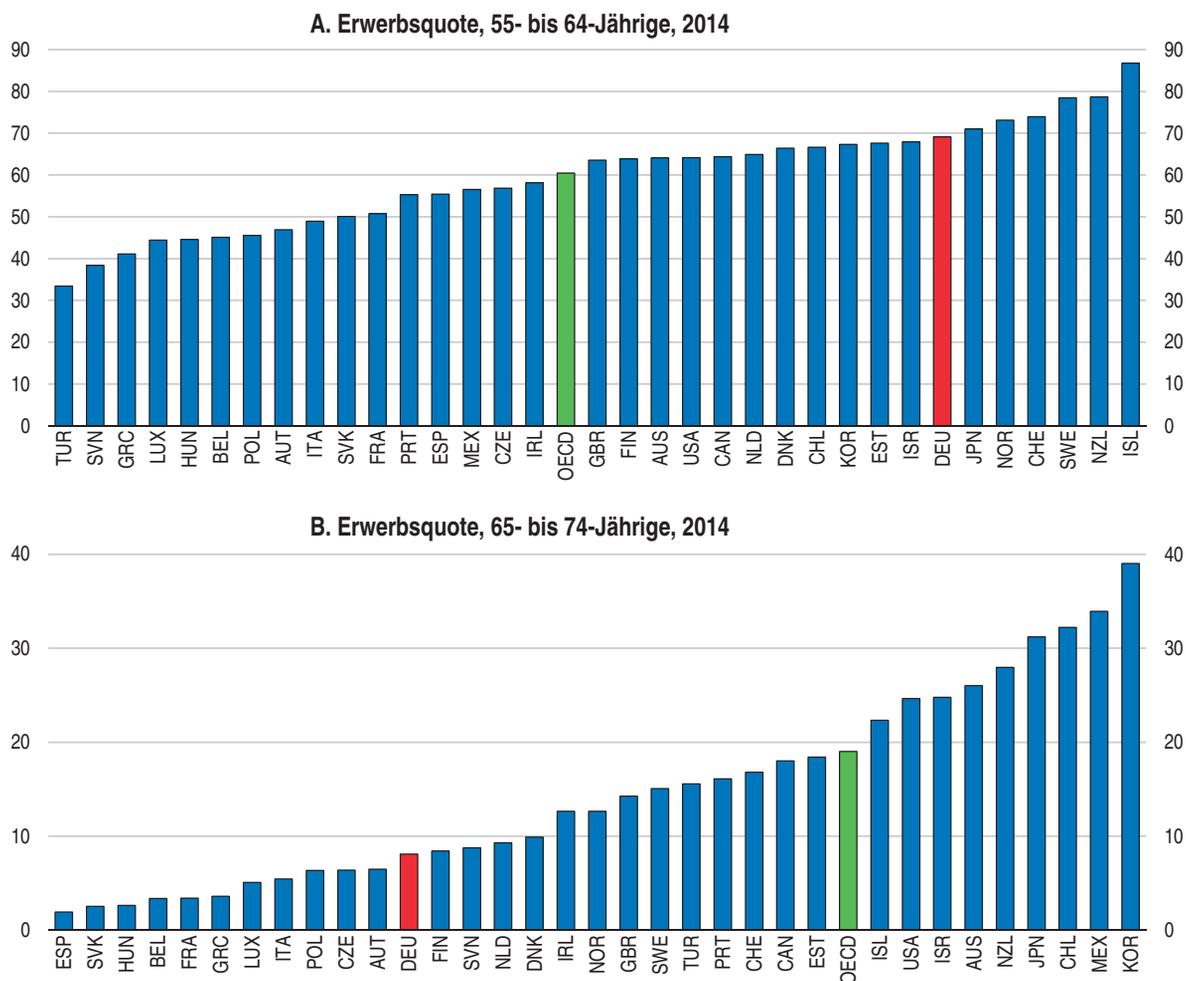
benachteiligen. Die Erwerbsbeteiligung der über 65-Jährigen ist in Deutschland nach wie vor vergleichsweise niedrig (Abb. 22). Für die Work-Life-Balance und das subjektive Wohlbefinden älterer Menschen ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie ihre Arbeitszeiten an ihre physische und psychische Arbeitsfähigkeit und ihre Arbeitsbereitschaft anpassen können (Reday-Mulvey, 2005; Barnay, 2014; Nikolova und Graham, 2014). Hierzu gehören auch Möglichkeiten der Kombination von Altersrente und bezahlter Beschäftigung. Maßnahmen zur Beseitigung von Beschäftigungshindernissen in höherem Alter können ebenfalls dazu beitragen, die Gefahr der Altersarmut zu verringern.

Die Bundesregierung hat für Arbeitnehmer, die ab 2014 Rente beziehen, die Verlängerung von Arbeitsverhältnissen über den Beginn des Rentenalters hinaus erleichtert. Rentner büßen jedoch Rentenvermögen ein, wenn sie ihre Renteneintrittsentscheidung auf ein späteres Alter als 60 Jahre verschieben (OECD, 2015c). Den gegenwärtig geltenden Bestimmungen zufolge werden bei Frührentnern die Rentenleistungen um bis zu zwei Drittel gekürzt, wenn sie ein neues Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Arbeitgeber zahlen sowohl Arbeitslosenversicherungs- als auch Rentenversicherungsbeiträge, wenn sie Rentner beschäftigen, die das gesetzliche Rentenalter erreicht haben oder eine Vollrente erhalten, obwohl den betreffenden Arbeitnehmern dadurch keine entsprechenden Ansprüche erwachsen. Die Bundesregierung erwägt diesbezügliche Korrekturmaßnahmen.

Um Negativanreize zu beseitigen, die ältere Arbeitskräfte von einer Erwerbstätigkeit abhalten, sollten die Zuschläge für einen späteren Renteneintritt angehoben werden, und die Rentenleistungen sollten nicht entzogen werden, wenn Rentner erwerbstätig sind. Dadurch würde sich auch das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Rentenreform in Norwegen in den Jahren 2010-2011 liefert ein Beispiel für ein umfassendes flexibles Rentenversicherungssystem, das Rentner bei einer Fortsetzung ihrer Erwerbstätigkeit nicht benachteiligt (OECD, 2013c; OECD, 2014l). In Norwegen können Renten- und Erwerbseinkommen uneingeschränkt kombiniert werden, und die Rentner erwerben mit ihrem Arbeitseinkommen zusätzliche Rentenansprüche. Die Rentenabschläge bei einem Eintritt in den Ruhestand vor dem gesetzlichen Rentenalter sind hoch genug, um die längere erwartete Rentenbezugsdauer und die kürzeren Beitragszeiten auszugleichen (sogenannte versicherungsmathematische Neutralität). Nahezu 65% der Arbeitskräfte im Alter von 62-66 Jahren kombinieren Rentenbezug und Erwerbstätigkeit.

Lebenslanges Lernen ist angesichts der Bevölkerungsalterung besonders wichtig für die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit, da die Kompetenzerneuerung durch den

Abbildung 22 Die Erwerbsbeteiligung der 65- bis 74-Jährigen ist nach wie vor niedrig



Quelle: OECD (2015), OECD Labour Force Statistics (Datenbank).

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933345526>

Arbeitsmarkteintritt junger Menschen nachlässt und die Arbeitskräfte zunehmend in Erwägung ziehen, in höherem Alter mehr zu arbeiten. Die Beteiligung von Arbeitskräften mit Berufsabschlüssen des Sekundarbereichs II am lebenslangen Lernen hat sich zwischen 2010 und 2014 von 38% auf 47% erhöht. Dennoch nehmen Absolventen beruflicher Bildungsgänge seltener am lebenslangen Lernen (einschließlich informellem Lernen) teil als Hochschulabsolventen (Behringer und Schönfeld, 2014). Dabei gehen insbesondere in Deutschland die Beschäftigungsquoten von Absolventen beruflicher Bildungsgänge mit zunehmendem Alter relativ rasch zurück (Hanushek et al., 2011), und der mit steigender Erfahrung einhergehende Verdienstzuwachs ist vergleichsweise gering (Kapitel 2). Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass Politikmaßnahmen zur Förderung des lebenslangen Lernens für Absolventen beruflicher Bildungsgänge besonders wichtig sind, um ihnen auch in höherem Alter gute Beschäftigungschancen zu sichern.

Die Kopplung der obligatorischen Rentenversicherungssysteme an die Lebenserwartung ist für die Gewährleistung der langfristigen Finanzierbarkeit der gesetzlichen Renten durch die öffentlichen Haushalte bei steigender Lebenserwartung von großer Bedeutung (OECD,

2011c; OECD, 2014f; Johansson et al., 2013). Das Rentenalter wird bis 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre angehoben, es sind aber keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Ohne weitere Anhebungen des Rentenalters würden Erhöhungen der Lebenserwartung nach 2029 das Haushaltsdefizit vergrößern, die Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit erhöhen und das Niveau der Rentenbezüge im Vergleich zum Durchschnittseinkommen senken (OECD, 2013d; OECD, 2015g). Einige OECD-Länder, darunter Italien und Dänemark, indexieren das Rentenalter an die Lebenserwartung (OECD, 2011b), um das Verhältnis von Renten- zu Erwerbsjahren zu stabilisieren und die Nachhaltigkeit des Rentensystems vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung sicherzustellen. In Dänemark müssen die daraus resultierenden Erhöhungen des Rentenalters alle fünf Jahre vom Parlament verabschiedet werden. Deutschland sollte ebenfalls das Rentenalter an die Lebenserwartung indexieren.

Das Niveau der gesetzlichen Rentenansprüche im Verhältnis zu den Löhnen ist niedriger als in vielen anderen OECD-Ländern und wird durch bereits verabschiedete Rentenreformen weiter sinken. Zwar stellt die Altersarmut in Deutschland gegenwärtig noch kein großes Problem dar, künftig ist jedoch von einer Zunahme der Armutsrisiken unter den älteren Menschen auszugehen (Geyer, 2014; Martens, 2014). Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung aufmerksam. Kontinuierliche Erwerbsbiografien und die Vermeidung von Beschäftigungshemmnissen spielen eine wichtige Rolle für die Verringerung des Armutsrisikos. Zudem bildet der Einzelne aus mangelnder Weitsicht in der Planung seiner Altersversorgung systematisch zu geringe Rücklagen (Holmes, 2011; Börsch-Supan, 2005).

Die betriebliche Altersvorsorge bietet die Möglichkeit zur relativ kostengünstigen Ergänzung der staatlichen Rente aus privaten Quellen und stellt die in Deutschland am häufigsten genutzte Form der privaten Altersvorsorge dar. Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Abschluss einer betrieblichen Altersvorsorge, muss die Entscheidung dafür aber aktiv treffen. Nur die Hälfte der Arbeitnehmer ist sich dieser Tatsache bewusst (Lamla und Coppola, 2013). Die Bundesregierung plant, die betriebliche Altersvorsorge durch tarifvertragliche Regelungen zwischen den Sozialpartnern zu fördern. Einige andere Länder haben einen breiter ausgelegten Ansatz in Form einer automatischen Mitgliedschaft mit Austrittsmöglichkeit gewählt. Erkenntnisse der Verhaltensökonomik sowie Daten aus Italien, Neuseeland und dem Vereinigten Königreich lassen den Schluss zu, dass die automatische Mitgliedschaft den Rentenversicherungsschutz erhöht (OECD, 2014e). Eine solche automatische Mitgliedschaft könnte durch die Einführung eines Pensionsfonds ergänzt werden, der als Alternative für Unternehmen und Personen, die die Ersparnisbildung für eine zusätzliche private Altersvorsorge nicht selbst organisieren möchten, diesen ein kostengünstiges Anlageinstrument bietet. Bei Arbeitskräften, die lange Unterbrechungen in ihrer Erwerbsbiografie aufweisen, kann die betriebliche Altersvorsorge die Altersarmutsrisiken möglicherweise nicht maßgeblich verringern. Wie im *Wirtschaftsbericht 2014* empfohlen, bestünde eine kosteneffektive Möglichkeit zur Begrenzung künftiger Altersarmutsrisiken für Personen mit schwacher Erwerbsbiografie bei gleichzeitiger Wahrung der Arbeitsanreize darin, die bedürftigkeitsabhängigen Leistungen der Grundsicherung bei steigenden Rentenansprüchen langsamer zu entziehen. Darüber hinaus sollte die Rentenversicherungspflicht auch auf Selbstständige ausgeweitet werden.

### **Den Gesundheitszustand in Anbetracht der Bevölkerungsalterung verbessern**

Der Gesundheitszustand ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der Lebensqualität und Beschäftigung in höherem Alter. Die Bundesrepublik ist mit einer Reihe alterungsbedingter Herausforderungen im Gesundheitsbereich konfrontiert (OECD, 2014g; OECD, 2015j; OECD, 2015k; OECD, 2015l; OECD, 2015m). Die Zahl der zu erwartenden gesunden

Lebensjahre im Alter von 65 Jahren ist niedriger als in anderen Hocheinkommensländern (OECD, 2014g). Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren ist die Prävalenz ungesunder Lebensgewohnheiten im internationalen Vergleich hoch (OECD, 2014g). Eine strengere Regulierung von Alkohol- und Tabakwerbung, Steuererhöhungen und die Einführung expliziter Preisuntergrenzen für die Abgabe von alkoholischen Getränken an Verbraucher hätten erhebliche positive Auswirkungen im Hinblick auf die Erhöhung der Zahl der behinderungsbereinigten Lebensjahre und die Senkung der Gesundheitskosten. Die Bundesregierung hat bereits Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention ergriffen, u.a. durch eine Erhöhung der Ausgaben.

Die Beschäftigung ist eine maßgebliche Determinante des materiellen Lebensstandards und des nichtmateriellen Wohlergehens. Sie kann jedoch auch eine wesentliche Ursache für Stress und einen schlechten Gesundheitszustand darstellen und die Beschäftigungsfähigkeit in späteren Lebensjahren beeinträchtigen, wenn die Beschäftigungsqualität gering ist (OECD, 2010). Deutschland schneidet im Hinblick auf den Verdienst im internationalen Vergleich relativ gut ab, liegt jedoch bei der Qualität des Arbeitsumfelds unter dem OECD-Durchschnitt. So berichten beispielsweise 19% der deutschen Arbeitskräfte von ungünstigen und aufreibenden Arbeitsbedingungen, was mehr als doppelt so hoch ist wie in Dänemark und den Niederlanden. Eine geringe Qualität des Arbeitsumfelds und hoher Stress tragen zu einer schlechten selbsteingeschätzten Gesundheit und krankheitsbedingten Fehlzeiten bei und erhöhen das Risiko von psychischen Erkrankungen und dadurch bedingter Frühverrentung (Argaw et al., 2013; Barnay, 2014; OECD, 2015k). Der Anteil der Bezieher von Erwerbsminderungsrenten mit psychischen Erkrankungen ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen, insbesondere unter den 55- bis 60-Jährigen.

Die Arbeitgeber verfügen über die Möglichkeiten, Stress am Arbeitsplatz zu reduzieren und dadurch den Arbeitnehmern zu helfen, gesund zu bleiben (OECD, 2014i). Viele deutsche Betriebe unternehmen bereits erhebliche Anstrengungen, um erkrankte Arbeitnehmer bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz zu unterstützen. Die gesetzlichen Unfallversicherungsträger können Prämien und Zertifikate an Unternehmen vergeben, die Präventionsaktivitäten durchführen (IAG, 2010), und die Arbeitgeberbeiträge zur Unfallversicherung hängen vom Anteil der ehemaligen Mitarbeiter ab, die Leistungen aus der Unfallversicherung beziehen (Beitragsausgleichsverfahren), was für die Arbeitgeber einen Anreiz zur Prävention von Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz darstellt. Die gesetzlichen Krankenkassen wurden verpflichtet, mehr für die betriebliche Gesundheitsförderung auszugeben. Überdies wurden die Arbeitsschutzbestimmungen gestärkt. Es besteht jedoch noch Verbesserungspotenzial:

- Die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden, den Krankenversicherungen und den Arbeitgebern bei der Prävention arbeitsplatzbedingter Gesundheitsrisiken könnte effektiver werden (Ahlers, 2015; Kohte, 2015; OECD, 2015k), vor allem im Hinblick darauf, eine Plattform für den Informationsaustausch zwischen Privatwirtschaft, Forschern, Krankenversicherungsträgern und staatlichen Stellen zu bieten. Dies würde den regionalen Stellen helfen, einen gemeinsamen Wissensbestand auf- und auszubauen, um eine hohe Qualität der Inspektionen zu gewährleisten, kleine Betriebe zu unterstützen, die Rechtsdurchsetzung für Arbeitskräfte in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen sicherzustellen und Fortschritte zu überwachen.
- Die finanziellen Anreize für Präventionsmaßnahmen seitens der Unternehmen könnten erhöht werden. Bei den Beiträgen zur Unfallversicherung sind die Zuschläge für Arbeitgeber mit hohen arbeitsbedingten Unfallrisiken insgesamt gering (IAG, 2010). Diese Zuschläge könnten erhöht werden. Darüber hinaus unterliegen die Beiträge der Unternehmen zur Erwerbsminderungsversicherung keiner Anpassung

an die Invaliditätswahrscheinlichkeit im Rahmen eines Bonus-Malus-Systems. Einige Länder, darunter die Schweiz und die Niederlande, haben ein Bonus-Malus-System für die Arbeitgeberbeiträge zur Erwerbsminderungsversicherung eingeführt, wonach Arbeitgeber mit vielen ehemaligen Mitarbeitern, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen, höhere Beiträge zahlen müssen.

### Literaturverzeichnis

- Adalet McGowan, M. und D. Andrews (2015), "Skill Mismatch and Public Policy in OECD Countries", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1210, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5js1pzw9lnwk-en>.
- Ahlers, E. (2015), "Leistungsdruck, Arbeitsverdichtung und die (ungenutzte) Rolle von Gefährdungsbeurteilungen", *WSI-Mitteilungen*, Ausgabe 3/2015, Hans-Boeckler-Stiftung.
- Albrizio, S., T. Koźluk und V. Zipperer (2014), "Empirical Evidence on the Effects of Environmental Policy Stringency on Productivity Growth", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1179, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5jxrjnb36b40-en>.
- Alesina, A. et al. (2005), "Regulation and Investment", *Journal of the European Economic Association*, 2. Juni, Vol. 3(4), S. 791-825.
- Andrews, D. und C. Criscuolo (2013), "Knowledge-Based Capital, Innovation and Resource Allocation", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1046, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5k46bj546kzs-en>.
- Argaw B. A. et al. (2013), *Arbeitsqualität Älterer in belastenden Berufen*, Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).
- Arnold, F. et al. (2015), "Large and lasting regional disparities in municipal investments", *DIW Economic Bulletin*, Vol. 5(42/43), S. 568-576.
- Bach S. et al. (2014), „Wirkungen von Rentenreformen auf Rentenbeitrag und Rentenniveau sowie Beschäftigungseffekte der Rentenbeitragsänderung“, *Politikberatung kompakt*, Nr. 79, DIW Berlin.
- Bach, S. et al. (2011), "Reform of income splitting for married couples: only individual taxation significantly increases working incentives", *DIW Economic Bulletin*, Vol. 1(5), S. 13-19.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2015), *Das Bundesamt in Zahlen 2014 – Asyl, Migration und Integration*, BAMF, Nürnberg.
- Barnay, T. (2014), "Health, Work and Working Conditions: A Review of the European Economic Literature", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 1148, OECD Publishing, Paris.
- Behringer, F. und G. Schönfeld (2014), "Lebenslanges Lernen in Deutschland – Welche Lernformen nutzen die Erwerbstätigen?", *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, BWP 5/2014, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).
- Bertelsmann Stiftung (2012), *Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle*, Gütersloh.
- Berthon, J. et al. (2014), *Private Altersvorsorge: die «echte» Rendite – Ausgabe 2014*, BETTER FINANCE for all.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (2015), *Fortschrittsbericht 2014 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung*, BMAS.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2016), *Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen 2016*, BMF.
- BMVI (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) (2015), *Verkehrsinvestitionsbericht für das Berichtsjahr 2013*, BMVI, Berlin.
- BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (2015), „Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen!“, *Monatsbericht*, Dezember, S. 13-18, BMWi.

- BMWi (2013), "Die Wirkung wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf das Investitionsverhalten in Deutschland", *Monatsbericht*, August, S. 11-16, BMWi.
- Böhmer, M. et al. (2014), *Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Maßnahmen und Leistungen in Deutschland*, Prognos.
- Bonin, H. et al. (2013), *Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland*, Gutachten für die Prognos AG, Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).
- Börsch-Supan, A. (2005), "Mind the Gap: the Effectiveness of Incentives to Boost Retirement Saving in Europe", *OECD Economic Studies*, No. 39, 2004/2, S. 111-144.
- Börsch-Supan, A. et al. (2014), "Savings in times of demographic change: Lessons from the German experience", *MEA Discussion Papers*, No. 18-2014, Munich Center for the Economics of Ageing.
- Boulhol, H. und A. de Serres (2008), "Have Developed Countries Escaped the Curse of Distance?", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 610, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/241705110254>.
- Coricelli, F., F.R. Ravasan und A. Wörgötter (2013), "The origins of the German current account surplus: Unbalanced productivity growth and structural change," *CEPR Discussion Papers*, No. 9527.
- Corrado, C. et al. (2014), "Intangibles and industry productivity growth: Evidence from the EU", *Mimeo*, INTAN invest.
- Corrado, C. et al. (2013), "Innovation and Intangible Investment in Europe, Japan and the United States," *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 29(2), S. 261-286.
- Deutsche Bundesbank (2016a), „Zur Investitionstätigkeit im Euro-Raum“, *Monatsbericht*, Januar.
- Deutsche Bundesbank (2016b), *Monatsbericht*, Februar.
- Deutsche Bundesbank (2015a), *Finanzstabilitätsbericht 2015*, Frankfurt am Main, 20. November.
- Deutsche Bundesbank (2015b), *Ertragslage und Widerstandsfähigkeit deutscher Kreditinstitute im Niedrigzinsumfeld*, September, [https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Pressenotizen/2015/2015\\_09\\_18\\_bafin\\_bbk.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Pressenotizen/2015/2015_09_18_bafin_bbk.pdf?__blob=publicationFile).
- Deutsche Bundesbank (2015c), „Das Spar- und Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds“, *Monatsbericht*, Oktober.
- Deutsche Bundesbank (2013), *Finanzstabilitätsbericht 2013*, Frankfurt am Main, 12. November.
- Deutscher Bundestag (2015), *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Luise Amtsberg, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/5209 – Zehn Jahre Integrationskurse in Deutschland*, Drucksache 18/5606, Berlin.
- DIW Berlin (2015a), „Wintergrundlinien 2015“, *Wochenbericht* No. 51/52, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Dezember.
- DIW Berlin und HRI (2014), *Private Investitionen in Deutschland*, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Handelsblatt Research Institute, Oktober.
- Dixit, A. (1992), "Investment and Hysteresis", *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 6, No. 1, Winter 1992, S. 107-132.
- Dixit, A. und R. Pindyck (1994), *Investment Under Uncertainty*, Princeton University Press, Princeton.
- Europäische Kommission (2015), "The 2015 Ageing Report. Economic and budgetary projections for the 28 EU Member States (2013-2060)", *European Economy*, No. 3|2015.
- European Institute for Public Participation (2009), „Public Participation in Europe – An international perspective“, EIPP, Juni.
- Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ (2015), *Stärkung von Investitionen in Deutschland*, Bericht im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, 1. April.
- Fraunhofer ISI und Ecosys (2015), *Stromkosten der energieintensiven Industrie – Ein internationaler Vergleich*, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
- Geyer, J. (2014), „Zukünftige Altersarmut“, *DIW Roundup – Politik im Fokus*, Nr. 25.
- Gillingham K., D. Rapson und G. Wagner (2014), "The Rebound Effect and Energy Efficiency Policy", *Nota di Lavoro*, No. 107.2014, Fondazione Eni Enrico Mattei.

- Hanushek, E. A., L. Woessmann und L. Zhang (2011), "General Education, Vocational Education, and Labor-Market Outcomes over the Life-Cycle", *NBER Working Paper*, No. 17504.
- Holmes, C. (2011), "Myopia, Pension Payments and Retirement: An experimental approach", *Discussion Paper Series*, No. 2001-003, Nuffield Centre for Experimental Social Sciences.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2016), „Arbeitsmarktspiegel: Entwicklungen nach Einführung des Mindestlohns (Ausgabe 1)“, *IAB-Forschungsbericht*, Nr. 1/2016, IAB, Nürnberg.
- IAG (Institut für Arbeit und Gesundheit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung) (2010), *Die wichtigsten Anreizsysteme der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung*, Dresden.
- IEA (Internationale Energie-Agentur) (2015), *Energy Efficiency Market Report 2015 – Market Trends and Medium-Term Prospects*, IEA, Paris.
- IEA (2014), "World Energy Investment Outlook – Special Report", IEA, Paris, <https://www.iea.org/publications/freepublications/publication/WEIO2014.pdf>.
- iwp (Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln) (2015), „Der Dienstleistungssektor in Deutschland. Überblick und Deregulierungspotenziale“, *Otto-Wolff-Discussion Paper*, Nr. 1a/2015, Otto-Wolff-Institut für Wirtschaftsordnung.
- Kerdrain, C., I. Koske und I. Wanner (2010), "The Impact of Structural Policies on Saving, Investment and Current Accounts", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 815, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/5km398ttzlkq-en>.
- Kholodilin, V.K. und C. Michelsen (2015) "Weiter steigende Immobilienpreise, aber keine flächendeckenden Spekulationsblasen", *DIW Wochenbericht*, Nr. 49.2015, 2. Dezember 2015.
- Kohte, W. (2015), "Aufsicht im Arbeitsschutz – internationale Anforderungen und Impulse", *WSI-Mitteilungen*, Ausgabe 3/2015, Hans-Boeckler-Stiftung.
- Koźluk, T. und C. Timiliotis (2015), "Do environmental policies affect global value chains? A new perspective on the pollution haven hypothesis" *OECD Economics Department Working Paper*, OECD Publishing, Paris, erscheint demnächst.
- Krause, P., U. Ehrlich und K. Moehring (2013), "Erwerbsminderungsrentner: Sinkende Leistungen und wachsende Einkommensunterschiede im Alter", *DIW Wochenbericht*, Nr. 24.2013, DIW Berlin.
- Lamla, B. und M. Coppola (2013), "Is it all about access? Perceived Access to Occupational Pensions in Germany", *MEA Discussion Papers*, No. 12-2013, Munich Center for the Economics of Ageing.
- Löschel, A. et al. (2014), *Stellungnahme zum zweiten Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2012*, Gutachten der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“.
- Marin, D., J. Schymik und J. Tscheke (2015), "Europe's Export Superstars – it's the Organization!", *Bruegel Working Paper*, No. 2015/05.
- Martens, R. (2014), „Vorausberechnung regionaler Altersarmut: Zunahme in Ballungsräumen und in Ostdeutschland“, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung*, Jg. 83, Nr. 02.2014, S. 95-113, DIW Berlin.
- Nicoletti, G. und S. Scarpetta (2005), "Regulation and Economic Performance: Product Market Reforms and Productivity in the OECD", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 460, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/726517007575>.
- Nikolova, M. und C. Graham (2014), "Employment, late-life work, retirement, and well-being in Europe and the United States", *IZA Journal of European Labor Studies*, No. 3:5.
- OECD (2016a), *Erfolgreiche Integration: Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264251632-de>.
- OECD (2016b), *OECD-Ausblick Regulierungspolitik 2015*, Kapitel 6 „Länderprofile – Deutschland“, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015a), *In It Together: Why less inequality benefits all*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015b), "Budget Review: Germany", *OECD Journal on Budgeting*, Vol. 2014, Issue 2, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015c), *Economic Policy Reforms 2015: Going for Growth*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015d), *Productivity database*.

- OECD (2015e), *The future of productivity*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015f), *OECD-Wirtschaftsausblick*, Ausgabe 2015/1, Nr. 97, Juni, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015g), *Moving to opportunity? Immigrant students and the challenges of diversity*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015h), *International Migration Outlook 2015*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015i), *Government at a Glance 2015*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015j), *Addressing Dementia: The OECD Response*, OECD Health Policy Studies, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015k), *Fit Mind, Fit Job: From Evidence to Practice in Mental Health and Work*, Mental Health and Work, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015l), *Tackling Harmful Alcohol Use: Economics and Public Health Policy*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015m), *Cardiovascular Disease and Diabetes: Policies for Better Health and Quality of Care*, OECD Health Policy Studies, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2015n), *OECD-Wirtschaftsausblick*, Ausgabe 2015/2, Nr. 98, November, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014a), *OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014b), *Lobbyists, Governments and Public Trust, Volume 3: Implementing the OECD Principles for Transparency and Integrity in Lobbying*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014c), *The Cost of Air Pollution: Health Impacts of Road Transport*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264210448-en>.
- OECD (2014d), "Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern und ihren Kindern: Entwicklung, Aktivierung und Nutzung von Kompetenzen", Kapitel 2 in *Internationaler Migrationsausblick 2014 (Gekürzte Ausgabe)*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014e), *OECD Pensions Outlook 2014*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014f), *Pension Markets in Focus 2014*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014g), *Health at a Glance: EUROPE 2014 – How does Germany compare?*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014h), *How's life in Germany*, OECD Better Life Initiative, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014i), *OECD-Beschäftigungsausblick 2014*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014j), *OECD-Wirtschaftsausblick*, Ausgabe 2014/2, Nr. 96, November, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2014k), *Working Better with Age – NORWAY*, Direktion Beschäftigung, Arbeit und Sozialfragen, Januar.
- OECD (2013a), *Deutschland – Ländernotiz – PISA 2012 Ergebnisse*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2013b), *How's Life? 2013: Measuring Well-being*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2013c), *Ageing and Employment Policies: Norway 2013: Working Better with Age*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2013d), *Gleichstellung der Geschlechter: Zeit zu handeln*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2012a), *OECD-Umweltprüfberichte: Deutschland 2012*, OECD Publishing, Paris, <http://dx.doi.org/10.1787/9789264175501-de>.
- OECD (2012b), *OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2012*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2011a), *Demand-side Innovation Policies*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2011b), *Pensions at a Glance 2011*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2011c), *Doing Better for Families*, OECD Publishing, Paris.
- OECD (2010), *Sickness, Disability and Work: Breaking the Barriers*, OECD Publishing, Paris.
- OECD/Europäische Union (2014), *Die fehlenden Unternehmer: Politiken für ein integrationsförderndes Unternehmertum in Europa*, OECD Publishing, Paris.
- OECD/Europäische Union (2015), *Integration von Zuwanderern: Indikatoren 2015*, OECD Publishing, Paris.
- ÖKO-TEST (2014), "Berufsunfähigkeitsversicherungen – Erst krank, dann arm", ÖKO-TEST, März.
- Partnerschaften Deutschland (2015), *Überblick zu ÖPP-Projekten im Hoch- und Tiefbau in Deutschland*, 30. September, ÖPP Deutschland AG.

- Rainer, H. et al. (2013), "Kindergeld und Kinderfreibeträge in Deutschland: Evaluierung der Auswirkungen auf familienpolitische Ziele", *Ifo Schnelldienst*, Nr. 9/2013.
- Reday-Mulvey, G. (2005), *Working beyond 60: Key Policies and Practices in Europe*, Palgrave Macmillan, New York.
- Schiantarelli, F. (1996), "Financial constraints and investment: methodological issues and international evidence", *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 12, No. 2, S. 70-89.
- Schöllgen, I., O. Huxhold und C. Tesch-Römer (2010), "Socioeconomic status and health in the second half of life: findings from the German Ageing Survey", *European Journal of Ageing*, No. 7/1, S. 17-28.
- Sorrell, S., J. Dimitropoulos und M. Sommerville (2009), Empirical estimates of the direct rebound effect: A review, *Energy Policy*, Vol. 37(4), S.1356-1371.
- Teignier, M. und D. Cuberes (2014), "Aggregate Costs of Gender Gaps in the Labor Market: A Quantitative Estimate", *Universitat de Barcelona Economics Working Paper*, No. E14/308.
- Umweltbundesamt (2014), *Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2014*.
- Unger, R. und A. Schulze (2013), "Können wir (alle) überhaupt länger arbeiten? Trends in der gesunden Lebenserwartung nach Sozialschicht in Deutschland", *Comparative Population Studies*, Jg. 38, Heft 3, S. 545-564.
- Wetzel M., O. Huxhold und C. Tesch-Römer (2015), "Transition into Retirement Affects Life Satisfaction: Short- and Long-Term Development Depends on Last Labor Market Status and Education", *Social Indicators Research*, No. 125(3), 18. Januar.



## ANHANG

# **Fortschritte bei der Strukturreform**

*Dieser Anhang gibt einen Überblick über die zentralen Empfehlungen früherer Wirtschaftsberichte und die wichtigsten Maßnahmen, die seit dem im Mai 2014 veröffentlichten OECD-Wirtschaftsbericht Deutschland diesbezüglich ergriffen wurden.*

Empfehlungen früherer <i>Wirtschaftsberichte</i>	Ergriffene Maßnahmen
<b>A. Verbesserung der Arbeitsmarktleistung</b>	
<p>Die Unterschiede beim Beschäftigungsschutz zwischen unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen verringern, indem zu einheitlichen Arbeitsverträgen übergegangen wird, bei denen der Beschäftigungsschutz mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit steigt. Lockerung der Beschäftigungsschutzbestimmungen für reguläre Arbeitsverträge durch Vereinfachung des Kündigungsverfahrens, Verkürzung der Kündigungsfrist für Arbeitnehmer mit langer Betriebszugehörigkeit und – im Fall von betriebsbedingten Kündigungen – Schaffung einer Wahlmöglichkeit für die Arbeitgeber zwischen der Zahlung einer Regelabfindung oder einer höheren Entschädigung wegen ungerechtfertigter Entlassung, die den Rechtsweg ersetzen würde. Die Möglichkeiten zum Abschluss mehrerer aufeinanderfolgender befristeter Arbeitsverträge mit demselben Arbeitnehmer begrenzen.</p>	<p>Die Regierung plant eine Begrenzung der Überlassungshöchstdauer von Leiharbeitnehmern auf 18 Monate. Falls diese Pläne umgesetzt werden, müssen Leiharbeitnehmer außerdem nach 9 Monaten vergleichbaren Stammarbeitnehmern hinsichtlich des Arbeitsentgelts gleichgestellt werden.</p>
<p>Die Steuer- und Abgabenvorteile von Minijobs gezielt auf Geringverdiener ausrichten.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Es sollte ein allgemeiner Mindestlohn eingeführt werden, der auf einem hinreichend niedrigen Niveau festgesetzt wird, das nicht zu Arbeitsplatzverlusten führt, und er sollte von einer Expertenkommission festgelegt werden. Von höheren, auf der Grundlage von Tarifvereinbarungen festgelegten branchenspezifischen Mindestlöhnen sollte vorsichtig Gebrauch gemacht werden.</p>	<p>Zum 1. Januar 2015 wurde ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt, was 51% des Medianlohns einer Vollzeitkraft in Deutschland entspricht (fünfhöchster Wert in der EU). Über Anpassungen des Mindestlohns entscheidet die Mindestlohnkommission, der 6 Vertreter der Sozialpartner (stimm-berechtigte Mitglieder) und 2 Arbeitsmarktexperten (nicht stimmberechtigte Mitglieder) angehören. Nach Einschätzung der Bundesregierung hat der Mindestlohn bisher keine bedeutenden Arbeitsplatzverluste verursacht.</p>
<p>Aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gezielter ausrichten, indem Probleme der Autoselektion innerhalb der Zielgruppen beobachtet werden.</p>	<p>Es wurden Programme für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte aufgelegt, um ihre Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern. Maßnahmen zur Förderung grundlegender Kompetenzen und zur Unterstützung von Umschulungen sowie finanzielle Anreize für Zwischen- und Abschlussprüfungen sind geplant.</p>
<p>Die fiskalischen Fehlanreize für Zweitverdiener reduzieren, indem das System der gemeinsamen Einkommensteuerveranlagung reformiert wird und in Erwägung gezogen wird, Beiträge für die Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehegatten in der gesetzlichen Krankenversicherung einzuführen.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Das Betreuungsangebot für Kleinkinder – insbesondere Ganztagsbetreuung – sowie das Ganztagsschulangebot weiter ausbauen. Gleichwertigen Zugang der sozial Schwächsten zu erschwinglicher, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung gewährleisten. Die Einführung eines Gutscheinsystems für die Kinderbetreuung in Erwägung ziehen. Bestimmungen für die Einrichtung von Kinderbetreuungsstätten lockern, um eine Ausweitung des privaten Angebots zu fördern.</p>	<p>Die Betreuungsquote ist weiter deutlich gestiegen. Für den Zeitraum bis 2018 hat die Bundesregierung 1,1 Mrd. Euro an zusätzlichen Mitteln für den Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kindertagesbetreuung und frühkindlichen Bildung zugesagt. Zur Entwicklung von Qualitätszielen und Finanzierungsstrategien wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die mit Vertreterinnen und Vertretern aller staatlichen Ebenen sowie weiterer Stakeholder wie z.B. Gewerkschaften und gemeinnützige Anbieter frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung besetzt ist. Die Arbeitsgruppe wird bis Ende 2016 einen Zwischenbericht vorlegen. Ferner wurden ein Programm zur Förderung der sprachlichen Bildung von Kindern und ein Programm zur Förderung des Angebots an erweiterten Betreuungszeiten für Alleinerziehende und Erwerbstätige, deren Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten in der Kindertagesbetreuung liegen, gestartet.</p>
<p>Die Rentenabschläge bei einem Eintritt in den Ruhestand vor dem gesetzlichen Rentenalter sollten auf das versicherungsmathematisch neutrale Niveau angehoben werden.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Zusätzliche Rentenansprüche sollten darauf abzielen, künftige Altersarmutsrisiken zu reduzieren, indem z.B. die Leistungen der Grundsicherung bei steigenden Rentenansprüchen langsamer entzogen werden. Solche Zusatzausgaben sollten aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden anstelle einer Anhebung der lohnbezogenen Abgaben.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Die Rentenversicherungspflicht auf alle Selbstständigen ausweiten.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Die Lohnergänzungsleistungen (Arbeitslosengeld II für erwerbstätige Geringverdiener) sollten weiter überprüft werden, um sicherzustellen, dass die sozial Schwächsten genügend Unterstützung erhalten und gleichzeitig Negativanreize zur Aufnahme einer Beschäftigung abgebaut werden. So sollten beispielsweise die bedürftigkeitsabhängigen Leistungen der Grundsicherung für sozial besonders schwache Personen, die mehr als 100 Euro verdienen, langsamer entzogen werden. Der Kinderzuschlag, der Eltern gezahlt wird, die Wohngeld beziehen, sollte ebenfalls langsamer entzogen werden.</p>	<p>Keine.</p>

Empfehlungen früherer <i>Wirtschaftsberichte</i>	Ergriffene Maßnahmen
Die Förderung von Deutschkursen für Migranten ausbauen.	Seit Oktober 2015 können Asylsuchende aus Ländern mit einer Anerkennungsquote von über 50% (gegenwärtig Syrien, Irak, Iran und Eritrea) schon vor Abschluss ihres Asylverfahrens an einem Integrationskurs teilnehmen, der sich aus einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs zusammensetzt. Die Haushaltsmittel für die Integrationskurse wurden von 269 Mio. Euro im Jahr 2015 (für rd. 190 000 neue Teilnehmer) auf 559 Mio. Euro 2016 (für rd. 300 000 neue Teilnehmer) erhöht. Außerdem werden Aufbaukurse zur bedarfsgerechten berufsbezogenen Sprachförderung finanziert. Ab Mitte 2016 startet ein neues Programm zur berufsbezogenen Sprachförderung.
Die Anerkennung ausländischer Qualifikationen verbessern.	Ein Monitoring durch bundesweit einheitliche Statistiken ist geplant. Seit 2015 werden neue Projekte zur Validierung informeller Qualifikationen und zur Bereitstellung von Informationen über Weiterqualifizierungen umgesetzt.
Aktivere Politik zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in Erwägung ziehen.	Eine Website für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte („Make it in Germany“) wurde erweitert. Die Bundesagentur für Arbeit bietet mittlerweile Unterstützung für Arbeitskräfte aus dem Ausland, die in Deutschland arbeiten möchten, u.a. durch Stellenvermittlung.
Es sollte die Schaffung einer für die Konzipierung, Evaluierung und Koordinierung der Arbeitsmigrationspolitik zuständigen Einrichtung ins Auge gefasst werden.	Keine.

## B. Verbesserung des Wettbewerbs auf den Produktmärkten

Die Ausgabe von SIM-Karten liberalisieren. Die verbleibenden staatlichen Anteile an der Deutschen Telekom veräußern.	Keine.
Wettbewerb im Schienenverkehr erhöhen, z.B. durch die vollständige Privatisierung der Verkehrstochter der Deutschen Bahn bei Verbleib des Schienennetzes in Staatsbesitz und die Abschaffung von Ausnahmen bei Ausschreibungen im Schienenregionalverkehr. Den Zugang neuer Anbieter zum rollenden Material erleichtern. Die Rolle der Netzagentur durch eine Ausweitung ihrer Ermittlungs- und Interventionskompetenzen stärken. Zu einer vollständigen Ex-ante-Regulierung der Zugangsbedingungen übergehen.	Falls der Gesetzentwurf zur Umsetzung der Mindestanforderungen einer EU-Richtlinie verabschiedet wird, werden dadurch die Anreize für den Ex-Monopolisten zur Senkung der Infrastrukturkosten gestärkt und das Infrastrukturspektrum erweitert, für das die Regulierungsbehörde die Zugangsbedingungen festlegen kann.
Einheitliche Umsatzsteuerbehandlung aller Postdienstleister gewährleisten. Die verbleibenden staatlichen Anteile an der Deutschen Post veräußern.	Keine.
Die Pflichtmitgliedschaft und Selbstverwaltung der Kammern in den Berufsverbänden und Handwerkskammern sollte im Hinblick auf die Zutrittsschranken hinterfragt, und die Zulassungsvoraussetzungen sollten nach Möglichkeit gelockert werden. Es sollte untersucht werden, ob die Zulassungsbedingungen zu Handwerksberufen weiter liberalisiert werden könnten, ohne das Berufsbildungssystem aufs Spiel zu setzen.	Keine.
In einigen freien Berufen sollte die Honorar- bzw. Gebührenordnung abgeschafft werden. Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure sollte abgeschafft und die Liberalisierung der Notargebührenordnung in Erwägung gezogen werden. Rechtsanwälten sollten mehr Optionen geboten werden, um vom Grundsatz der nach dem Gegenstandswert berechneten Vergütung abzuweichen, d.h. für bestimmte Tätigkeiten sollte eine Pauschalvergütung zugelassen und der Einsatz von Erfolgshonoraren sollte ausgedehnt werden.	Im Zusammenhang mit dem von der Europäischen Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren plant die Bundesregierung die Abschaffung regulierter Preise gemäß Steuerberatervergütungsverordnung für Steuerberater in außergerichtlichen Angelegenheiten und für Steuerberater mit Sitz im Ausland.
Die Exklusivrechte bei freien Berufen reduzieren. Beispielsweise sollte es neu gegründeten Unternehmen gestattet werden, sich ohne notarielle Dienste ins Handelsregister eintragen zu lassen, und die Bereitstellung von Annexdienstleistungen bei Grundstücksgeschäften sollte für andere Berufsgruppen geöffnet werden. Die Exklusivrechte der Rechtsanwälte auf dem Gebiet der Rechtsberatung und Vertretung vor Gericht sollten verringert werden.	Keine.
Die Einschränkungen der Berufsausübung sollten überprüft werden. Alle verbleibenden Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte sollten abgeschafft werden. Die Abschaffung der Kapitalbeteiligungsbeschränkungen bei Rechtsanwälten, Steuerberatern, Architekten und Ingenieuren in Gesellschaften mit beschränkter Haftung sollte in Erwägung gezogen werden.	Keine.
Die Bestimmung, die den Mehrfachbesitz von Apotheken nur gestattet, wenn der Eigentümer selbst in einer von maximal vier Apotheken tätig ist, sollte gelockert werden.	Keine.
Ein Beratungsgremium einrichten, das mit der Identifizierung und Überprüfung regulatorischer Hindernisse für Produktivitätssteigerungen betraut werden sollte.	Keine.

Empfehlungen früherer Wirtschaftsberichte	Ergriffene Maßnahmen
<b>C. Verbesserung der Bildungsergebnisse</b>	
<p>Die Qualität der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) sollte gesteigert werden, indem u. a. der Betreuungsschlüssel in offiziell anerkannten Einrichtungen verbessert, die Integration von Bildungsinhalten und Erziehung verstärkt und zudem sichergestellt wird, dass FBBE-Fachkräfte über bessere Qualifikationen, umfangreichere Weiterqualifizierungsmöglichkeiten und bessere Arbeitsbedingungen verfügen.</p>	<p>Neue Maßnahmen zur Verbesserung der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung sind auf den Weg gebracht worden (siehe vorstehend unter ‚Verbesserung der Arbeitsmarktleistung‘).</p> <p>Im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege wurde ein kompetenzorientiertes Qualifizierungshandbuch zur pädagogischen Schulung von Kindertagespflegepersonen erarbeitet. Außerdem unterstützt das Programm die Kommunen bei der Umsetzung dieser Qualifizierungsinitiative.</p>
<p>Die Stratifizierung des Schulsystems sollte weiter verringert werden, wozu es insbesondere gilt, die Entscheidung über die Wahl des Schultyps auf ein späteres Alter als 10 Jahre zu verschieben und die Zahl der Schularten in allen Bundesländern zu reduzieren. Die Wiederholung von Klassen sollte reduziert werden.</p>	<p>Mehr Bundesländer haben inzwischen damit begonnen, verschiedene Bildungsgänge in einem Schultyp zusammenzufassen.</p>
<p>Reform des Berufsbildungssystems fortsetzen, wobei es gilt, über eine Reduzierung der großen Zahl verschiedener Berufsabschlüsse nachzudenken und dem Arbeitsmarktbedarf entsprechend allgemeine Weiterbildungsangebote (Mathematik, Deutsch, Fremdsprachen, EDV) zu schaffen. Die Abschlussprüfungen dualer Ausbildungsgänge sollten von den Berufsschulen und den Berufskammern gemeinsam vorbereitet und durchgeführt werden.</p>	<p>Keine.</p>
<p>Schulen mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Schülern mit ungünstigem sozioökonomischem Hintergrund sollten mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, insbesondere im Sekundarbereich I.</p> <p>Den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die auf Sonderschulen geschickt werden, weiter verringern, und sicherstellen, dass Schüler nicht infolge ihres sozioökonomischen Hintergrunds an solche Schulen verwiesen werden.</p>	<p>Benachteiligte Jugendliche können Unterstützung – beispielsweise durch Nachhilfe- oder Förderunterricht – erhalten. Es stehen sozialpädagogische Betreuungsangebote zur Verfügung.</p>
<p>Sozioökonomisch benachteiligte junge Menschen sollten stärker unterstützt werden, damit sie einen formalen Bildungsgang des Sekundarbereichs II und insbesondere eine reguläre Berufsausbildung abschließen können.</p>	<p>Die Bundesregierung und die Länder sind bestrebt, die Zahl der jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren, die keinen beruflichen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II besitzen und nicht in Bildung oder Ausbildung sind, weiter zu verringern. Die von Bund, Ländern und den Sozialpartnern geschlossene Allianz für Aus- und Weiterbildung hat sich das Ziel gesetzt, die berufliche Bildung zu stärken und ihre Attraktivität für junge Menschen zu erhöhen. Benachteiligte Jugendliche können Unterstützung beim Erwerb eines Bildungsabschlusses des Sekundarbereichs II, insbesondere in beruflichen Bildungsgängen, erhalten. Dies umfasst Unterstützung beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung, beispielsweise durch Hilfe bei der Berufswahl bzw. Berufsorientierung im Rahmen der Initiative Bildungsketten. In Fällen, in denen der Abschluss der Ausbildung auf Grund finanzieller Schwierigkeiten gefährdet ist, können Beihilfen zur Deckung von Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten gewährt werden.</p>
<p>Die Tertiärbildung attraktiver gestalten und stärker an den Erfordernissen des Arbeitsmarkts ausrichten durch Erhöhung der Input-Flexibilität der Hochschulen.</p>	<p>Öffentliche Hochschuleinrichtungen verfügen mittlerweile in der Regel über Budgetautonomie im Rahmen von Vereinbarungen mit den Landesregierungen, in denen Bildungsziele festgelegt sind. Um die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre zu verbessern, haben der Bund und die Länder den ‚Qualitätspakt Lehre‘ ins Leben gerufen.</p>
<p>Eine ausreichende und diversifizierte Finanzierung der Hochschulbildung sichern und das Trittbrettfahrer-Problem zwischen den Bundesländern bei der Finanzierung der Hochschulbildung überwinden.</p>	<p>Der Hochschulpakt 2020 setzt sich mit den unterschiedlichen Ausgangspositionen und der ungleichen Lastenverteilung zwischen den Bundesländern auseinander.</p>
<p>Teilnahme an lebenslangem Lernen erhöhen. Transparenz des Erwachsenenbildungsmarkts verbessern und den Zugang zu Beratung über Erwachsenenfort- und -weiterbildung erleichtern. Die Ergebnisse der Programme zur finanziellen Förderung der Erwachsenenbildung genau verfolgen.</p>	<p>Die Allianz für Aus- und Weiterbildung (2015-2018) hat sich die Stärkung der Weiterbildung zum Ziel gesetzt.</p>
<b>D. Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors</b>	
<p>Als Ergänzung zu den Eigenkapitalquoten sollte in Einklang mit internationalen Vereinbarungen eine Leverage Ratio eingeführt werden. Für systemrelevante Banken sollte in Erwägung gezogen werden, eine solche obligatorische Leverage Ratio bereits vor 2018 einzuführen.</p>	<p>Deutschland erfüllt internationale Vereinbarungen und EU-Vorgaben, zu denen insbesondere das Regelwerk der Europäischen Union zur Umsetzung von Basel III zählt. Dies umfasst auch die Einführung einer verbindlichen Leverage Ratio ab 2018.</p>
<p>Die Realisierung von Verlusten aus wertgeminderten Aktiva beschleunigen. Es sollte erwogen werden, die Bewertung von wertgeminderten Krediten anhand der Marktpreise der zu Grunde liegenden Sicherheiten und die Bewertung von Anleihen zum Marktwert (einschließlich nicht im Handelsbuch gehaltener Bestände) vorzuschreiben.</p>	<p>Die Regeln der Europäischen Union zur Umsetzung von Basel III werden angewendet.</p>

Empfehlungen früherer <i>Wirtschaftsberichte</i>	Ergriffene Maßnahmen
Weiterhin von den Landesbanken ausgehenden Risiken sollte durch mikro- und makroprudenzielle Regulierung begegnet werden. Die Umstrukturierung der Landesbanken durch Privatisierung, Konsolidierung oder Konzentration auf das Kerngeschäft im Rahmen eines tragfähigen Geschäftsmodells sollte fortgesetzt werden.	Die Landesbanken haben ihr Wertpapierhandelsgeschäft und ihre Auslandsaktivitäten zurückgefahren. Dieser Umstrukturierungsprozess ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Nach Ansicht der Bundesregierung sind weitere Umstrukturierungsmaßnahmen unverzichtbar, um die Tragfähigkeit der Geschäftsmodelle zu sichern.
Die Corporate Governance in den Landesbanken und Sparkassen sollte verbessert werden, indem beispielsweise eine stärkere Unabhängigkeit der Verwaltungsratsmitglieder von den Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen verlangt wird.	Die Corporate-Governance-Regeln für alle Banken wurden mit der Umsetzung der Vorgaben von Basel III durch die EU-Richtlinie CRD IV (Capital Requirements Directive IV) überarbeitet, um die Risikomanagementstrukturen zu stärken. Die Regeln im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Verwaltungsratsmitglieder von den Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen wurden nicht geändert.
Bei der Umsetzung der Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten der Europäischen Union in deutsches Recht sollte dafür gesorgt werden, dass den zuständigen Stellen gestattet ist, die Verbindlichkeiten der Banken so umfassend wie möglich in das künftige Bail-in-Instrument einzubeziehen. Es sollte klargestellt werden, dass die Ziele der Finanzstabilität bei der Anwendung dieses Gesetzesrahmens Vorrang vor den Gläubigerrechten haben.	Die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive – BRRD) wurde in nationales Recht umgesetzt. Das entsprechende Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) ist seit Januar 2015 in Kraft und wurde an die Verordnung über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-Verordnung) angepasst. Dementsprechend verfügt die Abwicklungsbehörde über die Befugnis, Gläubiger mittels Bail-in an einer Sanierung oder Abwicklung zu beteiligen. Das Spektrum der bail-in-fähigen Verbindlichkeiten entspricht den Bestimmungen der Abwicklungsrichtlinie. Die Verlustabsorptionsfähigkeit (durch Eigenkapital und bail-in-fähige Verbindlichkeiten) muss mindestens 8% betragen. Interbankenkredite und Covered Bonds sind generell vom Bail-in ausgenommen.
Es sollten Möglichkeiten erwogen werden, die Vorschriften zur Trennung von Investmentbanking-Aktivitäten und Retailbanking wirksamer zu gestalten. Beispielsweise könnten die Einbeziehung von Wertpapieren, die für Market-Making-Zwecke gehalten werden, in die Kriterien für die Trennungspflicht sowie eine Fokussierung der Trennungskriterien auf Derivatepositionen in Erwägung gezogen werden.	Die Europäische Union prüft die Einführung von Trennungsvorschriften.

### E. Steigerung der Effizienz der öffentlichen Finanzen

Die Steuerlast von mobilen Bemessungsgrundlagen auf immobile Bemessungsgrundlagen verlagern. Ermäßigte Mehrwertsteuersätze schrittweise abschaffen. Die Sozialversicherungsbeiträge senken, insbesondere für Geringverdiener.	Die Sozialversicherungsbeiträge sind 2015 um 0,1 Prozentpunkte gestiegen. Die Einkommensteuern wurden 2015 und 2016 geringfügig gesenkt. Insgesamt ist die Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen weitgehend unverändert geblieben.
Die Unternehmensteuersätze weiter senken. Senkung oder Abschaffung der Gewerbesteuer in Erwägung ziehen.	Keine.
Die steuerlichen Bemessungsgrundlagen durch eine Aktualisierung der Wertansätze für die Grundsteuer verbreitern, zugleich aber einkommensschwache Haushalte schützen.	Die Länder haben sich auf ein gemeinsames Modell für die Immobilienbesteuerung verständigt.
Die Abgeltungsteuer auf Gewinne aus der Veräußerung von Wohnimmobilien sollte ausgeweitet werden, außer im Fall von selbstgenutztem Wohneigentum.	Keine.
Die Steuersätze, mit denen die Kapitaleinkünfte der privaten Haushalte belastet werden, sollten auf den Grenzsteuersatz der Einkommensteuer angehoben werden, der für das übrige Haushaltseinkommen gilt.	Änderungen der Besteuerung von Kapitalerträgen könnten in der nächsten Legislaturperiode in Betracht gezogen werden.
Die Erbschaftsteuerlast für die verschiedenen Vermögensformen sollte angeglichen werden.	Der Bundestag berät über eine Reform der Erbschaftsteuer.
Ausgaben für wachstumsfördernde Posten wie Infrastruktur und Kinderbetreuung sollten Vorrang haben.	Die Bundesregierung hat die wachstumsfördernden Staatsausgaben erhöht, wobei der Schwerpunkt auf der öffentlichen Infrastruktur sowie Bildung und Forschung liegt. Unter anderem werden 2014-2017 3 Mrd. Euro zusätzlich für Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Außerdem werden die Länder und Kommunen im Zeitraum 2014-2017 mit 6 Mrd. Euro bei der Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen unterstützt. Für öffentliche Infrastrukturinvestitionen stehen 2014-2017 5 Mrd. Euro sowie 2016-2018 weitere 8,1 Mrd. Euro zur Verfügung. Im Bundeshaushalt 2016 wird eine Steigerung der Investitionsausgaben des Bundes um 5,4% veranschlagt, da die Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Infrastruktur ausgebaut werden. 2015 stiegen die Investitionsausgaben um 2,1%.  Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung erhöhten sich 2015 um 10,3% (Sollwert). Für 2016 ist eine weitere Steigerung um 5,8% vorgesehen. Im Bundeshaushalt 2016 sind Ausgaben in Höhe von 21,1 Mrd. Euro für Bildung und Forschung eingeplant.

Empfehlungen früherer <i>Wirtschaftsberichte</i>	Ergriffene Maßnahmen
	Die für Verkehrsinvestitionen veranschlagten Mittel wurden ebenfalls erheblich aufgestockt. Während in den Jahren 2010-2015 im Durchschnitt rd. 10 Mrd. Euro pro Jahr für „klassische“ Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur aufgewendet wurden, sind im Bundeshaushalt 2016 rd. 12,3 Mrd. Euro für Maßnahmen in den Bereichen Straße, Schiene und Wasserstraßen vorgesehen. 2015 wurden 3,5 Mrd. Euro für einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds bereitgestellt, aus dem bis 2018 Finanzhilfen zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen gewährt werden sollen.
Die Effizienz des öffentlichen Sektors steigern. Finanzhilfen und Konsumausgaben des Staats weiter senken.	OECD-Empfehlungen zur Verbesserung der Effizienz des öffentlichen Sektors wurden in der Subventionspolitik der Bundesregierung berücksichtigt. Dem 25. Subventionsbericht zufolge soll die Subventionsquote des Bundes (einschließlich Steuervergünstigungen) bis 2016 mit 0,7% des BIP weitgehend stabil bleiben, wobei ein Anstieg der Investitionsausgaben in prioritären Bereichen vorgesehen ist, insbesondere bei der Unterstützung des Breitbandausbaus in ländlichen Räumen, in denen der marktgetriebene Ausbau schwierig ist, sowie bei Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden und der Nationalen Klimaschutzinitiative.
Die Festsetzung risikoadjustierter Zuweisungen im Gesundheitsfonds sollte weiter verbessert werden, indem eine größere Anzahl von Krankheiten berücksichtigt wird und ausreichend hohe Zuweisungen für ältere Altersgruppen und Krankheiten mit hohen Sterberaten sichergestellt werden.	Die Zielgenauigkeit des Risikoadjustierungsmodells wurde verbessert.
Die privaten Krankenkassen in das auf dem Gesundheitsfonds basierende Finanzierungssystem integrieren.	Keine.
Prüfen, ob die Steuerautonomie der Länder erhöht werden könnte, indem ihnen ein Zuschlagsrecht auf die Einkommensteuer gewährt wird.	Keine.
Finanzausgleichszahlungen umgestalten, um die Negativanreize abzubauen, die die Bundesländer davon abhalten, ihre eigene Steuerbasis zu entwickeln.	Die Länder haben einen Vorschlag für eine Neuregelung des Finanzausgleichs vorgelegt, der von der Bundesregierung geprüft wird.
Die Verwaltung des Steuereinzugs bei Steuern, die ganz dem Bund zufließen oder zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften aufgeteilt werden, sollte von den Ländern auf den Bund übertragen werden.	Keine.

#### F. Umweltverträgliches Wachstum

Steuervergünstigungen für umweltschädliche Aktivitäten sollten schrittweise abgeschafft werden – ohne dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen –, und die Umweltsteuern sollten besser an den negativen Externalitäten ausgerichtet werden. Zu diesem Zweck sollte eine starke Unterstützung für internationale Lösungen aufrechterhalten werden.	Keine.
Die Steuerbefreiungen und ermäßigten Steuersätze für Energie sollten aufgehoben werden, sofern sie nicht der Vermeidung der Doppelbesteuerung dienen, namentlich in den vom EU-Emissionshandelssystem erfassten Sektoren.	Keine.
Die Einführung einer effektiven CO <sub>2</sub> -Steuer in nicht vom EU-Emissionshandelssystem erfassten Sektoren sollte in Erwägung gezogen werden, und es sollte sichergestellt werden, dass für andere, nicht durch CO <sub>2</sub> -Emissionen verursachte Externalitäten ein angemessener Preis festgelegt wird.	Keine.
Die Einspeisetarife für erneuerbare Energien sollten durch eine Kopplung an die Marktentwicklung kosteneffizienter gestaltet werden. Es sollten Reformen in Erwägung gezogen werden, um das derzeitige Fördersystem auf ein wettbewerbles Auktionssystem umzustellen.	Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 wurden die Kosten für die Förderung von Neuanlagen durch eine Konzentration der Förderung auf die kostengünstigen Technologien Windenergie an Land und Photovoltaik verringert. Die meisten Neuanlagen erhalten eine an der Marktentwicklung orientierte Förderung, die den festen Einspeisetarif ersetzt. 2015 wurden Ausschreibungen durchgeführt, um die Förderhöhe für Photovoltaik-Freiflächenanlagen zu ermitteln. Die Bundesregierung arbeitet an einem Gesetzentwurf, um die Förderung für Windenergieanlagen an Land, Windenergieanlagen auf See und Photovoltaik bis 2017 generell auf Ausschreibungssysteme umzustellen. Die Rechtsgrundlage für Ausschreibungen für Biomasseanlagen soll den Planungen zufolge bis Mitte 2016 geschaffen werden.
Den Übertragungsnetzbetreibern sollten angemessene Anreize geboten werden, um in die effizientesten Technologien zu investieren, bei gleichzeitigem Ausbau des Netzes. Es sollten weitere Maßnahmen umgesetzt werden, die darauf abzielen, die Transparenz von Netzausbauentscheidungen und die öffentliche Beteiligung daran zu erhöhen.	Es wurde ein bundesweit koordiniertes System für die Entwicklung der Übertragungsnetze eingeführt, und die Planungs- und Genehmigungsverfahren wurden verkürzt. Zugleich wurden weitreichende Möglichkeiten zur Beteiligung und Konsultation der Öffentlichkeit geschaffen.

# Zusammenfassung der thematischen Kapitel

## **Kapitel 1 Die Investitionsergebnisse steigern**

Die Investitionen (ohne Wohnungsbau) sind in den letzten zwanzig Jahren im Verhältnis zum BIP zurückgegangen und sind heute niedriger als in mehreren anderen Hocheinkommensländern des OECD-Raums. Das Wachstum der Unternehmensinvestitionen ist seit Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise schwach. Die öffentlichen Investitionen verharren auf niedrigem Niveau, insbesondere auf kommunaler Ebene. Die Investitionen in Wissenskapital, die eng mit dem langfristigen Produktivitätswachstum zusammenhängen, sind weiterhin gedämpft. Die schwachen Wachstumsaussichten im Euroraum haben sich nachteilig auf die Unternehmensinvestitionen ausgewirkt, und ein zunehmender Anteil von Unternehmen investiert in entfernt liegende dynamischere Märkte. Politikmaßnahmen, die die Stabilität und die Wachstumsaussichten im Euroraum stärken, würden die Attraktivität des Investitionsstandorts Deutschland erhöhen, insbesondere Maßnahmen zur Stärkung des Binnenmarkts und der grenzüberschreitenden Infrastruktur sowie zur Vollendung der Bankenunion. Schritte zur Liberalisierung der Regulierung des Dienstleistungssektors, insbesondere der wissensintensiven freien Berufe, würden die Investitionstätigkeit und die Produktivität steigern. Politikmaßnahmen, die Anreize für die Reallokation von Ressourcen setzen, würden die Investitionen in Wissenskapital ebenfalls erhöhen. Strukturschwache Gemeinden investieren relativ wenig, und es gibt Spielraum, die Kosten der öffentlichen Investitionsprojekte zu senken. Ein besserer Einsatz von E-Governance und eine stärker ergebnisorientierte Budgetierung könnten die Effizienz und Effektivität der öffentlichen Investitionen verbessern.

## **Kapitel 2 Steigerung der Lebensqualität in Deutschlands alternder Gesellschaft**

Die Bevölkerungsalterung setzt in Deutschland früher ein als in den meisten anderen OECD-Volkswirtschaften und wird deutlich ausfallen. Sie könnte einen erheblichen Rückgang der Beschäftigung zur Folge haben, der das Pro-Kopf-BIP belasten würde, und sie wird die Nachfrage nach öffentlichen Gesundheitsleistungen erhöhen. Deutschland hat bereits weitreichende Reformen umgesetzt, um die Auswirkungen der Alterung auf das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu mindern. Dennoch bedarf es fortgesetzter Anstrengungen, um älteren Arbeitskräften dabei zu helfen, ihre Work-Life-Balance zu verbessern und ihre Arbeitszeit mit ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrem Erwerbswunsch in Einklang zu bringen. Stress am Arbeitsplatz und ungesunde Lebensgewohnheiten tragen des Weiteren dazu bei, dass der Einzelne seinen Gesundheitszustand selbst schlecht einschätzt, und verringern die Arbeitsfähigkeit und -bereitschaft in höherem Alter. Es besteht Spielraum für eine stärkere Förderung des lebenslangen Lernens. Da die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung weniger großzügig ausfallen werden, muss der Beitrag privater Altersvorsorgepläne erhöht werden, um ein ausreichendes Rentenniveau sicherzustellen.

Dieser Bericht wird unter der Verantwortung des OECD-Prüfungsausschusses für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen veröffentlicht, dem die Prüfung der Wirtschaftslage der Mitgliedsländer obliegt.

Die Wirtschaftslage und -politik Deutschlands wurde am 29. Februar 2016 vom Ausschuss geprüft. Der Bericht wurde im Anschluss an diese Prüfung überarbeitet und am 15. März 2016 in seiner vom gesamten Ausschuss vereinbarten Form endgültig angenommen.

Der Berichtsentwurf des OECD-Sekretariats wurde unter der Leitung von Andreas Wörgötter für den Ausschuss von Andrés Fuentes Hutfilter, Andreas Kappeler, Naomitsu Yashiro sowie Dorothee Schneider erstellt, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entsandt wurde. Eun Jung Kim und Giovanni Maria Semeraro leisteten wissenschaftliche Unterstützung. Heloise Wickramanayake war für Formatierung und Layout zuständig. Der vorherige Wirtschaftsbericht über Deutschland ist im Mai 2014 erschienen.

Informationen über die neuesten und vorherigen Wirtschaftsberichte sowie weitere Auskünfte über die Erstellung der Wirtschaftsberichte sind verfügbar unter [www.oecd.org/eco/surveys](http://www.oecd.org/eco/surveys).

### Weitere Informationen

Wegen weiterer Informationen zu dieser Zusammenfassung wenden Sie sich bitte an:

Andrés Fuentes Hutfilter (Tel: +33 1 45 24 89 29);

E-Mail: [andres.fuentes@oecd.org](mailto:andres.fuentes@oecd.org); oder

Andreas Kappeler (Tel: +33 1 45 24 74 69);

E-Mail: [andreas.kappeler@oecd.org](mailto:andreas.kappeler@oecd.org); oder

Naomitsu Yashiro (Tel: +33 1 45 24 96 23);

E-Mail: [naomitsu.yashiro@oecd.org](mailto:naomitsu.yashiro@oecd.org); oder

Dorothee Schneider (Tel: +33 1 45 24 14 06);

E-Mail: [dorothee.schneider@oecd.org](mailto:dorothee.schneider@oecd.org) oder

Andreas Wörgötter (Tel: +33 1 45 24 87 20);

E-Mail: [andreas.woergoetter@oecd.org](mailto:andreas.woergoetter@oecd.org).

Siehe auch <http://www.oecd.org/eco/surveys/germany>.

### Bezugsquellen

Dieser OECD-Wirtschaftsbericht kann über den Online-Bookshop bezogen werden: [www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop).

Die OECD-Publikationen und statistischen Datenbanken sind auch über die Online-Bibliothek verfügbar: [www.oecdilibrary.org](http://www.oecdilibrary.org).

### Literaturhinweise

**OECD-Wirtschaftsberichte:** Die Wirtschaftsberichte prüfen die Wirtschaftslage und -politik der Mitgliedsländer und von Zeit zu Zeit auch ausgewählter Nichtmitgliedsländer. Jedes Jahr werden etwa 18 Berichte veröffentlicht. Sie sind einzeln oder im Abonnement erhältlich. Weitere Informationen finden sich unter der Rubrik „Periodicals“ des OECD-Online-Bookshops unter: [www.oecd.org/bookshop](http://www.oecd.org/bookshop).

**OECD-Wirtschaftsausblick:** Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website zu finden unter: [www.oecd.org/eco/economic\\_outlook](http://www.oecd.org/eco/economic_outlook).

**Economic Policy Reforms:** Going for Growth: Weitere Informationen über diese Publikation sind auf der OECD-Website zu finden unter: [www.oecd.org/economics/goingforgrowth](http://www.oecd.org/economics/goingforgrowth).

**Zusätzliche Informationen:** Weitere Auskünfte über die Arbeiten der OECD-Hauptabteilung Wirtschaft, auch zu anderen als Download zur Verfügung stehenden Publikationen, Datenprodukten und Working Papers, sind auf der Website der Abteilung zu finden unter: [www.oecd.org/eco](http://www.oecd.org/eco).

**Economics Department Working Papers:** [www.oecd.org/eco/workingpapers](http://www.oecd.org/eco/workingpapers).

**OECD-Studien über Deutschland:** [www.oecd.org/germany](http://www.oecd.org/germany).